

Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



**AKNZ feiert 50jähriges
Bestehen**

3-03



BUNDESVERWALTUNGSAMT
Zentralstelle für Zivilschutz





Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

wer in diesen Tagen den Rhein oder die Elbe als fast nicht mehr schiffbares Rinnsal dahin fließen sieht, kann sich schwerlich an die gewaltigen Wassermassen erinnern, die vor einem Jahr weite Teile von Sachsen und Sachsen-Anhalt überflutet haben. Im Wettervergleich könnten die Sommer 2002 und 2003 nicht unterschiedlicher sein. Der Sommer 2002 mit überdurchschnittlich vielen Regenfällen, der Sommer 2003 trocken mit durchweg mediterranen Temperaturen. Wenn man den Klimaforschern Glauben schenken darf, besteht jedoch zwischen den extrem unterschiedlichen Wetterverhältnissen ein Zusammenhang, der im Klimawandel begründet ist. Die stark gestiegenen wetterbedingten Versicherungssummen nehmen mittlerweile einen großen Posten bei den Schadensversicherern ein. Landwirte deren Ernte vor einem Jahr in den Fluten versank, klagen in diesem Jahr über Ertragsausfälle wegen außergewöhnlicher Trockenheit.

Im Mai und Juni kamen bei drei Busunfällen innerhalb weniger Tage 62 Bundesbürger ums Leben. Die Anfang des Jahres bei der Zentralstelle für Zivilschutz neu gebildete Zentrale Stelle zur Koordinierung von Nachbetreuungsmaßnahmen, Opfer- und Angehörigen-Hilfe für von schweren Unglücksfällen und Terroranschlägen im Ausland betroffene Deutsche (NOAH) hat bei der Bewältigung der ihr zugeordneten Aufgaben bei diesen drei Fällen ihr Ziel voll erreicht, (siehe Bericht hierzu auf Seite 13).

Ihren 50. Geburtstag feiert in diesem Jahr die AKNZ (Artikel auf Seite 15). Aus unterschiedlichen Vorläufern hervorgegangen hat sich diese Einrichtung inzwischen zu einem modernen Bildungszentrum des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes entwickelt. Wir gratulieren!

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir eine anregende Lektüre.

Ihr
Redaktionsteam

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz 2

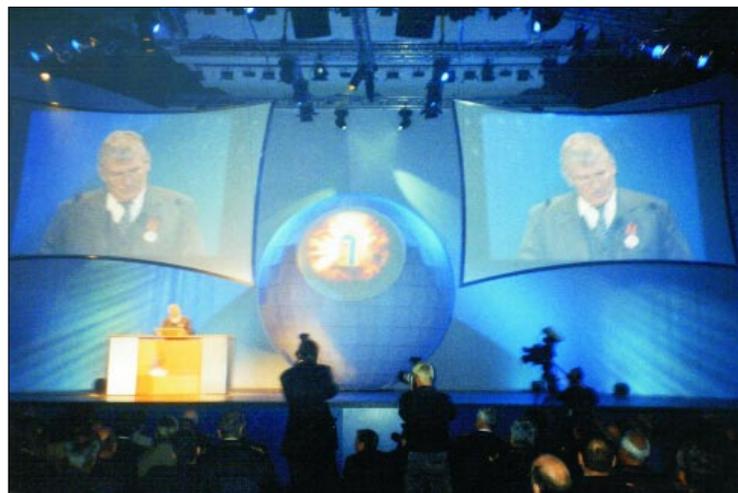
Politik und Gesellschaft

52. Tagung der Schutzkommission 3
Grußwort des Bundesinnenministers Otto Schily

GMLZ 7
Das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern
in der Zentralstelle für Zivilschutz

„Hilfeleistungssystem weiter optimieren“ 10
Bundesinnenminister Schily zu Gast bei der Feuerwehr

Bund hebt NOAH aus der Taufe 13
Zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet



Der Festakt mit seiner beeindruckenden Media-Technik war der Höhepunkt der Veranstaltungsreihe „150 Jahre Deutscher Feuerwehrverband“. Berichte dazu jeweils ab den Seiten 10 und 40.
Foto: Paul Claes

INHALT 3-2003

Aus-und Weiterbildung

50 Jahre Ausbildung in Ahrweiler

Ein Rückblick

15

Orkan 2003

Katastrophenschutzübung in Berlin

19

Aus der Praxis

Theoretische und praktische Hilfe

Akzeptanz von TUIS steigt ständig - Einsatzzahlen 2002 vorgelegt

23

Mobiler Alarm für schnelle Hilfe

Feuerwehreinsatzalarm per Handy

31

Erinnern, erforschen und bewahren

Die Interessengemeinschaft für historischen Luft und Katastrophenschutz

33

Technik und Wissenschaft

Mitteilungen der Fachinformationsstelle der ZfZ

27

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund

36

Deutsche

Lebens-Rettungs-Gesellschaft

38

Deutscher Feuerwehrverband

40

Deutsches Rotes Kreuz

43

Johanniter-Unfall-Hilfe

44

Malteser Hilfsdienst

46

Verband der

Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen

des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V

48

Technisches Hilfswerk

49

Rubriken

Rundblick

51

Für Sie gelesen

53

Kopfnuss

55

Termine

56

Kulturgutschutz in Deutschlandt

57

Neuer Abteilungsleiter Innere Sicherheit

Zum 1. März 2003 wurden die Belange des Zivil- und Katastrophenschutzes im Bundesministerium des Innern in die Abteilung IS (innere Sicherheit) verlagert.



Joachim Steig. (Foto: BMI)

Gleichzeitig wurde Ministerialdirektor Joachim Steig Leiter der Abteilung.

Der 55-jährige Jurist gehört dem BMI seit Mai 1977 an und war als Referent, Referatsleiter und Unterabteilungsleiter in verschiedenen Aufgabenbereichen tätig: Öffentlicher Dienst und Öffentliches Dienstrecht, Polizeiangelegenheiten und Fachaufsicht über das Bundeskriminalamt sowie Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten des Bundesgrenzschutzes mit seiner grundlegenden Reform in den 90-er Jahren als Folge der deutschen Einheit.

Seit November 1998 war Joachim Steig als Leiter der Zentralabteilung verantwortlich für die finanziellen und personellen Ressourcen des BMI und die entsprechende Aufsicht und Steuerung der Behörden seines Geschäftsbereiches. Ein besonderer Aufga-

benschwerpunkt war die Umsetzung der Modernisierungskonzepte aus dem Regierungsprogramm „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“.

Seit 1. März nun ist der Ministerialdirektor Leiter der Abteilung „Innere Sicherheit“ und, unter anderen, für den Aufgabenbereich „Zivile Verteidigung und Katastrophenschutz“ zuständig.

Joachim Steig ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Töchter.

Wechsel an der Spitze des DFV

Deutschlands Feuerwehren haben einen neuen Präsidenten: Die Delegiertenversammlung zum Jubiläum des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) hat am 4. Juli 2003 in Ulm den 50 Jahre alten Hans-Peter Kröger gewählt. Er war einziger Kandidat und löst den bisherigen Amtsinhaber Gerald Schäuble (65) ab, der nach neuneinhalb Jahren aus Altersgründen ausscheidet.

Kröger trat bereits 1970 der Feuerwehr bei und hatte seither verschiedene Funktionen inne. Seit vier Jahren engagier-



Neugewählter Präsident des DFV: Hans-Peter Kröger. (Foto: Presseteam Ulm)

te er sich als einer von fünf Vizepräsidenten ehrenamtlich für den DFV und ist stellvertretender Vorsitzender des Lan-

desfeuerwehrverbandes Schleswig-Holstein.

Als Nachrücker für das Amt des Vizepräsidenten wählten die Delegierten den 44 Jahre alten Hartmut Ziebs. Der Bezirksbrandmeister von Arnshagen bekleidet wie Kröger langjährig Führungspositionen in der Feuerwehr.

Kein Abschied für immer

Zum Ende des Monats Juli schied Armin Letocha mit Erreichen der Altersgrenze aus dem aktiven Dienst an der



Armin Letocha (m.) bei seiner Verabschiedung durch den Leiter der AKNZ, Dietrich Löpke (r.). (Foto: Jürgen Brandt)

Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) aus.

Sein beruflicher Werdegang führte Letocha von der Bundeswehr über verschiedene Auslandsstationen im Entwicklungsdienst zum THW und schließlich zum Bundesverband für den Selbstschutz (BVS). Von 1974 bis 1996 war er Leiter der BVS-Bundesschule. Seit 1997 arbeitete er als Dozent im Fachbereich Notfallvorsorge/Notfallplanung an der AKNZ. Armin Letocha wird der AKNZ auch nach seinem Ausscheiden als Lehrbeauftragter zur Verfügung stehen.

52. Tagung der Schutzkommission

Grußwort des Bundesinnenministers Otto Schily

Veränderungen bei der Schutzkommission

Die 52. Tagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern am 29. und 30. Mai dieses Jahres in Wiesbaden stand im Zeichen bedeutender personeller Veränderungen:

Der langjährige Vorsitzende, Prof. Dr. Arthur Scharmann, gab den Vorsitz auf. Zu seinem Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter, Prof. Dr. Lars Clausen, der frühere Leiter der Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel, vorgeschlagen und von Minister Schily ernannt. Zu dessen Stellvertreter wurde Prof. Dr. Gerhard Matz aus Hamburg gewählt. Als neue Mitglieder wurden Prof. Dr. Alexander Kekulé und Peer Rechenbach aufgenommen.

Das Grußwort des Bundesinnenministers überbrachte Ministerialdirektor Joachim Steig, seit 1. März dieses Jahres Leiter der Abteilung Innere Sicherheit (IS) im Bundesministerium des Innern. Sein Vorgänger, Ministerialdirektor Klaus-Henning Rosen, wurde in Anerkennung seiner besonderen Verdienste bei der Neupositionierung der Kommission als ständiger Gast geladen.

Nachfolgend das Grußwort des Bundesministers des Innern, Otto Schily, im Wortlaut:

„Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich Ihnen herzliche Grüße von Herrn Minister Schily ausrichten. Sie wissen um sein persönliches Interesse an der Schutzkommission, seine hohe Wertschätzung für deren Arbeit. Ihm ist bewusst, wie wichtig und unverzichtbar Ihre Forschungen, Ihre Beiträge, Ihre Vorschläge für einen wirksamen und funktionierenden Bevölkerungsschutz sind.

Personelle Veränderungen hat es nicht nur im Bundesministerium des Innern gegeben, sondern gibt es jetzt auch in der Schutzkommission. Ich darf Sie, Herr Professor Clausen, als neuen Vorsitzenden zu dieser neuen Aufgabe ganz herzlich beglückwünschen. Glückwünsche kommen auch

von Minister Schily, bei dem Sie ja am 28. Mai ein persönliches Gespräch hatten.

Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit. Sie wird genau so eng und vertrauensvoll sein wie mit Ihrem - und mit meinem - Vorgänger. Ihnen, Herr Professor Scharmann, möchte ich auch im Namen und im Auftrag von Herrn Minister Schily ganz herzlich danken für all das, was Sie seit 1987 als Vorsitzender der Schutzkommission geleistet haben. Die Rahmenbedingungen waren gewiss nicht immer günstig und vielleicht ist Ihre Arbeit so richtig erst nach den Terroranschlägen des 11. September politisch und öffentlich angemessen aufgenommen und gewürdigt worden. Beispielhaft möchte ich nur den Gefahrenbericht erwähnen:

Der 2. Gefahrenbericht wurde ganz anders wahrgenommen als der Vorgängerbericht des Jahres 1996. Nicht nur die Aufmerksamkeit der Hausleitung war nach dem 11. September 2001 eine ganz andere,

auch die der Öffentlichkeit und der Medien.

Herr Professor Scharmann, Sie haben Struktur und Arbeitsweise der Schutzkommission grundlegend erneuert und zukunftsweisend geprägt. Sie haben damit zugleich die Grundlage für die neue politische Wertigkeit und Wirksamkeit der Schutzkommission geschaffen. Dies in Zeiten, wo Engagement und Initiative für Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes keineswegs selbstverständlich waren bzw. selbstverständliche Anerkennung erfahren haben, sondern eher Mut und Zivilcourage erforderten. Für Ihren stets eindeutigen, klaren und unbeirraren Standpunkt meinen ausdrücklichen Respekt und Dank.

Deutschland hat ein leistungsfähiges Hilfeleistungssystem. Das hat zuletzt die Flutkatastrophe im vergangenen Sommer eindrücklich bestätigt. Rückgrat und Basis dieses Hilfeleistungssystems ist - und das zeichnet das deutsche Notfallvorsorgesystem besonders aus - das bürgerliche, das

ehrenamtliche Engagement. Über 1 Million Mitglieder freiwilliger Feuerwehren, das hat in dieser Breite kein anderes Land vorzuweisen. Fünf Freiwilligenorganisationen ergänzen dieses System mit noch einmal einer halben Million ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Der Bund bringt durch die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk 670.000 wiederum freiwillig tätige Helferinnen und Helfer in dieses System ein. Ein System, das in der Welt einzigartig ist, um das uns viele Länder beneiden.

Das deutsche Hilfeleistungssystem funktioniert. Es kann auch mit außergewöhnlichen Gefahren- bzw. Schadenslagen umgehen. Im Prinzip jedenfalls. Aber es gibt auch Defizite. Über diese Defizite wird seit den Anschlägen des 11. September 2001 sehr offen geredet – auch und gerade hier in der Schutzkommission.

Es handelt sich dabei einmal um die Defizite, die dem deutschen Hilfeleistungssystem im Gefolge der durch eine veränderte Sicherheitslage bedingten Rückführung des Zivilschutzes zu Beginn der 90er Jahre entstanden sind. Die Zivilschutzkapazitäten des Bundes wie auch – obwohl von der äußeren Sicherheitslage eigentlich unberührt – die Katastrophenschutzkapazitäten der Länder wurden in den 90er Jahren deutlich abgebaut. Nach Ende des kalten Krieges haben wir uns in der trügerischen Sicherheit gefühlt, dass uns – wenn überhaupt – nur Gefahren aus Unglücksfällen und Naturkatastrophen drohen, die aber begrenzt und beherrschbar sind.

Der 11. September 2001 hat insofern als Zeitenwende gewirkt. Seit diesem Datum und verstärkt noch einmal nach der Flutkatastrophe des letzten Sommers wird die grundsätzliche Frage gestellt, inwieweit die strukturellen Rahmenbedingungen unseres zweigeteilten nationalen Katastrophenvorsorgesystems noch stimmen. Hier der drohende militärische Angriff als Grundla-

ge für die Zivilschutzaufgabe des Bundes, dort die von Menschen verursachte oder auf natürlicher Ursache beruhende Katastrophe in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen. Nicht nur passt der „neue Feind“ des internationalen Terrorismus nicht mehr in diese tradierte, scheinbar stimmige Zuständigkeitsverteilung, auch mancher Ablauf bei der Bewältigung der Flutkatastrophe stellt die strenge Zweiteilung und ihre geradezu leidenschaftliche Verteidigung durch manche Länder in Frage.

Ein erstes Umsteuern im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes fand bald nach dem 11. September 2001 statt. Die Flutkatastrophe im letzten Sommer hat diesen Prozess des Umsteuerns, der Umstrukturierung, des neuen Nachdenkens über intelligentere und effizientere Lösungen noch einmal beschleunigt und verstärkt.

Bund und Länder haben sich zwischenzeitlich auf eine neue Rahmenkonzeption für den Zivil- und Katastrophenschutz verständigt. Sie wurde auf der Innenministerkonferenz Anfang Juni vergangenen Jahres unter der Überschrift „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ verabschiedet. In dieser neuen Rahmenkonzeption haben viele Ideen und Vorschläge vor allem auch der Schutzkommission ihren Niederschlag gefunden. Für diese Unterstützung an dieser Stelle herzlichen Dank. Durch diese Beiträge ist die Schutzkommission für uns noch wichtiger geworden als bisher schon.

Philosophie der „Neuen Strategie“ ist die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für außergewöhnliche Gefahren- und Schadenslagen. Der Bürger will wirkungsvolle Hilfe, kein Kompetenzgerangel. Was wir aber auch nicht brauchen, ist eine neue und langwährende Verfassungsdebatte, sondern – und dies so schnell wie möglich – ein intelligentes Katastrophemanagement. Es geht nicht um

neue Zuständigkeiten, sondern um partnerschaftliches Zusammenwirken über föderale Grenzen hinweg. Und hier sind wir jetzt auf einem guten Weg.

Ziel der neuen Rahmenkonzeption ist zweierlei:

1. Wir wollen die vorhandenen Hilfspotenziale des Bundes und die in den Ländern, also Feuerwehren und Hilfsorganisationen, besser miteinander verzahnen.
2. Wir wollen und müssen neue Koordinierungsinstrumentarien für ein effizienteres Zusammenwirken des Bundes und der Länder, insbesondere im Bereich des Informationsmanagements, entwickeln, damit die Gefahrenabwehr auch auf neue Bedrohungen angemessen reagieren kann.

Kernpunkt des neuen Rahmenkonzepts ist die Entwicklung eines Stufensystems für die Gefahrenabwehr. Ausgehend von der potenziellen Gefährdung und der Bevölkerungsdichte sollen Risikokategorien gebildet werden, an denen sich je unterschiedliche Versorgungsstufen ausrichten.

Stand die Vereinbarung der Länder mit dem Bund auf der Innenministerkonferenz im Juni 2002 noch deutlich im Zeichen der terroristischen Bedrohung, so ist die Richtigkeit des Neukonzepts generell für Großschadenslagen (etwa Hochwasser) bei der Bilanzierung auf der Innenministerkonferenz Anfang Dezember vergangenen Jahres bestätigt worden.

Eines möchte ich aber doch noch einmal unterstreichen – und damit aufgreifen, was Herr Rosen schon auf der letzten Jahrestagung in Trier gesagt hat: Wir waren trotz aller Rückführungen des Zivilschutzes in den 90er Jahren keineswegs in Apathie verfallen. Überlegungen zur Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes waren im Bundesministerium des Innern schon lange vor dem 11. September 2001 angestellt worden. Dies festzustellen halte

ich insofern für wichtig, als es uns nach den Attentaten rasch die Möglichkeit eröffnet hat, unterbrochene Aktivitäten wieder aufzunehmen und dabei nicht unvorbereitet auch neue konzeptionelle Wege zu gehen.

Einige dieser Aktivitäten möchte ich Ihnen vorstellen und damit gleichsam den Bericht von Herrn Rosen in Trier fortschreiben:

Seit Herbst vergangenen Jahres haben wir ein neues Instrument im Rahmen der Bund-Länder-Koordinierung bei großflächigen Gefahrenlagen: das GMLZ, das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder. Es ist bei der Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt eingerichtet. Das GMLZ soll ständig erreichbarer Meldekopf sein. Es soll die nationale und internationale zivile Sicherheitslage beobachten und auswerten. Es soll vor allem aber auch – und dies ist eine der wichtigsten Erfahrungen, die wir mit dem Management der Hochwasserkatastrophe im letzten Sommer gemacht haben – als Zentrum für Ressourcenmanagement in Bereitschaft stehen, als Dispositionszentrum vor allem für Helfer, aber auch zum Nachweis und zur Vermittlung von materiellen Hilfsmitteln, von technischen Gerätschaften bis hin zu Sandsäcken. Hier ist bei den Hochwassern an Elbe und Donau vieles eher zufällig gelaufen – mit entsprechendem Ärger und auch Frust.

Das GMLZ stützt sich im Wesentlichen auf das Deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem, kurz „deNIS“ genannt. Kernaufgabe dieser Datenbank ist die übergreifende Verknüpfung, Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen für das Management von Großkatastrophen. Bund, Länder, Kommunen und Organisationen verfügen über eine Vielzahl wertvoller Informationen, die jedoch, und auch das haben wir bei der Flutkatastrophe schmerzlich wieder erfahren, derzeit noch über zahlreiche Behörden und

Institutionen verstreut sind. Diese vorhandenen Informationsressourcen wollen wir intelligent verknüpfen. Der Prototyp von deNIS wird derzeit in der Zentralstelle für Zivilschutz erprobt.

In einer ersten Aufbaustufe ist deNIS bereits im Mai vergangenen Jahres Online gegangen, nämlich als Informationsportal für den Bürger. Die Bürger können hier ein breites Spektrum wichtiger Informationen zu Fragen des Bevölkerungsschutzes abrufen. Dazu gehören Hintergrundinformationen zum Zivil- und Katastrophenschutz, vor allem aber auch Hinweise über Vorsorgemaßnahmen und Verhaltensregeln bei Gefahren. Wie wichtig vorbeugende Information der

über private Rundfunkanstalten verbreitet werden. Auch die Länder sind in dieses Warnsystem einbezogen; wir haben sie seit Dezember vergangenen Jahres mit Sendeeinrichtungen ausgestattet, die es ihnen erlauben, ihrerseits jetzt Warnmeldungen etwa vor regionalen Gefahren an die angeschlossenen Medien zu verschicken.

Beim Sommerhochwasser im vergangenen Jahr hat sich bestätigt, dass der Rundfunk jedenfalls für eine gefahrensensibilisierte Bevölkerung das geeignete Warn- und Informationsmittel ist. Wir setzen deshalb prioritär auf den weiteren Ausbau dieses Warnsystems. Wir brauchen aber auch Warnelemente, die aufwecken.



Der alte und der neue Vorsitzende der Schutzkommission:
Prof. Dr. A. Scharmann (2.v.l.), Prof. Dr. L. Clausen (l.); ebenfalls auf dem Foto (v.r.): Prof. Dr. R. D. Wilken (Gastgeber der Tagung), MinDir J. Steig, MinDir a.D. K.-H. Rosen.

(Foto: BMI)

Bevölkerung, etwa zur Räumung und Versorgung sein kann, hat das Hochwasser im letzten Sommer nachdrücklich aufgezeigt.

Grundpfeiler jeden Katastrophenschutzes ist die Möglichkeit, die Bevölkerung angemessen, vor allem aber schnell und flächendeckend vor bevorstehenden Gefahren zu warnen.

Am 15. Oktober 2001, also schon gut einen Monat nach den Anschlägen in den USA, konnte ein neues, satellitengestütztes Kommunikationssystem des Bundes in Betrieb genommen werden. Per Satellit können amtliche Warndurchsagen in Sekundenschnelle über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und – dies setzen wir gerade in einem zweiten Schritt um – auch

Wir wollen es deshalb nicht beim satellitengestützten Warnsystem belassen, sondern prüfen in einer Reihe von Pilotprojekten und Feldversuchen, ob und inwieweit sich speziell der Weckeffekt über das Radio (Einschaltlösung), den Mobilfunk, das Festnetztelefon und/oder die Funkalarmuhr realisieren lässt. Hier stehen wir noch in der Erprobung – aber doch mit der deutlichen Tendenz, auf eine oder mehrere dieser Technologien zu setzen – und zwar in Ergänzung zum satellitengestützten Warnsystem. Wir prüfen zwar derzeit auch, ob es sich lohnen kann, ein neues Sirensystem aufzubauen oder die noch vorhandenen Sirenen nachzurüsten. Aber ich habe doch einige Zweifel, ob wir wirklich gut beraten wären, auf diese eher tra-

ditionellen Warnelemente zurückzugreifen.

Vor allem hat die Sommerflut im vergangenen Jahr eines nachdrücklich bestätigt: Professionelles Krisenmanagement will gelernt sein, muss vor allem immer wieder geübt werden. Wenn wir den Katastrophenschutz verbessern wollen, brauchen wir die Begegnung, den Austausch, den Kontakt der Dienststellen des Bundes mit denen der Länder, der Kommunen, der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen. Und wir brauchen das Gespräch mit der Wissenschaft. Der Ort, den der Bundesminister des Innern hierfür anbietet, ist die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

In den vergangenen Monaten konnten wir eine sprunghafte Zunahme der Nachfrage nach Schulung in Führungs- und Leitungsaufgaben registrieren. Wir haben das Ausbildungs- und Übungsangebot der Akademie erheblich aufgestockt. Besonderer Schwerpunkt der Ausbildungs- und Übungsangebote ist die Abwehr bzw. Bekämpfung von B- und C-Gefahren. Unser Ziel ist es, die Akademie zu einem Kompetenzzentrum für das gemeinsame Krisenmanagement von Bund und Ländern, zu einem Forum für den wissenschaftlichen Austausch sowie zu einer Begegnungsstätte und Ideen-Börse für Experten aus dem In- und Ausland auszubauen. Hier setzen wir auch auf Anregungen und Beiträge der Schutzkommission.

Wesentliches Element der neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung ist die Fähigkeit der Bürger, sich und ihre Nachbarn vorbeugend und beim Eintritt von Gefahren zu schützen. Hier liegt noch vieles im Argen. Das hat gerade auch wieder das Sommerhochwasser im vergangenen Jahr gezeigt. Für uns hat die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung einen ganz wesentlichen Stellenwert. Wir haben deshalb z.B. die Förderung der

Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe mit Selbstschutzzinhalten seit Herbst letzten Jahres wieder aufgenommen. Die hierfür gemeinsam mit den Hilfsorganisationen erarbeitete Neukonzeption setzt da an, wo im Sinne einer ebenso frühen wie nachhaltigen Sensibilisierung der Zielgruppen die größten Erfolge zu erwarten sind: in der Schule.

Die Anschläge des 11. September 2001 haben jedermann für die speziellen Gefahren von Angriffen mit B- und C-Waffen sensibilisiert. Auch hier hat der Bund schnell gehandelt. Kurzfristig wurden an die Länder rd. 650 Zivilschutzfahrzeuge ausgeliefert, neben Krankentransportwagen vor allem moderne ABC-Erkundungskraftwagen. Mit ihnen hat Deutschland erstmals ein hoch mobiles System zur Aufspürung, Messung und Erfassung von radiologischen, biologischen und chemischen Kontaminationen. Derzeit wird unter Federführung des Bundesinnenministeriums ein neues technisches Ausstattungskonzept für den ergänzenden Katastrophenschutz erarbeitet. Es geht vor allem – aber nicht allein – um die Fahrzeugausstattung. Philosophie dieser neuen Ausstattungskonzeption ist: Wir müssen weg vom bisherigen Gießkannenprinzip, hin zu einer mehr bedarfsorientierten Ausstattung, die sich an potenziellen Risiken und Gefahren „vor Ort“ ausrichtet. Bei der Fortentwicklung des Ausstattungskonzepts konnte auf viele Vorschläge und Gutachten der Schutzkommission und Forschungsergebnisse ihrer Mitglieder zurückgegriffen werden.

Die Bundesmittel für die Zivil- und Katastrophenschutzforschung sind beträchtlich aufgestockt worden. Auch hier liegt der Schwerpunkt im B- und C-Bereich. Diese Aufstockung ist auch Ausfluss bzw. Anerkennung der neuen politischen Wertigkeit der Schutzkommission und ihrer Arbeit.

Zum Schutz vor Terrorangriffen mit biologischen Kampfstoffen hat der Bund eine nationale Notreserve von Pockenimpfstoff angeschafft. Diese Reserve wird jetzt in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern auf 100 Millionen Dosen aufgestockt; damit ist eine Vollversorgung der Bevölkerung gewährleistet.

Aus der zwischen Bund und Ländern verabredeten neuen Strategie wollen wir vor allem aber auch eine wichtige organisatorische Konsequenz ziehen: Die Dienstleistungen und Serviceangebote des Bundes im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes sollen in einem neuen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gebündelt und zentral vorgehalten werden. Das entsprechende Errichtungsgesetz befindet sich demnächst in der Ressortabstimmung. Der zivile Bevölkerungsschutz wird damit auch organisatorisch als wichtige Säule des nationalen Sicherheitssystems hervorgehoben.

All dies zeigt: Wir stellen uns auf die neuen Herausforderungen ein. Die Aufgabe, die wir zu lösen haben, ist zugegebenermaßen nicht einfach. Vor allem ist auch dies immer klarer: Für die Bewältigung der neuen Herausforderungen ist wissenschaftliche Unterstützung unverzichtbar. Die Schutzkommission hat in der Vergangenheit gezeigt – zuletzt beim Sommerhochwasser 2002 –, dass sie diese Unterstützung in hervorragender Weise leisten kann. Ich bin sicher, dass sie diese Unterstützung auch künftig leisten wird.

Herzlichen Dank.“

GMLZ

Das gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern in der Zentralstelle für Zivilschutz

von Thomas Mitschke, Leiter des GMLZ

Die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001, die Sommerhochwasser im Jahr 2002 – zwei Ereignisse, die für den Stellenwert des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland von entscheidender Bedeutung waren.

Während Mitte der 90er-Jahre durch den Wegfall kriegerischer Bedrohungsannahmen für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland insbesondere der Zivilschutz einen erheblichen Abbau in seinen wesentlichen Säulen erlebte, machten diese Ereignisse deutlich, dass man vor einer Zeitenwende stand und steht.

Stichworte wie:

Neue Gefahren

- B/C-Terrorismus
- extreme Wetterphänomene
- temporärer Infrastrukturausfall
- Anschlag auf Gebäude mit großen Menschenansammlungen,

Neue Dimensionen

- hohe Opferzahlen
 - großflächige Schadenslagen
 - material-/technikintensive Lagen
 - großer Koordinierungsaufwand
- sowie

Globalisierung des Krisenmanagements

- internationales Krisenmanagement
- EU-Gemeinschaftsverfahren
- NATO-Krisenmanagement

prägen seither die Diskussion im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Das Udenkbare muss nun wieder gedacht und in die Planungen der Notfallvorsorge und des Krisenmanagements miteinbezogen werden.

Während Deutschland für die tägliche Gefahrenabwehr und in der Regel auch für größere Schadensereignisse funktionierende Gefahrenabwehrsysteme vorhält, zeigen sich bezogen auf großflächige

- die Aufhebung des Dualismus von Zuständigkeiten für den V-Fall durch den Bund und den friedensmäßigen Katastrophenschutz durch die Länder zu Gunsten eines integrierten Hilfeleistungssystems
- die Entwicklung von Stufenkonzepten, Risikoanalysen und Beschreibung von Schutzzielen,



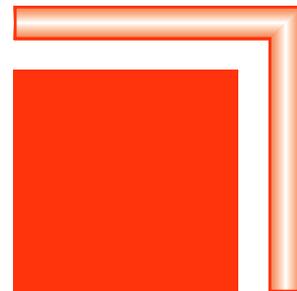
Um seinem Auftrag gerecht zu werden ist das GMLZ mit moderner Technik ausgestattet.

Lagen und auf Ereignisse von nationaler Bedeutung teilweise erhebliche Defizite im bund-, länder- und organisationsübergreifenden Krisenmanagement.

Mit dem Beschluss der Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder vom 6. Juni 2002 wurde offengelegt, welche Bereiche des Krisenmanagements optimiert werden müssen.

Zentrale Bereiche der neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung sind demnach u.a.:

- die Verbesserung des bund-, länder- und organisationsübergreifenden Zusammenwirkens bei o.g. Lagen,
- die Annahme neuer Herausforderungen und Bedrohungsszenarien vor allem im Umfeld terroristischer Anschläge,
- die Verbesserung der Kommunikation und Kooperation und
- die Verbesserung des horizontalen und vertikalen Zusammenwirkens unterschied-



lich zuständiger Behörden, Stellen etc.

Gerade bezogen auf die beiden letztgenannten Aspekte forderte die IMK:

„Anknüpfungspunkt für situationsgerechte Kommunikation und Kooperation ist die für Gefahrenlagen von bundesweiter Bedeutung oder vergleichbarem Gewicht für Bund und Länder gemeinsame Koordinierungsstelle, zu der die „Gemeinsame Melde- und Alarmzentrale“ sowie die Informationszentrale mit dem Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) gehören.“¹

Während sich das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) bereits seit

neuen Dienstleistungsangeboten des Bundes.

Seit Oktober 2002 hat das GMLZ bereits bei mehreren Übungen und Ereignissen seine Leistungsfähigkeit und seinen Nutzen unter Beweis gestellt.

So war das GMLZ unmittelbar in die Übungen der EU im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens im Oktober 2002 und im Februar 2003 eingebunden.

Darüber hinaus leistet das GMLZ bei einer erstmaligen Übung der interministeriellen Koordinierungsgruppe für großflächige Schadenslagen² dieser Gruppe unmittelbare Zuarbeit im Bereich des Informations- und Ressourcenmanagements.

**Die große
Multimediawand
ist von allen
Arbeitsplätzen
aus gut einsehbar.**



1999 im Aufbau befindet, griff man in der Zentralstelle für Zivilschutz in Bonn-Bad Godesberg den o.g. Aspekt der IMK auf und richtete am 1. Oktober 2002 eine Gemeinsame Melde- und Alarmzentrale (GMAZ) i.o.S. im Zentrum für Krisenmanagement ein.

In der Folge wurde die GMAZ in Gemeinsames Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) umbenannt, was vom Begriff her der eigentlichen Aufgabe der GMAZ i.S. eines Lagezentrums wesentlich näher kommt.

Neben den mehr operativen Elementen der Katastrophenhilfe durch den Bund, wie z.B. der Bundesanstalt THW, dem Bundesgrenzschutz und der Bundeswehr, ist das GMLZ wesentlicher Bestandteil eines

Ebenfalls eingebunden war das GMLZ in die Vollübung der Berliner Feuerwehr „Orkan 2003“ und leistet hier neben Informationsbereitstellungen einen Koordinierungsbeitrag im länderübergreifenden Ressourcenaustausch.

Bei folgenden Ereignissen wurde das GMLZ im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren im Bereich des Informations- und Ressourcenmanagements u.a. tätig:

- Sturm „Jeanette“ im Oktober 2002 in Deutschland,
- Tankerunglück Prestige im November 2002 mit zahlreichen Folge-Requesten der EU,
- Satellitenabsturz Astra K1 im November 2002,
- Hochwasser in Deutschland vom 3.-17. Januar 2003,

- Request der EU zur Ölschadensabwehr in Frankreich im Januar 2003,
- EU-Request zur Versorgung överschmutzter Vögel in Belgien im Januar 2003,
- Irakkrieg im März/April 2003,
- Unwetterlage 23. Juni 2003,
- EU-Request zur Bereitstellung von Löschhubschraubern anlässlich der Waldbrände in Frankreich und Portugal im August 2003.

Das GMLZ verfügt neben gängiger IT- und TK-Hard- und Software u.a. über folgende Ausstattung zur Lagebeobachtung und -darstellung:

- sechs Arbeitsplätze und einen Besprechungsbereich,
- eine Multimediawand steuerbar über einen Multifunktionsarbeitsplatz mit unterstützender AMX Mediensteuerung, bestehend aus vier 37“ Plasma-Displays und Satelittenreceivern u.a. zur TV-Beobachtung sowie drei Rückprojektionssystemen (e-boards) mit interaktiver Oberfläche u.a. zur Lagedarstellung,
- digitale und analoge Empfangsanlagen für Fernseh- und Radioprogramme,
- ein Videokonferenzsystem mit Multit-Point-Brücke zur Durchführung von Videokonferenzen mit insgesamt bis zu zwölf Teilnehmern gleichzeitig,
- IT-gestütztes TV-Aufzeichnungs- und Editsystem zur Lagedokumentation und Archivierung,
- diverse Darstellungsmedien sowie
- diverse audio-visuelle Wiedergabemedien

Mit dieser Ausstattung und in naher Zukunft mit dem deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem in der Ausbaustufe II (deNIS II) ist das

¹ IMK Beschluss vom 6. Juni 2002, S. 4, Punkt 7. Koordination

² Geschäftsordnung der interministeriellen Koordinierungsgruppe in der Fassung der IMK und des Bundeskabinetts, 1988)

GMLZ in der Lage, neben der ständigen Lagebeobachtung und Dokumentation Lagen elektronisch und interaktiv darzustellen. Bei Bedarf können die georeferenzierten Lagen, entsprechende Hard- und Software vorausgesetzt, elektronisch zur Verfügung gestellt werden.

großflächiges Schadensereignis im In- und Ausland (Naturkatastrophen und andere Katastrophen) sowie bei Ereignissen von nationaler Bedeutung, insbesondere im Rahmen der Unterstützung der Interministeriellen Koordinierungsgruppe für großflächige Gefahrenlagen und zur Erfüllung der in-

denslagen in Bundesverantwortung,

- durch Sammeln, Bewerten, Darstellen, Weiterleiten von Informationen/Meldungen im Ereignisfall und
- durch Durchführung von Ressourcenrecherchen und Vermittlung der Ergebnisse zwischen den Bedarfsträgern und den fachlich zuständigen Behörden, Ressorts, Stellen, Organisationen etc.

als Dienstleistungsangebot des Bundes einen Beitrag zu einem effizienteren bundes-, länder- und organisationsübergreifenden Krisenmanagement liefern.

Dabei wird sich das GMLZ insbesondere des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem deNIS II bedienen.

Derzeit ist das GMLZ wie folgt besetzt und erreichbar:

montags - freitags:

07:30 - 18:30 Uhr

Rufnummer: 01888/358-5999

Fax: 01888/358-5899

E-Mail: gmlz@bva.bund.de

Außerhalb dieser Dienstzeiten (Normalbetrieb) ist eine Rufbereitschaft unter der Telefonnummer: 01888/358-5999 erreichbar.

Im Ereignisfall wird das GMLZ über die o.g. Zeiten hinaus lageangepasst besetzt; für die Zukunft ist eine Besetzung rund um die Uhr geplant.

Das GMLZ stellt ein Serviceangebot der Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt an alle in der Gefahrenabwehr beteiligten Behörden, Stellen und Organisationen bei Bund und Ländern dar.

Der Erfolg des GMLZ wird vor dem Hintergrund der neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in der Zukunft maßgeblich von der aktiven Unterstützung und Mitwirkung aller im Krisenmanagement Beteiligten abhängen.



Auf einen Blick: Lagebeobachtung und Dokumentation gehören zu den Aufgaben des Zentrums. (Fotos: Stein)

Mittels der Videokonferenzanlage besteht ebenfalls die Möglichkeit, interaktiv Lagen in Bild und Ton sowie durch Übermittlung von Daten zu präsentieren.

Darüber hinaus wird das GMLZ mit deNIS II in der Lage sein, Ressourcenrecherchen durchzuführen und die Ergebnisse zwischen den Bedarfsträgern und den fachlich zuständigen Behörden, Ressorts, Stellen, Organisationen etc. zu vermitteln.

Aufgabenstellung

Was sind und werden in der Zukunft die vorgesehenen Aufgaben des GMLZ im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sein?

Zur Sicherstellung der raschen Reaktion nicht-polizeilicher und nicht-militärischer Gefahrenabwehrstrukturen des Bundes und der Länder auf ein-

ternationalen Melde- und Hilfeleistungsverpflichtungen, soll das GMLZ

- durch Generierung eines jederzeit aktuellen, flächendeckenden und einheitlichen Lagebildes, als ständig erreichbarer Meldekopf,
- durch Erarbeitung und Pflege von Verzeichnissen nationaler und internationaler Ansprechstellen, Experten, Beratern, nationaler materieller Ressourcen von überregionaler Bedeutung, von Informationen über Naturkatastrophen und Gefahrenlagen,
- durch perspektivische, ereignisbezogene und retrospektive Bewertung/Auswertung von nationalen und internationalen Schadensereignissen,
- durch Erstellen qualifizierter und validierter Prognosen in Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Stellen,
- durch Verwaltung von Alarm- und Notfallunterlagen, soweit relevant für Scha-

„Hilfeleistungssystem weiter optimieren“

Bundesinnenminister Schily zu Gast bei der Feuerwehr - DFV-Präsident Gerald Schäuble verabschiedet

Von Paul Claes

„In Ulm, um Ulm und um Ulm herum ...“ Der bekannte Zungenbrecher ließe sich für die Zeit vom 30. Juni bis 6. Juli ergänzen durch „... dominierte das Blau der Uniformen und das Rot der Fahrzeuge“. Denn an diesen Tagen stand die Stadt an der Donau ganz im Zeichen der Feuerwehren in Deutschland. Galt es doch, zwei Großereignisse gleichzeitig zu feiern: Zum einen den Geburtstag „150 Jahre Deutscher Feuerwehrverband“, zum anderen den 9. Landesfeuerwehrtag Baden-Württemberg.

nem überregionalen Treffen zusammen. Zum Jubiläum kehrte der DFV also zu seinen Wurzeln zurück.

Dass zwei Ereignisse dieser Bedeutung am gleichen Ort bis auf wenige Einzelveranstaltungen ineinander übergingen, war sicherlich gewollt und geplant. So konnte sich die gemeinsame Bilanz von mehr als 70 Einzelveranstaltungen und Aktionen wahrlich sehen lassen. Am Thema Feuerwehr kam so niemand vorbei. Von der Präsentation historischer Feuerwehrfahrzeuge über Ausstel-

Doch neben der vielfältigen öffentlichen Präsentation der Feuerwehr kamen auch die Verbandsangelegenheiten nicht zu kurz. Sitzungen, Symposien und Tagungen der einzelnen Gremien auf Bundes- und Landesebene standen ebenso auf dem Programm wie die Delegiertenversammlung des DFV, auf der zukunftsweisende Entscheidungen gefällt wurden. (s. Bericht Seite 40).

Hochrangige Gäste beim Festakt

Zentrale Veranstaltung war jedoch der Festakt am 5. Juli im Einstein-Saal des Congress Centrums anlässlich des DFV-Jubiläums, wozu sich hochrangige Gäste, an ihrer Spitze Bundesinnenminister Otto Schily und der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel sowie Ulms Oberbürgermeister Ivo Gönner eingefunden hatten. Daneben konnte der scheidende DFV-Präsident Gerald Schäuble Mitglieder von Bundes- und Landtag, Repräsentanten aus Verwaltung und Industrie sowie Führungskräfte der Feuerwehr aus dem In- und Ausland begrüßen. „Sie alle zeigen hier Ihre Verbundenheit mit der Feuerwehr“, betonte Schäuble.

Mit einer beeindruckenden Multimediale Show mit Bildern aus 150 Jahren Feuerwehrgeschichte wurden die über 500 Gäste auf die Feier eingestimmt. Musikalisch von Feuerwehr-Orchestern aus Ulm, Nordrhein-Westfalen und Stutt-



Die Feuerwehr war in der Ulmer Innenstadt an nahezu jeder Ecke präsent.

Die Geschichte des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) ist eng mit der Stadt Ulm verbunden: Am 10. Juli 1853 fanden sich auf Initiative des damaligen Ulmer Feuerwehrkommandanten Conrad Dietrich Magirus erstmals Feuerwehrkommandanten zu ei-

lungen von Briefmarken und Helmen, Platzkonzerten und Einsatzübungen bis zum Stadtfest der Ulmer Feuerwehr zeigten die Brandschützer eine breit gefächerte Palette von Aktivitäten. Insgesamt eine gelungene Image- und Sympathie-Werbung für die Feuerwehr.

gart umrahmt, führte Moderatorin Sabine Sauer routiniert durch das Programm.

Anfänge in Baden-Württemberg

Ministerpräsident Teufel gratulierte dem DFV zum Jubiläum und ging auf die Anfänge des Feuerwehrwesens in Baden-Württemberg ein. Er zeigte auf, dass sich die Arbeit der Feuerwehr im Laufe der Jahrzehnte weg von der Brandbekämpfung hin zur technischen Hilfeleistung gewandelt habe. Diesem Wandel müssten und würden auch die Verbände der Feuerwehr Rechnung tragen.

Dass die Feuerwehr ständig auf der Höhe der Zeit sei, lasse sich, so Teufel, auch an der Mitgliederzahl der Jugendfeuerwehr ablesen, die sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt habe.

Am Ende seiner Ausführungen wies der Ministerpräsident auf die Leser-Umfrage einer Zeitschrift hin, in der das Ansehen verschiedener Berufsgruppen bewertet werden konnte. „In die Liste wurde auch die Feuerwehr aufgenommen. Sie landete auf Anhieb auf Platz 1. Das ist ein eindrucksvolles Ergebnis, zu dem ich Sie beglückwünsche“, so Teufel. Verständlich, dass bei dieser Mitteilung Freude im Saal aufkam.

Mit persönlichen Worten dankte Teufel nun dem scheidenden Präsidenten Gerald Schäuble und würdigte dessen Verdienste um das deutsche Feuerwehrwesen. „Als sichtbares Zeichen der Dankbarkeit und der Wertschätzung Ihrer Person überreiche ich Ihnen hiermit das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse“, schloss der Ministerpräsident seine Abschiedsworte.

Aussagen aus berufenem Munde

Auch Bundesinnenminister Otto Schily ging in seiner Festrede auf das Image der Feuer-

wehr ein: „Höchstes Ansehen hat sich der DFV mit seinen Mitgliedern in 150 Jahren durch Kompetenz, Verlässlichkeit, technische und logistische Höchstleistungen und vorbildliches bürgerschaftliches Engagement hart erarbeitet. Für diesen stetigen, herausragenden Einsatz zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger danke ich Ihnen sehr herzlich im Namen der Bundesregie-

haben sich im vergangenen Jahr auf eine neue Rahmenkonzeption für den Zivil- und Katastrophenschutz verständigt. Auch Vorschläge des DFV sind dabei berücksichtigt worden.

Grundgedanke der ‚Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland‘ ist die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für außergewöhnliche Gefah-



Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel zeichnete Gerald Schäuble mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse aus.

ren- und Schadenslagen. Es geht nicht um neue Zuständigkeiten, sondern um partnerschaftliches Zusammenwirken über föderale Grenzen hinweg. Die Bürger erwarten im Notfall kein Kompetenzgerangel, sondern wirkungsvolle Hilfe. Wir alle müssen uns langfristig auf die neuen Herausforderungen des Zivil- und Katastrophenschutzes einstellen. Dabei können wir auf ein bewährtes System der Gefahrenabwehr aufbauen: das effiziente Zusammenspiel von haupt- und ehrenamtlichen Organisationen im deutschen Hilfeleistungssystem. Dieses gilt es gemeinsam weiter zu stärken.“

Zu den Neuerungen im Zivil- und Katastrophenschutz führte der Minister aus: „Die Analyse der Flutkatastrophe vor einem Jahr, aber auch die Schlussfolgerungen aus den Anschlägen vom 11. September 2001 haben verdeutlicht, dass wir unser Hilfeleistungssystem weiter optimieren müssen. Bund und Länder

ren- und Schadenslagen. Es geht nicht um neue Zuständigkeiten, sondern um partnerschaftliches Zusammenwirken über föderale Grenzen hinweg. Die Bürger erwarten im Notfall kein Kompetenzgerangel, sondern wirkungsvolle Hilfe. Wir alle müssen uns langfristig auf die neuen Herausforderungen des Zivil- und Katastrophenschutzes einstellen. Dabei können wir auf ein bewährtes System der Gefahrenabwehr aufbauen: das effiziente Zusammenspiel von haupt- und ehrenamtlichen Organisationen im deutschen Hilfeleistungssystem. Dieses gilt es gemeinsam weiter zu stärken.“

Zu den Neuerungen im Zivil- und Katastrophenschutz gehören, so Schily, insbesondere ein neues Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das Gemeinsame

me Melde- und Lagezentrum (GMLZ), das Deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS), ein satellitengestütztes Kommunikationssystem zur schnellen und flächendeckenden Warnung der Bevölkerung (SatWaS), der Ausbau der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) und die Stärkung der Selbsthilfe der Bevölkerung.

Der Minister weiter: „Außerdem hat die Bundesregierung dort, wo es notwendig war, rasch und entschlossen gehandelt. An die Länder sind – trotz angespannter Haushaltslage – rund 650 Zivilschutzfahrzeuge ausgeliefert worden,

Abschließend wandte sich der Bundesinnenminister an den scheidenden DFV-Präsidenten Schäuble, dem er das THW-Ehrenzeichen in Gold verlieh. „Sie haben sich in den vergangenen Jahren insbesondere um das partnerschaftliche und effiziente Zusammenwirken von THW und Feuerwehr verdient gemacht“, lobte der Minister.

Unterstützung für „Hilfe für Helfer“

Bevor DFV-Vizepräsident Rolf Ackermann in seiner Laudatio auf die Verdienste von Gerald Schäuble einging, gab es ein besonderes Geburtstags-

neun Jahren seiner Amtszeit tatkräftig unterstützten und wünschte seinem Nachfolger Glück und Tatkraft für seine neue Aufgabe.

Ehrenpräsident Gerald Schäuble

Seine erste Amtshandlung nahm der neue Präsident vor, indem er Schäuble im Namen des Präsidialrates zum Ehrenpräsidenten des DFV ernannte.

Kröger machte im Schlusswort zum Festakt deutlich: „Verbesserungen erreichen wir nicht durch Eigenbrötelei, sondern durch freiwillige zusätzliche Tätigkeit in den Verbänden. Nicht aus Vereinsmeierei heraus, sondern aus der Notwendigkeit, das bürgerschaftliche Engagement in großer Gemeinsamkeit zu fördern.

Mein Eindruck ist, dass Ulm 2003 ein hohes Maß an Schulterschluss und gegenseitigem Verständnis erzeugt hat. Und wenn ein so großer und stolzer Verband sich nach 150 Jahren erfolgreichen Wirkens auf seine Wurzeln besinnt und feststellt, dass der Sinnspruch ‚Einer für alle – alle für einen‘ aktuell wie am ersten Tag die zentrale Botschaft beschreibt, dann ist das für mich die wichtigste Ulmer Botschaft und die Garantie dafür, dass die deutschen Feuerwehren auch künftig schnell, kompetent und zuverlässig Hilfe bringen, wenn Hilfe Not tut.“

Abschließend lenkte er den Blick auf den 28. Deutschen Feuerwehrtag im Jahre 2010 und schloß mit der Ankündigung „Leipzig, wir kommen!“



Feuerwehr und Kirche: Der ökumenischen Feier im Ulmer Münster wohnten viele Feuerwehrleute bei. (Fotos: Paul Claes)

neben Krankentransportwagen vor allem moderne ABC-Erkundungskraftwagen. Deutschland verfügt nun erstmals über ein hoch mobiles System zur Aufspürung, Messung und Erfassung von radiologischen, biologischen und chemischen Kontaminationen.“

Schily betonte, dass sich die Bundesregierung außerdem nachdrücklich für den Aufbau eines bundesweiten digitalen Sprech- und Datenfunknetzes für Polizei, Katastrophenschutz und andere Sicherheitsbehörden einsetze. Der Bund übernehme hier die Federführung.

geschenk für den DFV. Im Namen der DaimlerChrysler AG überreichte Eckart Panka als Vorsitzender der Geschäftsleitung einen Scheck über 250.000 Euro. Damit könne die Stiftung „Hilfe für Helfer“, die vom DFV ins Leben gerufen wurde, wirkungsvoll unterstützt werden, betonte Schäuble in seinen Dankesworten.

Schließlich folgte die offizielle Amtsübergabe von Präsident Schäuble an den am Vortag gewählten neuen Präsidenten Hans-Peter Kröger. Schäuble sprach seinen Dank an all jene aus, die ihm in den

Bund hebt NOAH aus der Taufe

Zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet

von Ralph Tiesler, Leiter des Zentrums für Krisenmanagement in der ZfZ

Anfang des Jahres 2003 wurde im Zusammenhang mit den Anti-Terror-Maßnahmen der Bundesregierung und als Ergebnis einer Ressortabstimmung zwischen BMJ (zuständig für Leistungen aus dem Terroropferfonds), Auswärtigem Amt und BMI eine Zentrale Stelle zur Koordinierung von Nachbetreuungsmaßnahmen, Opfer- und Angehörigenhilfe für von schweren Unglücksfällen oder Terroranschlägen im Ausland betroffene Deutsche (NOAH) bei der Zentralstelle für Zivilschutz des Bundesverwaltungsamtes eingerichtet.

Die steigende Zahl von Bundesbürgern, die weltweit Urlaubs- und Geschäftsreisen unternehmen, hat zur Folge, dass dieser Personenkreis auch vermehrt den Gefahren von großen Unglücksfällen und Terroranschlägen ausgesetzt ist.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes treten jährlich rund 50 Millionen Bundesbürger eine Auslandsreise an.

Was passiert aber, wenn der Urlaub, wenn die Geschäftsreise, in einem schweren Unfall oder gar in einer Katastrophe endet? Wer kümmert sich im Ausland um Verletzte und Opfer? Was kommt auf Angehörige in der Heimat zu, wenn Eltern oder Kinder im Ausland zu Schaden kommen? So belastend eine schwere Verletzung oder der Tod eines Angehörigen ohnehin sind, werden nach einem Unfall im Ausland die dann auftretenden Probleme den Schmerz, die Sorgen und die Ratlosigkeit noch verschlimmern.

Rat und Beistand im Ausland gewähren die über 200 Botschaften und Generalkonsulate sowie die 345 Honorarkonsuln der Bundesrepublik Deutschland (Konsulargesetz vom 11. September 1974).

Bei Großschadensereignissen oder terroristischen Anschlägen im Ausland, bei denen Deutsche betroffen sind, werden in der Regel innerhalb kürzester Zeit Vertreter der zuständigen deutschen Auslandsvertretung aktiv.

In den vergangenen Jahren sind häufig Bundesbürger zu Schaden gekommen, z.B. bei:

- Flugzeugabstürzen (Birgenair/Dominikanische Republik, Concorde/Paris, Luxair/Luxemburg)
- Busunfällen (Siofok/Ungarn, Lyon/Frankreich, Vincenza/Italien)
- Bergbahnunfällen (Kitzsteinhorn/Österreich, Cavalino/Italien)
- Lawinenabgängen (Galtür/Österreich) sowie
- Terroranschlägen und Entführungen (New York, Djerba, Bali, Algerien)

Hilfe und Betreuung wurde im Rahmen des Konsulargesetzes in allen Fällen durch die deutschen Auslandsvertretungen geleistet. Die Wirksamkeit des Konsulargesetzes endet jedoch im Zuständigkeitsbereich anderer deutscher Behörden, d.h. an der deutschen Grenze.

Wer kümmert sich aber im Inland um Hinterbliebene, Verletzte und um Todesopfer? Wer leistet Hilfe und Betreuung, auch für Angehörige?

Bislang wurde diese Aufgabe von Bundesbehörden mangels Zuständigkeit nicht oder nur ansatzweise wahrgenommen. Mit Blick auf die Erfahrungen aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und Bali, sollen künftig die Betreuungsmaßnahmen für Opfer und ihre Angehörigen besser koordiniert werden.

Dazu hat der Bund Anfang des Jahres 2003 die Koordinierungsstelle NOAH geschaffen. Mit NOAH sollen die durch das Auswärtige Amt aufgrund des Konsulargesetzes eingeleiteten Betreuungsmaßnahmen im Ausland möglichst verzugslos im Inland aufgegriffen und fortgesetzt werden, ohne dabei in die Zuständigkeiten der Länder, Kommunen, Stellen, Einrichtungen und Privatunternehmen einzugreifen.

NOAH ist in der Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) ein Element des Zentrums für Krisenmanagement. Die enge Verzahnung mit dem in der ZfZ eingerichteten Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ), dem deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) und der Warnzentrale (SatWaS) ermöglicht zum einen eine nahtlose Integration in die im Katastrophenschutz vorhandenen Informations- und Führungsstrukturen und verstärkt zum anderen die im Rahmen der „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ entwickelte Linie des Bundes mit Serviceangeboten zur Verbesserung des Bund-Länder-Krisenmanagements.



Mit NOAH rundet der Bund fachlich die Absicht ab, ein integriertes Gesamtkonzept der psychosozialen Notfallversorgung auf Bundesebene zu etablieren. Bereits seit Anfang 2002 ist die psychosoziale Notfallversorgung als Aufgabe in die Zentralstelle für Zivilschutz eingebunden. Neben dem Krisenmanagement sind dies vor allem die Bereiche Ausbildung und Forschung. Im Vordergrund ste-

Leistungen im Einzelnen:

- Sensibilisierung öffentlicher Stellen und sonstiger Verantwortlicher (z.B. Reiseveranstalter) für den Bedarf an psychosozialer Betreuung unmittelbar nach einem Unglücksfall oder Terrorakt
- Vermittlung von zentralen „Koordinatoren“, Mitarbeiter von Kriseninterventionsteams, Notfallseelsorger, Notfallpsychologen, jeweils bereitgestellt von den Kirchen,

- Bundeskriminalamt
- Betreuungskordinatoren im Inland und am Unglücksort (Notfallseelsorger der Landeskirchen und Bistümer, überregional tätige Kriseninterventionsdienste)
- Reiseveranstalter, Versicherer
- Bearbeitung von Einzelfällen
- Sicherstellung einer langfristigen seelsorgerlichen und/oder psychosozialen Betreuung der Opfer und Angehörigen über die jeweiligen „Koordinatoren“



Am 8. Mai 2003 kamen bei einem schweren Busunfall bei Stiofók in Ungarn 28 Bundesbürger ums Leben. Vier der insgesamt 33 Businsassen wurden verletzt. (Foto: dpa)

Darüber hinaus unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von NOAH im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten mit

- Informationen über wohnortnahe Hilfsangebote,
- Informationen bei Fragen nach seelsorgerlicher und/oder psychologischer sowie ärztlicher Hilfe und Behandlung,
- Informationen hinsichtlich weiter einzuschaltender Behörden und
- Informationen bei administrativen Fragen und Problemen.

hen dabei Workshops, Seminare und Forschungsvorhaben zu Betreuungskonzepten von Einsatzkräften, u.a. mit dem Ziel, ein bundesweites Netz psychosozialer Betreuung zu initiieren. Die verschiedenen Aktivitäten sind direkt aufeinander bezogen und inhaltlich miteinander verknüpft.

Hauptaufgabe von NOAH ist es, unmittelbar nach einem großen Unglücksfall oder Terrorakt in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und den in den Bundesländern koordinierenden Stellen eine psychosoziale Betreuung der Opfer und Angehörigen aufzubauen und solange wie erforderlich aufrechtzuerhalten. Dabei werden die zuständigen Stellen in den Ländern und Organisationen unter Rücksichtnahme auf ihre abschließende Entscheidungskompetenz hinsichtlich zu ergreifender Rettungsmaßnahmen beraten.

Hilfsorganisationen und privatwirtschaftlichen Unternehmen zur psychosozialen Betreuung

- Vermittlung von örtlichen Betreuern zur Überbringung der Todesnachricht
- Vermittlung von begleitenden Betreuern für die an den Unglücksort reisenden Angehörigen
- Vermittlung von Betreuern für nur mittelbar vom Geschehen Betroffene
- Laufende Nachverfolgung und erforderlichenfalls Nachsteuerung der vermittelten Rettungsangebote
- Laufende Informationsvernetzung zwischen den beteiligten Stellen in Betreuungsfragen, z.B.:
 - Auswärtiges Amt
 - Lagezentren in den Bundesländern
 - Landeskriminalämter
 - Gesundheitsministerien der Länder

bisherige Aktivitäten:

- Betreuung von anlässlich des Irakkrieges aus Kuwait evakuierten Personen
- Betreuung der Opfer und Angehörigen des Busunglücks in Stiofók, Ungarn
- Betreuung der bereits frei gelassenen Opfer der Geiselnahme in Algerien
- Betreuung der Opfer und Angehörigen des Busunglücks bei Lyon, Frankreich
- Betreuung der Opfer und Angehörigen des Busunglücks bei Vincenza, Italien.

Schon nach kurzer Zeit hat sich NOAH damit als Bestandteil des Krisenmanagements von Bund und Ländern zur Koordinierung der Nachbetreuungsmaßnahmen von deutschen Opfern und deren Angehörigen bei Großschadensereignissen im Ausland etabliert.

50 Jahre Ausbildung in Ahrweiler

Ein Rückblick

von Dieter Franke, ZfZ - AKNZ

1953, der Zweite Weltkrieg ist seit acht Jahren vorbei. Seine Spuren sind allerdings noch vielerorts zu sehen. Die Phase des Wiederaufbaus in Deutschland wird begleitet von einem neuen Optimismus. Jedoch stellt sich bei einem Blick über die Grenzen der Friede als ein zerbrechliches Gut dar.

Anlässlich seiner Vereidigung unterstreicht der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Dwight D. Eisenhower, den Führungsanspruch der USA.

Der russische Diktator Josef Stalin stirbt, Georgi Malenkow und Nikita Chruschtschow werden zu seinen Nachfolgern im Ministerrat bzw. im Zentralkomitee der KPdSU berufen. Sie zementieren ihrerseits die kommunistischen Herrschaftsansprüche.

Hiroshima und Nagasaki haben im August 1945 die Apokalypse gezeigt, die bei Kriegen der Zukunft droht. Nun, im Jahre 1953, verfügt nach den USA auch die Sowjetunion über die Potenzierung der Kernwaffe: die Wasserstoffbombe.

Nicht nur heiße und kalte Kriege oder innerstaatliche Konflikte stellen eine Bedrohung für die Menschen dar. Die Nordsee demonstriert die Gewalt der Natur und tötet an den englischen und holländischen Küstenstreifen fast 1.500 Menschen.

1953, ein ganz normales Jahr, in dem die Geschichte der heutigen Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz beginnt.

THW-Schule Marienthal

Die 50-jährige Geschichte der Bildungsarbeit für den Bevölkerungsschutz in Ahrweiler beginnt mit einer Bundesschule der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in Marienthal, dem westlichsten Teil der heutigen Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler. Dort wurde als erste Veranstaltung vom 9. bis zum 12. März 1953 ein Lehrgang

noch das Äbtissinnenhaus übrig geblieben. Ein Anfang des 20. Jahrhunderts auf dem Gelände errichtetes Gebäude ergänzte die Schule. Im ersten Jahr wurden nicht nur praktische Fertigkeiten im Bereich des Instandsetzungsdienstes, des Schweißens oder des Brückenbaus vermittelt. Vielmehr sah die Schule von Anfang an ihre Aufgabe auch darin, Führungskräfte heranzuzie-



Das Lehrsaalgebäude in in der heutigen Gestalt.

für Ausbilder in der Starkstromkabeltechnik durchgeführt. Bemerkenswert zeigt sich hier die auch heute unverändert beibehaltene flexible Reaktion auf aktuelle Ereignisse. Dieser Eröffnungslehrgang wurde kurzfristig ins Programm genommen, um Fachkräfte für die Behebung von Hochwasserschäden in Holland auf ihren Einsatz vorzubereiten.

Die Schule war angesiedelt auf dem Gelände des der Ortschaft den Namen gebenden Klosters. Davon war allerdings nach den Wirren des 30-jährigen Krieges und später der französischen Revolution nur

hen und Ausbilder für die Sicherstellung einer qualifizierten Standortausbildung zu schulen.

Neben der Schulung zum Auf- und Ausbau des Hilfeleistungssystems in Deutschland bekam die Schule sehr schnell auch Aufträge zur Vorbereitung internationaler Hilfseinsätze. In einer ersten Aktion erhielten 16 Techniker eine Spezialausbildung für ihre Verwendung im deutschen Hospital in Korea. Dort sollten sie als Handwerker und Kraftfahrer gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz die Versorgung der Bevölkerung sichern. Auch dieses, nämlich das orga-

nisationsübergreifende Prinzip, ist ein Markenzeichen der Ausbildung in Ahrweiler geblieben.

Zentrale Ausbildungsstätte des Bundes für den Luftschutzhilfsdienst

Im Februar 1960 änderte sich das Bild hinter der drei Meter hohen Klostermauer in Marienthal. Die „Zentrale Ausbildungsstätte des Bundes für den Luftschutzhilfsdienst“ (ZA des LSHD oder auch ZAB) wurde in Anlehnung an die THW-Schule eingerichtet. Ihre Aufgabe war es, Helfer, Unterführer und Führer der im Luftschutzhilfsdienst ver-

auf Zeit bzw. berufsmäßig im Zivilschutz zu dienen. Auch wenn die Planungen für das ZS-Korps weit fortgeschritten waren und 1965 der zugehörige Gesetzesentwurf vorlag, so kam es doch letztendlich nicht zur Umsetzung.

Im gleichen Jahr, also 1965, wurde Marienthal aufgegeben. Die neuen Aufgaben erforderten mehr Platz. Daher wurden beide Einrichtungen in die Stadt Ahrweiler verlagert. An der Ramersbacher Straße, auf dem Gelände einer alten Ziegelei etablierten sich die Schulen nun in Holzbaracken. „Holzhausen“ hieß diese kleine Siedlung daher schnell im Kreis der Teilnehmer. Es gab

(KSB) mit der Außenstelle Hoya.

Später wurden der KSB auch die im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) bzw., wie es ab dem 10. Juli 1974 hieß, Bundesamt für Zivilschutz (BZS) direkt durchgeführten Lehrgänge für leitende Mitarbeiter im Bereich Zivilschutz der kommunalen und der Landesverwaltungen zugeordnet.

Die KSB baute mit ihrem Auftrag überwiegend auf der Ausbildung auf, die an den sukzessive eingerichteten und auf der Grundlage des KatSG ebenfalls von Bund finanzierten Landeskatastrophenschutzschulen vermittelt wurde.

Mit der Führungsausbildung wandelte sich auch das Spektrum der Teilnehmer, die in der Regel für eine, gelegentlich auch für zwei Wochen ins Ahrtal kamen. Planungen zum Neubau auf dem Gelände circa einen Kilometer oberhalb der alten Ziegelei begannen. Gut 20 ha standen dort zur Verfügung. Sie dienten bislang nur als Übungsgelände im Rahmen der praktischen Ausbildung. 1973 schließlich war Richtfest. Vier Unterkunftsgelände mit insgesamt 240 Betten in Ein- und Zweibettzimmern, dazu ein Wirtschaftsgebäude mit moderner Küche für die so genannte amtliche Verpflegung und einer zusätzlichen Kantine für die Versorgung nach Dienstschluss. Das Verwaltungsgebäude nahm die erforderlichen Büros auf, ferner Bekleidungskammer, Schneiderei und Schuhmacherei sowie die Bibliothek. Daneben wurde das Lehrsaalgebäude mit zwölf Lehrsälen, die auch als Planspiel- und Übungsräume genutzt werden konnten, angegliedert. Hangaufwärts bestand der technische Bereich aus zwei großen Kraftfahrzeughallen, einer Fernmelde-Werkstatt, einem Gerätelager sowie einer Übungshalle. Abgerundet wurde das Ganze durch einen ganzen Straßenzug mit Häusern, die unterschiedliche Beschädigungszustände zeigten.

Blick in einen der Übungsräume, hier eine Befehlsstelle.



tretenen Fachdienste auszubilden.

Auch wenn es sich in Marienthal um zwei verschiedene Ausbildungseinrichtungen handelte, so waren sie jedoch organisatorisch verbunden. Dies drückte sich insbesondere dadurch aus, dass sie einem gemeinsamen Leiter, dem Oberingenieur Georg P.J. Feydt, unterstanden. Bis zum Februar 1972 und damit fast 20 Jahre lang nahm er diese Funktion wahr. Er prägte damit entscheidend die Aufbauphase des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Gründung der ZAB lag auch die Absicht zugrunde, ihr die Ausbildung der Führungskräfte des angestrebten Zivilschutzkorps zu übertragen. In ihm sollte es in Analogie zur Bundeswehr die Möglichkeit geben, eine Dienstpflicht abzuleisten oder

mehr Möglichkeiten als in Marienthal, trotzdem war von Anfang an klar, dass dies hier nur ein Provisorium sein konnte. Befürchtet wurde natürlich die üblicherweise besondere Langlebigkeit von Provisorien.

Katastrophenschutzschule des Bundes

1968 wurde mit dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) die Grundlage für die Verschmelzung der ZAB mit der THW-Bundesschule in Ahrweiler und die Einbeziehung der THW-Schule Moers geschaffen. Im März 1971 wurde dieser Schritt vollzogen und in Bad Neuenahr-Ahrweiler – die beiden Städte waren zwei Jahre zuvor im Zuge der Gebietsreform vereinigt worden – entstand nun die Katastrophenschutzschule des Bundes

Sie ermöglichten fachspezifische wie auch fachdienstübergreifende Übungen. Rund 20 Millionen DM investierte der Bund in diese Baumaßnahme.

Im Oktober 1974 war es dann soweit. Feierlich wurde der Neubaukomplex an der Ramersbacher Straße 95 seiner Bestimmung übergeben. Nicht nur die Katastrophenschutzschule des Bundes hatte eine neue Heimat. Auch die Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz fand nun in der Kreisstadt des Kreises Ahrweiler ihr Zuhause. Beide Schulen gingen eine Verwaltungsgemeinschaft ein, blieben aber ansonsten selbstständig. Die ersten Lehrgänge fanden zu Beginn des Jahres 1975 statt.

Es folgten ruhige Jahre der kontinuierlichen Arbeit. Eine Prüfgruppe nahm diese zu Beginn des nächsten Jahrzehnts unter die Lupe. Als Ergebnis wurde die Trennung zwischen der technisch ausgerichteten und der Führungsausbildung stärker vollzogen. Erstere wurde vorrangig in Hoya, letztere in Ahrweiler angeboten. Lediglich die Schweiß- und die Sprenglehrgänge verblieben vorläufig wegen der vorhandenen Einrichtungen im Ahrtal. Gleichzeitig stellte die Prüfgruppe auch einen höheren Bedarf an Lehrkräften fest. Dies führte 1983, im Jahr des 30-jährigen Bestehens zur Einstellung von acht Lehrern und Fachlehrern.

Jahr der Wende

Am 1. September 1989 kam auf die KSB eine völlig neue Aufgabe zu. Jetzt musste sie zeigen, ob die praktischen Fertigkeiten mit dem theoretischen Wissen mithalten konnten. An diesem Freitag Abend kam aus dem Bundesinnenministerium die Aufforderung, sich auf die Aufnahme von DDR-Bürgern vorzubereiten, die sich in die Prager Botschaft geflüchtet hatten. Innerhalb kurzer Zeit wurde geplant, organisiert und besorgt, Zimmer geräumt und neu eingerichtet,

Bettwäsche und Handtücher verteilt und so die KSB zu einer Unterkunft für circa 1.000 Personen. Doch - niemand kam in den nächsten Tagen und so wurde zurückgeräumt und der Lehrbetrieb wieder aufgenommen. Ein Probelauf, der vier Wochen später dafür



sorgte, dass jetzt alles viel schneller und reibungslos ging. Denn jetzt wurde es ernst. Großer Empfang am Bahnhof Ahrweiler, Tausende Zuschauer, Bustransfer zur KSB, Medienvertreter aus aller Herren Länder, aber auch unzählige freiwillige Hilfsangebote und Helfer.

Nachdem dieser erste Ansturm bewältigt war und die übergelücklichen Gäste zu Verwandten oder in Aufnahmehäuser der Länder weitergeleitet waren, wurde, wenn auch etwas eingeschränkt, der Lehrbetrieb wieder aufgenommen.

In den Abendstunden des 3. November kam dann die nächste Alarmierung. Und wieder wurde über das Wochenende umgeräumt. Der Tag der Maueröffnung kam und der Strom der Übersiedler stieg an. Im Laufe der nächsten Wochen beschieden auch Polen und die UdSSR vielen Ausreisewilligen den teils vor langer Zeit gestellten Antrag positiv. Nahezu 15.000 Neubürger der Bundesrepublik lernten bis zum Frühjahr 1990 die KSB für einige Tage oder Wochen kennen. Als maximale Belegung wurden 1.560 Personen gezählt. In dieser Zeit fanden die Lehrveranstaltungen in eingeschränkter An-

zahl in verschiedenen Hotels statt.

Vom 3. bis zum 5. Juni 1993 wurde auf Godeneltern das 40-jährige Bestehen gefeiert. „Eine Zeit des Umbruchs ist auch eine Zeit der Chancen“, mit diesem Aufruf schloss Dr. Walter Priesnitz, Staatssekretär im

**Die AKNZ als
Gastgeber
internationaler
Veranstaltungen:
Workshop der
NATO zum
Thema
Massenvernichtungswaffen
im vergangenen
Jahr.**

(Fotos: D. Franke)

Bundesministerium des Innern, seine Festansprache vor zahlreichen in- und ausländischen Gästen. Angesichts der Veränderungen in der internationalen Sicherheitslage regte Priesnitz an, darüber nachzudenken, ob die Differenzierung in Zivil- und Katastrophenschutz noch zeitangemessen sei. Notfallvorsorge sei ggf. ein Begriff, der eher zutreffe, so der Staatssekretär.

Mit dem Zerfall des Warschauer Paktes wurden die Notwendigkeiten der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes hinterfragt. Während die KSB zunehmend internationale Veranstaltungen durchführte, insbesondere auch solche für ost- und südosteuropäische Staaten, sorgte die Diskussion über die Zukunft für Stagnation im Inneren. Die Katastrophenschutzschulen der Länder wurden geschlossen. Ebenso erging es dem Warndienst und dem Ausweichsitz der Verfassungsorgane des Bundes, dem so genannten Bunker im Ahrtal. Im Februar 1995 wurde durch Umgliederung des BZS die bis dato nachgeordnet geführte KSB einem Referat vergleichbar in das Amt eingegliedert. Zum 1. Januar 1996 erfolgte die Eingliederung der Akade-

mie für zivile Verteidigung (AkzV) und ein halbes Jahr später ihr Umzug nach Ahrweiler. Die drei Ausbildungseinrichtungen hatten zusammen zu diesem Zeitpunkt weniger Personal als die KSB noch ein Jahrzehnt zuvor allein.

Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz

Mit dem 31. Dezember 1996 endete schließlich das Bestehen der Katastrophenschutzschule des Bundes. Eine neue Einrichtung wurde gegründet, die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ). Sie übernahm zum 1. Januar 1997 die Aufgaben ihrer drei Vorläufer. Der Blick auf die internationale Ebene wurde verstärkt. Tagungen von NATO-Arbeitsgruppen, Mitwirkung in Forschungsprojekten der Europäischen Union und immer wieder Seminare für den osteuropäischen Bereich zu den Themen Katastrophenschutz, Katastrophenmedizin, Schutz in der Umgebung kerntechnischer oder chemischer Anlagen wurden Routine.

Durch die Reduzierung der Präsenz und Rückführung auf planerische Aktivitäten in verschiedenen Bereichen des Zivilschutzes gab es Anlass, die Notwendigkeit eines eigenständigen Bundesamtes zu hinterfragen. Konsequenterweise wurde schließlich zum 1. Januar 2001 das BZS aufgelöst, seine Aufgaben gingen über auf das Bundesverwaltungsamt (BVA) und dort auf die neu eingerichtete Abteilung V, die sich Zentralstelle für Zivilschutz nennt. Mit dem BVA vertritt nun eine vergleichsweise große Behörde die Interessen des zivilen Bevölkerungsschutzes.

Weitblickend und noch vor den Terroranschlägen des 11. September 2001 wurde der AKNZ ein erweiterter Aufgabekatalog übertragen, zu dessen Erfüllung verschiedene Neueinstellungen vorgenommen werden konnten. Durch das Antiterrorprogramm des Bun-

des wurde diese Maßnahme im Herbst noch ausgeweitet.

Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz

Die bislang letzten bedeutenden Änderungen an dieser einmaligen Ausbildungseinrichtung gab es im Frühjahr 2002. Im Mai wurde der inzwischen auf über 30 Personen angewachsene Dozentenkreis in fünf Fachbereiche gegliedert:

- Fachbereich 1: Grundlagen und Koordination
- Fachbereich 2: Führen und Leiten im Katastrophenschutz
- Fachbereich 3: Nationales und Internationales Krisenmanagement
- Fachbereich 4: Spezialwissenschaften
- Fachbereich 5: Notfallvorsorge

Einen Monat später, im Juni 2002, erhielt die Akademie ihren heutigen Namen. Seitdem firmiert sie als Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ).

Ein Blick in den druckfrischen Seminarplan 2004 zeigt die Neuausrichtung dieser besonderen Einrichtung, die durch die Gliederung der Fachbereiche angedeutet ist. Die AKNZ ist Teil einer Verwaltung, ohne selber Verwaltung zu sein oder sich so zu fühlen. Sie versteht sich als Partner und Informationsdrehscheibe für Bund und Länder, für Hilfsorganisationen einschließlich Feuerwehren und THW, für Polizeien und Bundeswehr. Sie hat mit der Universität Bonn einen Masterstudiengang „Katastrophenvorbeugung und Katastrophenmanagement“ konzipiert und für die Europäische Union ein Projekt zur Erstellung eines Ausbildungsschemas zum Thema „Krisenkommunikation“ geleitet. Die AKNZ ist gefragt für die Erarbeitung und Leitung von Übungen für die Interministerielle Bund-Länder-Koordinierungsgruppe sowie für Länder übergreifende Krisenmanagementübungen.

Ein weiter Weg wurde seit 1953 zurückgelegt. Hat sich auch viel gewandelt, eines ist unverändert geblieben: Schutz und Sicherheit für die Bevölkerung haben in Ahrweiler eine geistige Keimzelle.

Zum 50-jährigen Bestehen der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz wird eine Ausstellung über die Entwicklung von der Bundesschule des Technischen Hilfswerks in Marienthal 1953 über die Zentrale Ausbildungsstätte des LSHD und die Katastrophenschutzschule des Bundes bis hin zur heutigen AKNZ zusammengestellt.

Dazu werden noch verschiedene Gegenstände und Dokumente gesucht. So zum Beispiel ein Tornisterfiltergerät mit Zubehör (TOF 100 ABC), eine Veterinärausstattung, Dreibein mit Batteriehalterung für OP-Leuchte, OP-Besteck des Feldlazarets, Urkunden und Bilder. Ebenso sind Schaufensterpuppen für die Ausstellung alter Uniformen, die auch noch ergänzt werden könnten, willkommen.

Wünschenswert wäre es, wenn diese Gegenstände dem Museum der AKNZ (ggf. als Leihgabe) überlassen werden könnten. Möglicherweise kann auch eine weitere Verwendung im Haus der Geschichte in Bonn bzw. im geplanten Zivilschutzmuseum, das in einem Teil des ehemaligen Bunkers Marienthal eingerichtet werden soll, ins Auge gefasst werden.

Kontakt:

Helmuth Mauhs 02641/901138 oder

Dieter Franke 02641/381332, dieter.franke@bva.bund.de

Orkan 2003

Katastrophenschutzübung in Berlin

Von Irene Kölbl, Berlin

Ein Großbrand mit Menschenrettung, Feuer in einer Industrieanlage, Gebäudeeinsturz, Schadstoffaustritt, Strahlenunfall und Massenankunft von Verletzten... Dies waren einige der Schadensereignisse, mit denen rund 2.000 Einsatzkräfte mehrerer Bundesländer bei der bisher größten Katastrophenschutzübung in Berlin konfrontiert waren.

Ausgangslage: In der Nacht von Donnerstag, 15. Mai, auf Freitag, 16. Mai 2003, zog ein Sturmtief über Berlin und richtete große Schäden an. Der Orkan deckte Dächer ab, durchtrennte Stromleitungen und entwurzelte Bäume.

Ausnahmezustand

Wegen zahlreicher Brände aufgrund von Blitzeinschlägen waren in der ganzen Stadt Einsatzkräfte der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr tätig. Da viele Wehrleute durch Einsätze gebunden waren, wurde der Ausnahmezustand Stufe 2 ausgerufen, d.h. Einsatzstellen waren nicht mehr entsprechend der Alarm- und Ausrückordnung der Berliner Feuerwehr zu beschicken. Der Einsatz der ehrenamtlichen Kräfte endete am Morgen. Mit einem Tanklagerbrand, einer Krankenhausevakuierung und einem Gefahrgutunfall war die Berufsfeuerwehr auch noch am Freitagvormittag beschäftigt. Ein weiteres Sturmtief war für den frühen Vormittag vorhergesagt.

Erhöhte Alarmbereitschaft

Einberufen war inzwischen der Stab Feuerwehr, der die Vorgehensweise der Feuerwehr und der Katastrophenschutz-

organisationen aufeinander abstimmt. Die Direktionen versetzten ihr Führungspersonal und ihre Brandschutzbereitschaften in erhöhte Alarmbereitschaft. Über die zu erwartende Lageverschärfung informierte Landesbranddirektor (LBD) Albrecht Broemme nun auch die Hilfsorganisationen.

Katastrophe

Zu diesem Zeitpunkt liefen parallel mehrere Schadensereignisse ab, die die zur Verfügung stehenden Hilfs- und Rettungskräfte weder örtlich noch zeitlich angemessen be-

bestätigten dieses Ersuchen. Mit dem Eintreffen der Hilfe war bis Mitternacht zu rechnen.

Da sich das Einsatzgeschehen stadtweit „abspielte“, ordnete Broemme eine dezentrale Einsatzführung an. Die Großschadensstelle Berlin-Karlshorst, die als „Schauplatz“ der Übung fungierte, hatte die Direktion Nord über die Regionalleitstelle Marzahn zu führen. Einheiten des Katastrophenschutzes sowie die angebotenen überregionalen Kräfte sollten zum Einsatz kommen. Nachdem überall die Straßen blockiert waren, erreichte die Einsatzleitung den Schadensort erst ge-



Angehörige der Feuerwehr und des ASB versorgen gemeinsam Verletzte.

wältigen konnten. Aufgrund der Zerstörungen der Infrastruktur schlug LBD Broemme gemäß § 7 Katastrophenschutzgesetz (KatSG) dem Innensenator vor, den Katastrophenalarm auszulösen. Um 11.50 Uhr verkündete Dr. Ehrhart Körting den Katastrophenfall für Berlin.

Über das gemeinsame Meld- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) forderte Berlin vorsichtshalber mindestens 300 Feuerwehrkräfte an. Brandenburg, selbst im Einzugsbereich des Sturmes liegend, Bremen und Hamburg

gen 15.30 Uhr mit einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes (BGS).

Stationsbetrieb

Als Vollübung umfasste „Orkan 2003“ von der Alarmierung bis hin zur Versorgung der Kräfte die unterschiedlichen Phasen eines Schadensfalles. Angesichts der Anzahl der Einsatzkräfte schien es vorteilhaft, einen Stationsbetrieb aufzubauen, um „den Übungseffekt zu verbessern und den Vorbereitungsaufwand zu optimieren“. Für die

Schadenslagen, die zu bewältigen waren, war jeweils eine Großschadenslage vorgegeben. An den Stationen arbeitete ein Brandschutzzug – eine Brandschutzbereitschaft besteht aus drei Zügen – einen Einsatz komplett ab. Anschließend wurde der Bereich für die nächsten üben Einheiten wiederhergestellt.

Schadenereignisse

Menschenrettung/Großbrand Gebäude: In einem dreistöckigen Plattenbau war im Erdgeschoss ein Brand ausgebrochen. Acht verletzte und

Zur Bergung Verletzter müssen die Helfer auf die vorhandenen Mittel, z.B. Steckleiterverbindungen, zurückgreifen.



rauchgasvergiftete Personen befanden sich im Gebäude. Einige Bewohner hatten sich auf das Dach gerettet. Ein Hubschrauber sollte sie in Sicherheit bringen.

Gebäudeeinsturz: Während der Öffnungszeit war ein Supermarkt eingestürzt. Zahlreiche Personen wurden unter den Trümmern begraben. Die Feuerwehr konnte nur die ihr zur Verfügung stehenden Rettungsmittel wie beispielsweise Steckleiterteile nutzen, um Verletzte aus dem Gefahrenbereich zu transportieren. Bis zum Eintreffen des Sanitätsdienstes waren die Verletzten zu versorgen und zu betreuen. Wegen eines vermissten Kindes forderte der Einheitsführer eine Rettungshundestaffel an. Bei einer großflächigen Suche fand diese das Kind weit entfernt vom Unfallort.

Großbrand Fläche: Auf einer etwa 200 m² großen Betonfläche waren zehn m³ Bäu-

me und Äste aufgestapelt. Aus nicht bekannten Gründen hatte sich dieses Lagergut entzündet. Es bestand die Gefahr, dass das Feuer auf eine mit Gras und Sträuchern bewachsene Lichtung übergriff. Tatsächlich kam es dazu und die Einsatzkräfte vor Ort mussten durch einen BGS-Hubschrauber unterstützt werden. Das Ablöschen aus der Luft erfolgte mit einem Bambi Bucket. „Die 2.000 l Wasser allerdings, die der Hubschrauber mit einem Anflug herbeibrachte“, so Polizeihauptkommissar Thomas Hochstein, Öffentlichkeitsarbeit BGS, „verpufften

im Nichts. Im Ernstfall würden wir mit mehreren Hubschraubern wie an einer Perlschnur arbeiten“.

Explosion mit Folgebrand: Bei Reparaturarbeiten im Kinosaal explodierte ein Acetylenbehälter, der einen Arbeiter schwer verletzte. In einem zweiten Behälter zersetzte sich der Inhalt. Aufgerissen durch den Explosionsdruck hatte sich eine Hausgasleitung im Vorraum des Kinos entzündet. Im Eingangsbereich befand sich ein verletzter Arbeiter, der zwei Kollegen erwähnte, die sich im ersten Obergeschoss und im Kinosaal aufgehalten hatten. Der oben tätige Mitarbeiter hatte tödliche Verletzungen erlitten. In dem stark verrauchten Vorführraum gestaltete sich die Suche schwierig: Der Suchtrupp verunglückte selbst und konnte sich nicht mehr bemerkbar machen...

Schadstoffaustritt: Aus einem Produktionsbetrieb zur

Lackherstellung erreichte die Berliner Feuerwehr ein Notruf. Drei Arbeiter der Nachtschicht litten unter Atemnot, Kopfschmerzen und Übelkeit. Zwei von ihnen versuchten den Beinträchtigungen im Freien zu entgehen. Dort warteten sie auf Hilfe. Die dritte Person harrete im Gebäude aus. Zwischenzeitlich schlug sich in einem Umkreis von etwa 50 m ein beißender Geruch nieder. Die beiden Beschäftigten – sie waren ansprechbar – befanden sich außerhalb dieses Bereiches.

Bei Routinearbeiten, so der Schichtleiter, wäre aus einer Leckstelle an einem Fass eine farblose Flüssigkeit in die Auffangwanne ausgetreten. Da die Mitarbeiter sich vom Schadensort entfernt hatten, war die Schadstoffquelle weiterhin aktiv. Es war davon auszugehen, dass das Fass nicht mit der richtigen Chemikalie befüllt wurde.

Strahlenunfall: Auf der Hauptstraße waren ein Kleintransporter mit radioaktiver Ladung und ein Pkw zusammengestoßen. An der Kreuzung, an der sich der Unfall ereignet hatte, lagen einige Kisten der Fracht auf der Fahrbahn. Ein Kasten war beschädigt, das Transportbehältnis für radioaktive Materialien lag offen auf der Straße. Der Strahler war etwa vier Meter von der Unfallstelle entfernt im Gras aufgeschlagen. Der Begleitschein der Sendung klemmte auf dem Armaturenbrett des Transportfahrzeuges.

Darüber hinaus waren ein Feuer Industrieanlage und ein Gebäudebrand zu bekämpfen. Bei letzterem gestaltete sich die Löschwasserversorgung überaus schwierig. Einsatzkräfte des THW bauten die Infrastruktur eines Krankenhauses wieder auf.

Zielsetzung

Über mehrere Tage galt es zu üben:

- das Zusammenwirken der verschiedenen, im Katastrophenfall tätigen Fachdienst-Einheiten (Brandschutz-, Sanitäts- und Betreuungs-, Ber-

gungs- und ABC-Dienst sowie Infrastruktur),
- die Einsatzführung einer Großschadenlage und
- die Logistik des Einsatzes (täglich über 500 Helfer).

Die Einsatzkräfte sollten eine Vorstellung ihrer Leistungsfähigkeiten und ihres Reaktionsvermögens erhalten, die Führungskräfte die Lenkung und Führung großer Einheiten trainieren. In der Zusammenarbeit mit überregional herangeführten Einsatzkräften waren vorhandene Führungssysteme dahingehend zu überprüfen, ob sie den Anforderungen eines vielschichtigen Schadensereignisses genügen.

Gemeinsames Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ)

Aufgrund der länderübergreifenden Katastrophensituation hatte Berlin auch das GMLZ eingebunden, das seit dem 10. Oktober 2002 in der Zentrale für Zivilschutz in Bonn einsatzbereit ist. Das GMLZ ist hier Bestandteil des Zentrums für Krisenmanagement.

Als Serviceleistung für Bundes- und Landesbehörden unterstützt das GMLZ das Ressorts und Länder übergreifende Informations- und Ressourcenmanagement. Täglich erstellt das Zentrum beispielsweise Lageberichte zur zivilen Sicherheitslage. Diese Berichte werden bei konkreten großflächigen Schadensereignissen oder Lagen von nationaler Bedeutung um Lagemeldungen ergänzt. Mit seinen Informationen trägt das GMLZ dazu bei, dass Entscheidungsträger auf Bundes- und Länderebene globale Lagebeurteilungen durchzuführen vermögen. (s. auch S. 7 dieser Ausgabe).

Arbeitsaufträge

BGS: Bereits im Laufe des Freitagvormittags hatte die Bundesgrenzschutz-Fliegerstaffel Ost (BGSFLO) die Informationen erhalten, sich materiell und personell auf Einsätze im

Rahmen der technischen Katastrophenhilfe vorzubereiten. Als sich die Schadenslage verschärfte und die dezentrale Einsatzführung angeordnet wurde, war der Transport der Technischen Einsatzleitung (TEL) zum Einsatzort der erste Auftrag. Die Flugeinsatzleitung betrachtete die Annäherung aus der Luft als Möglichkeit, für eine schnelle Übernahme der Führungsaufgaben „ein aktuelles und umfassendes Lagebild zu vermitteln“. Zur Suche/Nachsuche setzte die Fliegerstaffel eine Wärmebildkamera und Suchscheinwerfer ein. Für die Beweissicherung und Dokumentation lieferte ein Hubschrauber ständig aktuelle Aufnahmen. Einsatzkräfte und Verletzte waren zu transportieren, die Brandbekämpfung aus der Luft zu unterstützen. Selbst die verfügbare Strahlenmessstation zur Aeroradiometrie konnte eingesetzt werden.

Am zweiten Übungstag bewerteten sich mehrere Anrufer aus der Umgebung bei der Übungsleitung über Lärmbelä-

stärkung, aber die Erfahrungen in den Hochwassergebieten haben gezeigt, wie wichtig derartige Erhebungen sind.

Erste Herausforderung für die 102 Bremer Feuerwehrleute war der „Kfz-Marsch im geschlossenen Verband über lange Wegstrecke nach Berlin“. Nach kurzer Ruhepause sahen sich die Ehrenamtlichen mit ungewöhnlichen Einsatzlagen, wie Gebäudebrand mit Menschenrettung, Schadstoffaustritt und Großbrandfläche, konfrontiert. Schadensereignisse, die nicht nur der Einsatzabschnittsleitung Bremen „umfassendes Improvisations-, Abstraktions- und Koordinationsvermögen“ abverlangten.

Für die Hamburger Feuerwehr war schon die Eröffnung mit der „Fahrt quer durch Berlin unter Blaulicht“ etwas Besonderes. Darüber hinaus boten Gasexplosion, Gebäudebrand und Dekontamination den Freiwilligen Feuerwehrleuten Gelegenheit, „andere“, nicht alltägliche Einsatzlagen „abzuarbeiten“.



Auch der von der BGSFLO geflogene RTH „Christoph 35“ kam zum Einsatz.

stärkung, insbesondere wegen des permanenten Flugbetriebes. Nach Auskunft der Flugeinsatzleitung der BGSFLO hätten sich solche Klagen mit größeren Flughöhen und dem Verzicht auf Schwebeflüge vermeiden lassen. Letztere waren allerdings „zur Aufklärung aus der Luft taktisch zwingend notwendig“.

Das Deutsche Rote Kreuz hatte bei der Übung erstmals einen Landesnachforschungsdienst eingerichtet, der die teilnehmenden Einheiten registrierte. Die 50 Helfer aus den Kreisauskunftsbüros stießen

Die Einsatzlogistik war durch die Berliner Feuerwehr und Hilfsorganisationen hervorragend abgesichert. Der Leiter des Einsatzdienstes der Hamburger Feuerwehr, Andreas Kattge, äußerte anerkennend, „Vergleichbares noch nicht erlebt zu haben“.

Da die Übungsanteile des THW, wie beispielsweise Wiederherstellung der Infrastruktur, sehr viel Zeit in Anspruch nahmen, waren diese Aufgaben nicht in das Übungsgerüst eingepasst. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten arbeiteten die Helfer, die Ortsverbänden in

Berlin und dem Bundesgebiet angehörten, allerdings der Feuerwehr zu: Sie stellten die Stromversorgung für das gesamte Übungsgelände, einschließlich TEL, sicher und unterstützten den Aufbau der Löschwasserversorgung. Mit ihrer Beleuchtungsausstattung gewährleisteten sie die Fortführung der Arbeiten bei Nacht. Zum Einsatz kamen Abstützsysteme zur Sicherung einsturzgefährdeter Gebäudeteile sowie Ortungs- und Bergungstechnik. Mit Räumgeräten wurden Zuwege, mit dem Bau eines Steges eine Möglichkeit zur Überwindung von Hindernissen geschaffen, Mauerdurchbrüche ermöglichten die Bergung und Rettung von Personen.

Bekämpfung des Flächenbrandes mit C-Rohren.

(Fotos: Stefan Wagner)



Der Stationsbetrieb fand bei den Einsatzkräften Anklang. Nacheinander hatten mehrere Einheiten ein Schadensszenario zu bewältigen. Fachdienstübergreifend arbeiteten die Kräfte bei der Verletztenübergabe bzw. beim Einsatz von Rettungshunden und Hubschraubern mit Wärmebildkamera zusammen. Die Beleuchtung der Einsatzstellen in der Nacht, die Verwendung der Erkundungs- und Dekonkomponenten, Registrierung, Verpflegung und Unterbringung der Übungsteilnehmer spiegelten die Kooperation zwischen den Fachdiensten wider.

Auswertung

Aus Sicht aller beteiligten Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) war die Übung und ihr Ablauf

gelingen. Motivation und Engagement der Einsatzkräfte und Helfer machten sich positiv bemerkbar, zusätzlich gefördert durch das anspruchsvolle Aufgabenspektrum. Das Erlebnis einer gut und aufwändig geplanten Übung mit 2.000 Leuten begeisterte alle Teilnehmer.

Jedem hatte bewusst sein müssen, so Übungsleiter Reinhard Gerhard, dass es sich um eine Großübung handelte. Ein Szenario, bei dem Einsatzlagen und -abläufe zu trainieren waren, die „wir noch nicht konnten. Dabei hat jede Einsatzkraft, jeder Einheitsführer, die Übungs- und Projektleitung erkennen müssen, dass Schwachstellen vorhanden sind“. Übungsaufgaben wie beispiels-

genau die Schwachpunkte eingetreten, die alle Organisationen von vornherein „einkalkuliert“ haben“. Nachdem in den vergangenen Jahren kaum entsprechende Großübungen oder Stabsrahmenübungen stattgefunden hatten, waren hier erfahrungsgemäß Schwierigkeiten zu erwarten. Als Beispiel nannte er die nicht in allen Bereichen funktionierende Zusammenarbeit, die eigentlich Ziel des gesamten Geschehens sein sollte. Den vorhandenen Ausbildungsbedarf werden das Land und der Bund hoffentlich in absehbarer Zeit einlösen.

Einmal mehr erwies sich die Kommunikation als Problem. Nicht nur aufgrund der verschiedenen Funkfrequenzen gestaltete sich die Zusammenarbeit schwierig, auch der uneinheitliche Sprachgebrauch sorgte für Verwirrung und zog immer wieder zeitaufwändige Nachfragen der TEL nach sich.

Prognose

Wie notwendig und wichtig es ist, die Zusammenarbeit der Einsatzkräfte und Helfer verschiedenster Fachdienste und Organisationen zu erproben, haben die Naturkatastrophen der letzten Jahre verdeutlicht: Führungskräfte, Feuerwehrleute und andere Helfer werden sich an Schadenslagen mit hohem Personaleinsatz gewöhnen müssen.

Die Vorbereitung und zügige Umsetzung von Planungsstandards für überörtliche Einsätze erscheinen wünschenswert.

Vordergründig ist aus Sicht des BGS jedoch das „Kernproblem bei der gemeinsamen Bewältigung von Großschadens- und Gefahrenlagen, Katastrophen (GGSK) zu beheben: die mangelnde Kenntnis über die Kompetenzen, den Aufbau und die Aufgaben der jeweils anderen BOS in rechtlicher, technischer und personeller Sicht“. Ein Wissen, das sowohl auf Stabsrahmen- als auch auf Einsatzebene dringend zu übermitteln ist.

Theoretische und praktische Hilfe

Akzeptanz von TUIS steigt ständig - Einsatzzahlen 2002 vorgelegt

Von Paul Claes

„Bei der Abwehr von Gefahren, die vom Umgang mit und vom Transport von gefährlichen Chemikalien ausgehen, ist TUIS ein hocheffizientes Hilfeleistungssystem.“ Dr. Fritz Behrens, Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, brachte es jüngst anlässlich der Vorlage der Einsatzzahlen 2002 auf den Punkt. Und ergänzte: „Die 497 Einsätze allein bei Transportunfällen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2002 bestätigen eindrucksvoll, dass sich TUIS zum Schutz und zum Wohl der Menschen tagtäglich bewährt.“

Anerkennung von höchster Ebene also.

Bewährte Problemlösung

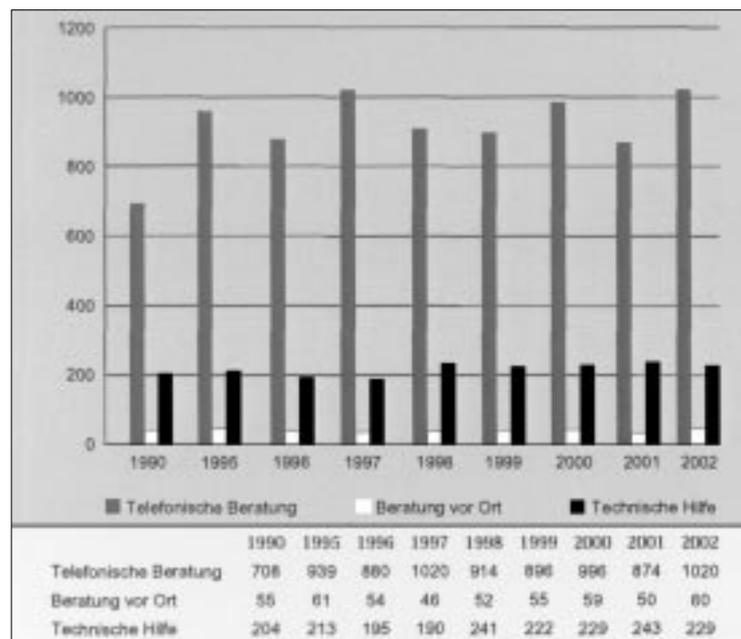
Nicht wenige Leser werden es schon wissen: TUIS steht für „Transport-Unfall-Informationssystem“. Doch so holprig der Wortbandwurm über die Lippen kommen mag, die Effektivität des Systems ist es keinesfalls.

1982 unter Federführung des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) in Zusammenarbeit mit den Innenministerien der Länder ins Leben gerufen, sind aktuell rund 130 deutsche Chemieunternehmen mit ihren Werkfeuerwehren und Fachleuten im Rahmen des TUIS aktiv.

Diese Unternehmen bieten ihre Hilfe aus der Erfahrung an, dass Sachkunde die erste Voraussetzung für eine effektive Hilfeleistung ist. Bei der unübersehbaren und rasant wachsenden Vielfalt von ge-

fährlichen Stoffen kann diese Sachkunde bei den Einsatzkräften von Feuerwehr und Hilfsorganisationen naturgemäß nur begrenzt erwartet werden. Hier will die chemische Industrie kraft Ausbildung und fachlicher Kompetenz mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Den TUIS-Rahmenbedingungen gemäß erfolgt die Hilfeleistung ausschließlich auf Anforderung dazu autorisierter Stellen wie Behörden, Polizei, Feuerwehr oder Katastrophenschutz sowie Deutscher Bahn und Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Damit soll sichergestellt werden, dass Zu-



Einsätze 1990 bis 2002.

(Quelle: VCI)

Im Klartext heißt das: Ereignet sich auf öffentlichen Transportwegen irgendwo in Deutschland oder im benachbarten Ausland ein Unfall, an dem ein Fahrzeug mit Gefahrgut beteiligt ist, und die Einsatzkräfte können von Hersteller, Händler oder Empfänger des Produkts keine Hilfe erwarten, steht das TUIS zur Verfügung. Rund um die Uhr, an jedem Tag im Jahr.

ständigheit und Verantwortlichkeit der öffentlichen Dienste in vollem Umfang gewahrt bleiben.

Drei Stufen der Hilfeleistung

TUIS bietet Hilfe in dreistufiger Form:

- Stufe 1: Beratung durch Experten am Telefon

- Stufe 2: Beratung durch Experten am Unfallort
- Stufe 3: Technische Hilfeleistung am Unfallort

Wie sieht dies nun in der Praxis aus? Immerhin hat sich das System in über 16.000 Fällen bewährt. Drei Beispiele sollen das Verfahren verdeutlichen.

Stufe 1

Lage: Ein Chemikalien-Transporter ist auf der Autobahn verunglückt. Für die Gefahrenabwehr und zur Schadensbegrenzung sind spezielle Produktkenntnisse notwendig. Hersteller, Händler oder Empfänger des Produktes sind nicht bekannt oder nicht erreichbar.

Hilfe: Über ihre Leitstelle können die Verantwortlichen vor Ort direkt Kontakt mit einem TUIS-Mitgliedsunternehmen

Stufe 2

Lage: Der Feuerwehr-Einsatzleiter benötigt bei einem Unfall mit Chemikalien zusätzlich zu den von ihm eingeleiteten Maßnahmen eine Beratung am Unfallort.

Hilfe: Der Vermittlungshilferuf erreicht ein in der Nähe gelegenes Mitgliedsunternehmen. Ein Fachberater oder ein Expertenteam begeben sich direkt zum Unfallort und unterstützen den Einsatzleiter.

Stufe 3

Lage: Ein Tankcontainer mit einer Chemikalie ist undicht. Die öffentlichen Einsatzkräfte fordern eine Werkfeuerwehr zum Unfallort an.

Hilfe: TUIS-Werkfeuerwehren unterstützen den Einsatzleiter am Unfallort und leisten mit Personal und speziellem Einsatzgerät Hilfe. Weitere

nehmen, sind im TUIS-Handbuch sowie auf einer Diskette veröffentlicht. Sie nennen sämtliche Mitgliedsunternehmen mit Standort, Telefon, Art und Umfang ihres Hilfeleistungsangebots sowie ihrer Produktpalette. So kann im Notfall schnell das nächstgelegene Mitgliedsunternehmen oder ein bestimmtes Produkt gefunden werden.

Das Handbuch beziehungsweise die Diskette gliedern sich in

- ein Produktverzeichnis von A bis Z mit den dem Produkt entsprechenden Mitgliedsunternehmen und ihren Standortnummern,
- ein Firmen- und Standortverzeichnis der Mitgliedsunternehmen und
- die Standortübersichtskarte. Auf dieser Karte sind die Mitgliedsunternehmen mit ihren Standortnummern aufgeführt. Mit Hilfe dieser Nummern können Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer des nächstgelegenen Unternehmens festgestellt werden.

Beispiel Ethylbenzen

Lage: Transportunfall mit dem Produkt Ethylbenzen auf der A 1 bei Dortmund.

1. Schritt zur Hilfe: Das Produktverzeichnis des Handbuchs gibt für Ethylbenzen beispielsweise an: Nr. 056 Hüls AG in Marl, Nr. 072 Rheinische Olefinwerke GmbH in Wesseling bei Köln und Nr. 120 BASF Aktiengesellschaft in Ludwigshafen.

2. Schritt zur Hilfe: Die Standortübersichtskarte zeigt das nächstgelegene Mitgliedsunternehmen. In diesem Fall die Hüls AG in Marl. Das Handbuch nennt Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer. So findet der zuständige Einsatzleiter schnelle Hilfeleistung bis zur Stufe 3.

Kosten

Eine nicht ganz unwichtige Frage: Wer trägt die Kosten des Einsatzes? Für das TUIS gilt



Der Hilfszug Chemie der Bayer-Werkfeuerwehr im Einsatz.

men aufnehmen oder über den Vermittlungshilferuf des TUIS eine Werkfeuerwehr oder einen Spezialisten erreichen. Diese Fachleute verfügen entweder selbst über spezielle Kenntnisse des betreffenden Produktes oder vermitteln den Kontakt zu den entsprechenden Experten.

Weiterhin werden die verantwortlichen Einsatzkräfte bei der Suche nach Hersteller, Händler oder Empfänger der Ware unterstützt.

Fachleute von Mitgliedsunternehmen beraten ergänzend. In Stufe 3 kommen nur Werkfeuerwehren mit speziell geschultem Personal, entsprechender Ausrüstung und umfangreichen Erfahrungen bei Unfällen mit Chemikalien zum Einsatz.

Die TUIS-Datenbank: Schlüssel zur Information

Alle notwendigen Informationen, um Kontakt mit einem Mitgliedsunternehmen aufzu-

hier die Devise: „Erst Gefahrenabwehr, dann Klärung der Kostenfrage.“ Der Einsatzleiter vor Ort kann sich also ohne Rücksicht auf finanzielle Belange mit TUIS in Verbindung setzen.

Gundsätzlich gilt, dass die telefonische Beratung für die öffentlichen Einsatzkräfte kostenlos ist, während die Kosten von Einsätzen der Stufen 2 und 3 von der Transportversicherung des Spediteurs übernommen werden.

TUIS-Einsatzzahlen 2002

Wie sahen nun die Einsatzzahlen im vergangenen Jahr bundesweit aus? In 1.020 Fällen reichte eine telefonische Beratung (Stufe 1). 60 Mal half ein TUIS-Berater direkt vor Ort (Stufe 2) und in 229 Fällen wurden die TUIS-Werkfeuerwehren außerhalb der Werkstore aktiv (Stufe 3). Das sind insgesamt 1.309 TUIS-Einsätze und damit der höchste Stand seit Einführung des Systems. Das bedeutet aber nicht, dass es mehr Unfälle gab, vielmehr hat die Akzeptanz von TUIS über die Jahre deutlich zugenommen.

Die 229 Einsätze der Stufe 3 leistete TUIS bei 64 Transportunfällen auf öffentlichen Straßen. Zweithäufigste Einsatzorte waren Speditionen mit 53 Einsätzen. An dritter Stelle folgten 50 Einsätze bei Unfällen in Lagern und betrieblichen Anlagen. Auf Platz vier lagen Unfälle auf der Schiene mit etwa 30 Einsätzen. Die übrigen 32 Einsätze verteilten sich auf andere Gebiete.

Weitergehendes Engagement

Doch unterstützt das TUIS die öffentlichen Einsatzkräfte nicht erst bei Unfällen, sondern auch durch Information und Ausbildung: Im Durchschnitt werden pro Jahr rund 6.000 Einsatzkräfte von Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren ausgebildet. Zwei Werkfeuerwehren schulen die Polizei. Bundesweit halten die

Gefahrgut-Experten des TUIS rund 250 Vorträge im Jahr bei Behörden und Einrichtungen der Gefahrenabwehr.

Über 200 Millionen Tonnen Gefahrgut

Um eine Vorstellung zu bekommen, wie viel Gefahrgut in Deutschland befördert wird: Die chemische Industrie transportiert jährlich etwa 135 Millionen Tonnen Chemikalien, davon werden rund 40 Prozent als Gefahrguttransporte eingestuft.

denn keine Kommune wäre in der Lage, ein vergleichbares Potenzial an Einsatzkräften, Fahrzeugen und Ausrüstung zur Gefahrenabwehr vorzuhalten, wie es das TUIS kann.

Gut zu wissen, dass dieses Potenzial sowohl hinsichtlich Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte als auch in der technischen Ausstattung ständig den Erfordernissen wechselnder Gefahren angepasst wird.

Damit stets eine optimale Hilfe – rund um die Uhr und an jedem Ort – garantiert ist.



TUIS-Einsatz bei einem Unfall in Köln-Niehl.

(Fotos: Bayer Industry Services)

Die Mineralöl verarbeitende Industrie befördert jährlich etwa 165 Millionen Tonnen Mineralölerzeugnisse wie Benzin oder Heizöl. Bei diesen Transporten handelt es sich immer um Gefahrguttransporte. Das bedeutet: Bei über 70 Prozent aller Gefahrguttransporte in Deutschland werden Mineralölerzeugnisse transportiert.

Komplexere Materie

Die Funktion eines Hilfeleistungssystems wie TUIS bleibt auch mit Blick auf die Zukunft unverzichtbar. Mehr noch: Die komplexer werdende Materie läßt den Stellenwert dieser von der chemischen Industrie angebotenen Hilfe ungeachtet aller Verbesserungen in Technik und Taktik bei Feuerwehren und Hilfsorganisationen weiter steigen,

Zum Schutz von Mensch und Umwelt.

Abschließend noch ein Beispiel:

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ berichtet in seiner Ausgabe vom 11. Juli 2003 über einen Lkw-Unfall auf der A 61 bei Kerpen in der Nähe von Köln, bei dem Ammoniak austrat. Der Bericht endet mit dem Satz „Spezialkräfte der BASF aus Ludwigshafen entsorgten die Giftfässer.“

Kongress

„Der Organisatorische Leiter als Führungskraft – Erfahrungen und Perspektiven“

veranstaltet von der

Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz,
Bad Neuenahr-Ahrweiler,
dem Deutschen Roten Kreuz, Generalsekretariat, Berlin,
dem Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen, Münster

vom 17.-18. November 2003

in Bad Neuenahr-Ahrweiler

Teilnahmevoraussetzungen

Abgeschlossene Ausbildung zum Organisatorischen Leiter
Rettungsdienst,
mindestens 2-jährige Erfahrung als OrgL

Anmeldungen

über das zuständige Landratsamt/Kreisverwaltung oder die
Verwaltung der kreisfreien Stadt auf dem Anmeldevordruck der
AKNZ, zu finden unter:
www.bzs.bund.de/semi2003/teilnehmermeldung_03.pdf
oder im Jahresprogramm der AKNZ unter Angabe der Veranstaltungs-
nummer 03/47-13 bis zum 08. September 2003

Kosten

Nach Vorliegen der Teilnahmevoraussetzungen übernimmt die
AKNZ die Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz, die
Kosten für die Mahlzeiten ab Mittagessen am ersten Kongresstag
bis zum Mittagessen am zweiten Kongresstag sowie für eine
Übernachtung.

Neue Aufsätze und Vorschriften

**Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für Zivilschutz**

**Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz**

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

**Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-358-5808**

INFO-SERVICE

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name	Vorname
Straße	
PLZ	Ort
Dienststelle/Firma	Funktion im ZS/KatS
Tel.nr. für Rückfragen	

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

Zivilverteidigungs-, Zivil- schutz- und Katastrophenschutzrecht

Bestellnummer 3/03/46

**Verordnung zur Abgabe
von kaliumiodidhaltigen
Arzneimitteln zur Iodblockade der Schilddrüse bei radiologischen Ereignissen.** (Kaliumiodidverordnung - KIV) / Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung. - dazu: Empfehlung der Aus-

schüsse vom 12.05.03 und Beschluss vom 23.05.03

In: Verhandlungen des Bundesrates : Drucksache 260/03 vom 11.4.2003, 7 S.

Bestellnummer 3/03/49

Verordnung über die Auskunftspflicht zur Sicherstellung der Versorgung mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen. (Post-

und Telekommunikationsauskunftsverordnung - PTK-AuskV) / Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

In: Bundesgesetzblatt Teil I (2003), 16 vom 30.4.2003, S. 545

Bestellnummer 3/03/47

Verordnung über die Zulassung von Ausnahmen von Vorschriften des Arz-

Hinweis zum Urheberrecht beim Kopienversand:

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie, dass Sie die Kopien nur zum eigenen Gebrauch (§ 53 Urheberrechtsgesetz) verwenden werden.

Behörden fordern die Kopien im Rahmen der Amtshilfe (§ 4 Verwaltungsverfahrensgesetz) an.

neimittelgesetzes für die Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes, der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes sowie der Bereitschaftspolizeien der Länder. (AMG-Zivilschutzausnahmeverordnung) / Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung und des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. - dazu: Empfehlung der Ausschüsse vom 12.05.03 und Beschluss vom 23.05.03

In: Verhandlungen des Bundesrates : Drucksache 261/03 vom 11.4.2003, 14 S.

Bestellnummer 3/03/15

Dritte Verordnung zur Änderung der Katastrophenschutzfondsverordnung vom 27. Februar 2003 Bayerisches Staatsministerium des Innern

In: GVBl. Bayern (2003), 6, S. 172

Zivilschutz

Bestellnummer 3/03/108

Zivilschutz; Selbstschutz der Bevölkerung, Betriebe und Behörden. Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 15. April 2003

In: Allg. Ministerialblatt der Bayerischen Staatsregierung 16 (2003), 6, S. 182 - 186

Bestellnummer 3/03/6

Anpassung des Zivil- und Katastrophenschutzes an die realen Bedrohungen.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU / die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 4. Februar 2003 übermittelt

In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Drucksache 15/415 vom 10.2.2003, 12 S.

Bestellnummer 3/03/112

Ausstattung der Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes. Schriftliche Frage der Abgeordneten Ingrid Fischbach CDU/CSU und Antwort des Staatssekretärs im BMI Göttrik Wewer vom 7. Mai 2003.

In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages : Drucksache 15/988 vom 16.5.2003, S. 4-6

Katastrophenschutz

Bestellnummer 3/03/103

Fahrzeugbestand des Technischen Hilfswerks. Schriftliche Frage des Abgeordneten Jürgen Klimke CDU/CSU und Antwort des Staatssekretärs im BMI Lutz Diwell vom 22. April 2003

In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages : Drucksache 15/980 vom 9.5.03, S. 12-13

Bestellnummer 3/03/39

Bericht der Unabhängigen „Kirchbach-Kommission“: Hochwasserkatastrophe 2002 in Sachsen / Holger Scholl

In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 10 (2003), 1, S. 8 - 11

Bestellnummer 3/03/28

Sachsen / Staatsministerium des Innern: Erfahrungen bei der Abwehr der Jahrhundertflut 2002 in Deutschland. Vortrag

In: Auswertungsveranstaltung zum Hochwasser 2002 des AFKzV, der SKK und der AKNZ vom 11.04. bis 12.04.2003 : Erfahrungen bei der Abwehr der Jahrhundertflut. - Bad Neuenahr-Ahrweiler, 2003. 10 S.

Bestellnummer 3/03/63

50 Jahre THW in Hessen und Rheinland-Pfalz / Festrede des Parlamentarischen Staatssekretärs Fritz Rudolf Körper anlässlich der 50-Jahre-Feier des THW in den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz am 9. Mai 2003 in Niedernhausen

In: BMI-Pressemitteilung vom 9.5.2003, 5 S.

Bestellnummer 3/03/91

Hochwasser 2002 Sachsen-Anhalt: Auswertung des Katastrophenschutzmanagements (1. Teil)

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2003), 6, S. 337 - 343

Bestellnummer 3/03/67

Ist der Katastrophenschutz in Deutschland für Naturkatastrophen größeren Ausmaßes gerüstet?

Neue Aufsätze und Vorschriften

Vortrag anlässlich des internationalen DKKV-Workshops „Orkane über Europa“ an der AKNZ (24. bis 26. März 2003) / Wolfram Geier

In: Notfallvorsorge 34 (2003), 1, S. 5 - 8

☐ Bestellnummer 3/03/54

Katastrophen-Manager. Der Rotkreuzbeauftragte - mehr als ein Ehrenamt / Thomas Baltus

In: Rotes Kreuz (2003), 3, S. 32 - 33

☐ Bestellnummer 3/03/55

KatS-Kongress: Ein neues System der Gefahrenabwehr ist gefordert. 3. Bayerischer Katastrophenschutzkongress / Peter Poguntke

In: Rettungsdienst 26 (2003), 5, S. 76 - 78

☐ Bestellnummer 3/03/51

Sachsen: Abschlussbericht zur Hochwasserkatastrophe 2002

In: Feuerwehrfachzeitschrift: FFZ (2003), 5, S. 272 - 277

Medizin, Rettungsdienst

☐ Bestellnummer 3/03/24

Antibiotikavorräte; Existenz eines Notfall- und Verteilungsplans. Mündliche Frage der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz CDU/CSU und Antwort des

Parlamentarischen Staatssekretärs im BMI Fritz Rudolf Körber

In: Stenographischer Bericht 15/36 vom 2.4.2003 / Deutscher Bundestag, S. 2962-2964

☐ Bestellnummer 3/03/21

Strategie des Rettungsdienstes - Konsequenzen nach dem 11. September 2001 / D. Stratmann

In: Notfall- und Rettungsmedizin 6 (2003), 2, S. 102 - 106

☐ Bestellnummer 3/03/66

In einer Übung werden 130 000 Bürger geimpft. Eine Arbeitsgruppe der Kreisverwaltung Ahrweiler hat ein Drehbuch erarbeitet, um in einem gestellten Szenario zu erproben, wie die Einwohner geschützt werden können / Christoph Lüttgen

In: General-Anzeiger online vom 11.5.2003, 2 S.

☐ Bestellnummer 3/03/70

Kampfstoffe-Übersicht / F. Martens

In: Der Notarzt 19 (2003), 2, S. 76 - 78

☐ Bestellnummer 3/03/41

Natürlich vorkommend oder künstlich herbeigeführt? Krankheitsausbrüche ; [Biologische Gefahrstoffe und Bioterrorismus] Teil 2 / Stefan Brockmann, Andreas Manger, Bernd D. Domres

In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 10 (2003), 1, S. 16 - 18

☐ Bestellnummer 3/03/111

Strategien und Konzepte bei einem Massenansturm von Verletzten sowie bei importierten Infektionskrankheiten. Medizinisches „Disaster Management“ am Flughafen Frankfurt / Walter Gaber

In: Notfallmedizin 29 (2003), 5, S. 213 - 216

☐ Bestellnummer 3/03/86

Botulinumtoxin, Biologische Waffe und auch ein Arzneimittel? / Vladimir Merka ; Josef Fusek

In: Schweizerische Zeitschrift für Militär- und Katastrophenmedizin 80 (2003), 1, S. 35 - 36

☐ Bestellnummer 3/03/16

Zivil-militärische Zusammenarbeit. First-Responder-System / aus dem Standortsanitätszentrum Veitshöchheim, Leiter: Dr. Fotr-Thomas

In: Wehrmedizin und Wehrpharmazie 27 (2003), 1, S.

Technik, Feuerwehrwesen

☐ Bestellnummer 3/03/92

A(B)C-Erkundungskraftwagen. Umbau und elektrische Leistungssteigerung / Verf.: Ulrich Cimolino

In: Feuerwehrfachzeitschrift: FFZ (2003), 6, S. 382 - 384

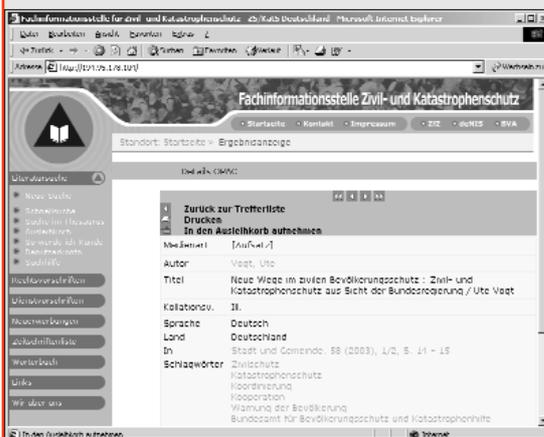
INFO-SERVICE

ZS-Literaturdatenbank online !

Fachinformationsstelle Zivil- und Katastrophenschutz (FIS) im Internet

In einem Meer von Informationen das Wesentliche schnell und komfortabel zu finden, wer wünscht sich das nicht. Leider sieht die Realität häufig etwas anders aus. Jeder, der schon einmal im Internet qualifizierte Informationen gesucht hat, kennt das Problem: viele Treffer, aber was man sucht ist nicht dabei.

Um das zu vermeiden und damit Sie künftig bei der Literatursuche zu Themen des Zivil- und Katastrophenschutzes nur „Volltreffer“ erzielen, präsentieren wir Ihnen neu im Internet die Literaturdatenbank der FIS. Standortunabhängig rund um die Uhr können Sie nun bequem online recherchieren und Dokumente bestellen.



Unter <http://194.95.178.104/> finden Sie ein Angebot von 24.000 deutsch- und englischsprachigen Büchern und Zeitschriften-Aufsätzen zu den verschiedenen Fachgebieten des Zivil- und Katastrophenschutzes. Täglich wird der Informations-Pool erweitert. Alle Medien können Sie online bestellen (ausleihen). Dazu brauchen Sie nur das Formular "So werde ich Kunde" mit den erforderlichen Angaben auszufüllen und schon erhalten Sie postwendend Ihr Kennwort und Ihre Kundennummer. Bücher leihen wir Ihnen für die Dauer von 2 Wochen aus, Aufsätze erhalten Sie weiterhin als Kopie in Papierform zugesandt. Der Service ist kostenlos, Sie tragen lediglich die Portokosten für die Rücksendung der ausgeliehenen Medien.

Die Fachinformationsstelle bietet Ihnen im Rahmen eines modernen Wissensmanagements aber mehr als nur die Ausleihe von

Büchern. Als Vermittler von Daten, Fakten und Informationen sehen wir unsere vorrangige Aufgabe darin, Ihre Fragen und Wünsche schnell und kompetent zu erledigen. Wo dies mit unseren Mitteln nicht mehr möglich ist, leiten wir Ihre Anfrage an die Experten der Zentralstelle für Zivilschutz weiter.

Ansprechstelle für Ihre Informations-Wünsche ist die

FIS-Informationsvermittlung

Telefon: 01888/358 5205

E-Mail: FachinfoZS@bva.bund.de

Hier erhalten Sie auch Hilfe, wenn sich bei der Benutzung der neuen Literaturdatenbank Fragen oder Probleme ergeben.

Sie können die Homepage der FIS oder die Literaturdatenbank auch noch wie folgt erreichen: gehen Sie über www.denis.bund.de und klicken dort auf der linken Menüleiste den Button „ZS -Literatur“ an.

Und zum guten Schluß eine Bitte ! Helfen Sie mit, durch Ihre Kritik und Anregungen die Literaturdatenbank zu verbessern. - Dabei sind uns Ihre Literatur-Vorschläge ebenso willkommen wie die Zusendung von Veröffentlichungen zum Zivil- und Katastrophenschutz (z.B. „Katastrophenschutzpläne“, „Merkblätter zum Hochwasser“ o.ä.). Nur Informationen, die in der Datenbank erfaßt sind, stehen allen Mitarbeitern im Hilfeleistungssystem des Zivil- und Katastrophenschutzes zur Verfügung. Daher ist es förderlich, die Datenbank gemeinsam zu „füttern“, damit sich das Informationsangebot aktuell und kundenorientiert präsentieren kann.

Mit der Dienstleistung der Fachinformationsstelle Zivil- und Katastrophenschutz unterstützt der Bund im Rahmen des e-Governments die wichtige Staatsaufgabe Bevölkerungsschutz.

Mobiler Alarm für schnelle Hilfe

Feuerwehreinsatzalarm per Handy

von Barbara Clemens, Düsseldorf

Bundesweit engagieren sich rund 1,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger in freiwilligen Feuerwehren. Sobald ein Feueralarm in der jeweiligen Leitstelle eingeht, ertönt die Sirene oder der Funkmeldeempfänger der Einsatzleiter, die die freiwilligen Brandhelfer zu ihrer Wache rufen. Doch was, wenn der Arbeitsplatz zu weit vom Wohn- und Einsatzort entfernt liegt und der Sirenenalarm nicht gehört wird oder keine Funkmeldeempfänger vorhanden sind? Ein neues, mobiles Alarmierungssystem des Mobilfunkbetreibers T-Mobile Deutschland verspricht innovative Hilfe: „AVEC“ ist ein Sprach-Alarmierungssystem, das die Helfer im Ernstfall auf dem Handy anruft und ihnen per Tastendruck auch noch Antwortmöglichkeiten bietet. Seit Ende letzten Jahres testen rund 200 Feuerwehrleute in Wennigsen nahe Hannover AVEC in der Praxis.

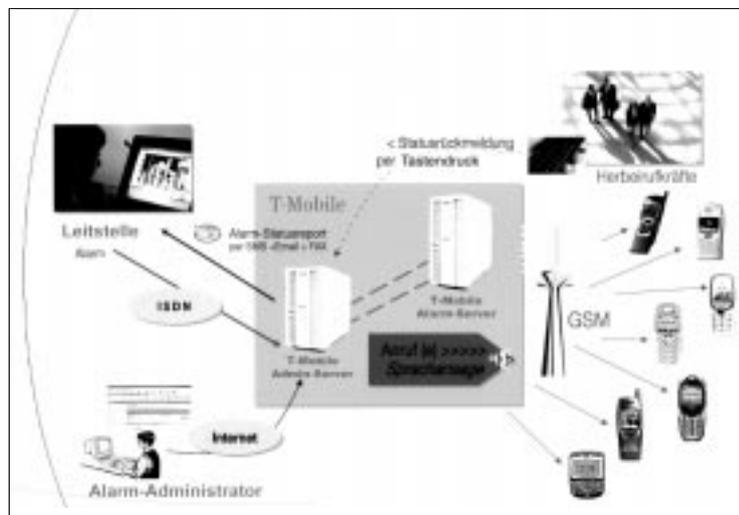
Bei einem Brand kann jede Sekunde zählen. Umso wichtiger ist der geübte und reibungslose Ablauf nach Eingang eines Feueralarms in der jeweiligen Leitstelle über die bundesweite Notrufnummer 112. Während in den Städten die Berufsfeuerwehren in ständiger Alarmbereitschaft sind, wird der Feuerwehreinsatz in ländlichen Gemeinden fast ausschließlich von freiwilligen Brandhelfern übernommen, die aber vor allem tagsüber selten vor Ort sind. Wie in der Gemeinde Wennigsen. Die Gemeinde umfasst acht Ortschaften mit je einer Feuerwehrwache, die von insgesamt rund

200 freiwilligen Feuerwehrleuten betrieben werden.

Gefragtes System

Die Mehrzahl dieser freiwilligen Brandhelfer arbeitet jedoch in und um Hannover und ist somit tagsüber außer Hörweite ihrer Feueralarm-Sirenen. Für Karl-Heinz Mensing, der seit mehr als 30 Jahren ehrenamtlich die Einsätze

telefon besitzen, häuften sich die Anfragen von Feuerwehren nach einer Mobilfunklösung für alle gängigen Handys im GSM- und künftigen UMTS-Standard. Daher entschloss sich T-Mobile Deutschland zum Handeln. Die Voraussetzungen waren bestens. Ein Mitarbeiter aus dem Bereich Sprachdialogsysteme aus Hannover hatte sich bereits eingehend mit dem Thema beschäf-



AVEC-Systemkomponenten.

„seiner“ acht freiwilligen Ortsfeuerwehren als Gemeindebrandmeister verantwortlich, ein nur zu bekanntes Problem, zumal die Ausstattung der betroffenen Feuerwehrleute mit Funkmeldeempfängern für die Gemeinde immer zu kostspielig gewesen wäre.

Dieses Thema hat sich Ende letzten Jahres erübrigt. Aufgrund der Tatsache, dass die meisten Feuerwehrleute, nicht nur in Wennigsen, ein Mobil-

tigt und entsprechende Vorschläge unterbreitet. Auf dieser Basis erarbeiteten und entwickelten Fachleute das neue System AVEC in nur wenigen Monaten. Glück für Karl-Heinz Mensing, dass er dem „geistigen Vater“ von AVEC bekannt war. Und so nahm der Gemeindebrandmeister dessen Vorschlag sofort an, dieses neue Alarmierungssystem mit seinen freiwilligen Helfern in der Praxis zu testen.

Und so funktioniert das AVEC-System: Die Handynummern aller freiwilligen Helfer werden in so genannten Rufgruppen im Internet unter

text und der Angerufene kann schnell per Tastendruck Rückmeldung geben. Ziffer 1 bedeutet „Komme“, Ziffer 2 „Verspätet“ und bei Drücken

zahl der Anrufe, Zustellungen sowie die Antworten aller Helfer übersichtlich aufgeführt sind, per E-Mail oder Fax.

Seit mehr als einem halben Jahr ist AVEC in der Gemeinde Wennigsen im Einsatz – mit Erfolg, wie der Gemeindebrandmeister betont: „Bisher hat sich das Alarmierungssystem im Ernstfall als schnelle und komfortable Systemlösung erwiesen, die die erhöhte und sofortige Erreichbarkeit unserer Einsatzkräfte ermöglicht und parallel eine zeitnahe Rückantwort durch einfachen Tastendruck erlaubt“. Das macht deutlich, wie Karl-Heinz Mensing und seine Einsatzteams AVEC zu schätzen gelernt haben. Zumal das System seit Juni diesen Jahres noch weitere Vorteile bietet: „Wir können jetzt noch zusätzliche Alarmstichworte wie „Technische Hilfeleistung mit oder ohne Lebensgefährdung“ nutzen. Damit hilft uns AVEC, weitere Hinweise zu

Alarmierung per Textnachricht mit komfortabler Bedienung und automatischer Standortmeldung: unter der Bezeichnung SALVE wurde bei der Göttinger Feuerwehr ein weiterer Praxistest durchgeführt. Allerdings ist die Wirkungsweise dieses Systems auf die SIM-Karten von T-Mobile beschränkt.



einer speziellen Adresse der T-Mobile eingetragen. Die Eingabe kann – mit einer entsprechenden Autorisation durch Benutzererkennung und Passwort – von den Einsatzleitstellen selbst vorgenommen werden. Als nächstes werden die von T-Mobile vorgegebenen und vorbereiteten Standardtexte zur Alarmierung definiert, wie zum Beispiel „Feuer mit Menschengefährdung, kommen Sie zum Feuerwehrhaus“. Eine weitere Möglichkeit bietet T-Mobile seinen Nutzern mit der Möglichkeit, über einen verfügbaren Sprach-Recorder individuelle Alarmtexte aufzusprechen und zu aktivieren.

Im Ernstfall bestens vorbereitet

Tritt nun ein Ernstfall ein, und ein Feueralarm erreicht die jeweilige Einsatzleitstelle, wird, wie bisher, sofort die Sirene ausgelöst. Jetzt jedoch ruft parallel dazu das AVEC-System alle zu alarmierenden Feuerwehrleute auf ihren Mobiltelefonen an. Diese Alarmierung erfolgt insgesamt fünfmal im Abstand von je einer Minute. Sobald der eingehende Anruf angenommen wird, ertönt der vorgegebene Alarm-

der 3 geht die Meldung „abwesend“ bei der Leitstelle ein. Hat der Brandhelfer die Entgegennahme verpasst, erscheint auf dem Display „Anruf in Ab-



Zufrieden mit den bisherigen Ergebnissen ist Gemeindebrandmeister Karl-Heinz Mensing.

(Fotos und Grafik: T-Mobile Deutschland)

kommunizieren, und uns so noch besser auf den jeweiligen Einsatz vorzubereiten“. Ein unschätzbare Vorteil für ihn und seine Leute, denn so „können wir uns in einer Situation, in der jede Sekunde zählt, schon vor der Abfahrt noch gezielter ausrüsten und mental vorbereiten“.

Erinnern, erforschen und bewahren

Die Interessengemeinschaft für historischen Luft- und Katastrophenschutz

von Nikolaus Stein

54 Jahre sind seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland vergangen. Zahlreiche Organisationen und Einrichtungen, die ihre Wurzeln in den Gründerjahren unseres Staates haben, feiern ihr 50. Jubiläum, auch im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Bei der Lektüre der entsprechenden Begleitliteratur und Festschriften stoßen die Leser, insbesondere die, die selbst jünger als die Bundesrepublik sind, auf Überraschungen: „Ach, sowas gab’s mal!“

Spätestens zu Beginn der 1990er Jahre verschwand zumindest der Zivilschutz allmählich aus dem Bewusstsein der Bevölkerung. Eine historische Aufarbeitung des Themas oder wenigstens eine ausführli-

torischen Luft- und Katastrophenschutz“ vorgenommen.

Entstanden ist diese IG Ende 1999 als vergleichsweise

strophenschutz, auf unterschiedlichste Art pflegen.

Beim mittlerweile vierten IG-Sommertreffen vom 30.



Von Anfang an dabei: Munga (Mehrzweck Universal Geländewagen mit Allradantrieb) als FuKow (Funkkommandowagen).



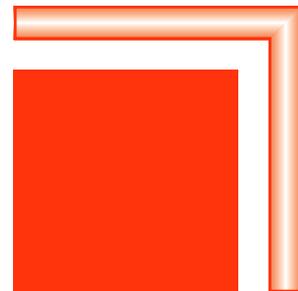
Einzigartig ist diese Sonderanfertigung aus dem Jahr 1955.

che Dokumentation liegen bisher nicht vor. Diesem Missstand abzuhelpen hat sich die „Interessengemeinschaft für his-

lockerer Zusammenschluss unterschiedlichster Personen, die das gleiche Hobby, eben den historischen Luft- und Kata-

Mai bis 1. Juni 2003 auf dem Gelände der THW-Bundeschule in Hoya gab es entsprechend viel zu sehen: Fahrzeuge, Geräte, Anlagen, Bekleidung, Modelle, Archivalien und Bildersammlungen. Zwischen diesen Exponaten bewegten sich Interessierte aller Altersstufen, man fachsimpelte, tauschte Adressen aus, präsentierte die eigenen Schätze und bewunderte die der anderen. Viele der gezeigten Gegenstände, insbesondere Ersatzteile, wechselten, normalerweise im Tausch, den Besitzer

„Ein Verein im herkömmlichen oder juristischen Sinne sind wir nicht,“ erläutert Gründungsmitglied Olaf Braasch, „vielmehr verstehen wir uns als Dachorganisation – oder noch besser Informations- und Ko-



Aus der Praxis

ordienierungsstelle – für alle an der Thematik interessierten Personen.“ Der Interessengemeinschaft gehören aber nicht nur Einzelpersonen an, sondern auch ganze Gruppen und Organisationen, wie beispielsweise die „AG Hamburger Feuerwehrhistoriker e.V.“, der „Verein zur Erhaltung historischer Sonderfahrzeuge e.V.“, die „IG Historischer Atem- und Körperschutz“ und, seit neuestem, die „Nationale Collectie Bescherming Bevolking“ aus den Niederlanden.

„Primäres Ziel“, so Braasch, „ist die Vernetzung und Bündelung der zahlreichen Einzelaktivitäten.“ Besonders stolz ist er auf „sein“ Archiv. Dienstvorschriften, Gebrauchsanweisungen, Bestandslisten, etwa 5.000 Posten – ohne Zeitschriften – umfasst die Sammlung mittlerweile; die ältesten Stücke stammen aus den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Für Sammler und Bastler, die sich nicht damit

sprüngliche Innenausstattung wiederherstellen wollen, eine wertvolle Informationsquelle.

delle auszustellen. Einen Schwerpunkt dabei bildet die Zivilverteidigung der DDR. Ei-



Nur zweimal gebaut und nie zum Einsatz gekommen: „Veld-Hospitaal“ aus den Niederlanden. Das ausgeklappte Brett war als Operationstisch vorgesehen. (Fotos: Stein)

Größere Probleme, die richtigen Archivmaterialien zu finden, hat Holger Beiersdorf, der

ne schwierige und zeitaufwendige Arbeit, die Vorlagen in alten Zeitschriften, Vorschriften oder Lehrbüchern ausfindig zu machen, die nur mit viel Enthusiasmus für dieses Hobby zu leisten ist.

Noch ein Betätigungsfeld der Interessengemeinschaft für historischen Luft- und Katastrophenschutz verdient Beachtung: die rührige Truppe gibt eine Schriftenreihe heraus, in der in loser Folge Schwerpunktthemen behandelt werden. Bisher erschienen sind zwei Bände. Der erste Band, eine Abhandlung über das Motorrad MAICO M 250/B im Behördeneinsatz, wird derzeit überarbeitet, der zweite über HANOMAG-Fahrzeuge für den bundesdeutschen Luftschutz wurde gerade aufgelegt, ein mit Fachkenntnis und viel Liebe zum Detail erarbeitetes Werk, das durch die zahlreichen historischen Fotos einen besonderen Reiz erhält.

Weitere Informationen über die Interessengemeinschaft im Internet : www.ls-kats.de
per Email: info@ls-kats.de oder archiv@ls-kats.de



Überraschend lautstark präsentierte sich dieser schon ausrangierte und liebevoll restaurierte Sirenenanhänger.

begnügen, ein Fahrzeug oder eine Anlage nur äußerlich zu erhalten, sondern auch die ur-

den weiten Weg von Bayern an die Weser zurückgelegt hat, um seine selbstgebaute Mo-

AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



DEUTSCHE LEBENSRETTUNGS-GESELLSCHAFT



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



MALTESER-HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK





Zu Wasser und zu Lande

Der ASB bei der Kieler Woche

Alljährlich findet in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel eines der größten Volksfeste Nordeuro-

dem Kieler Ordnungsamt und dem Amt für Brandschutz, Katastrophen- und Zivilschutz für verschiedene Einsatz-

Taucher-Einsatz-Staffel des ASB Kiel zur Sicherung der gesamten Veranstaltungsfläche auf dem Wasser angefordert.

Die Taucher-Einsatz-Staffel des ASB sicherte die Veranstaltungsfläche auf dem Wasser.



pas und gleichzeitig eine der größten Segelveranstaltungen der Welt statt. Mehr als drei Millionen Menschen zieht es Ende Juni an den zehn Festtagen an die Förde, um zahlreiche sportliche, kulturelle und kulinarische Attraktionen für jung und alt mit zu erleben.

Für den Rettungs- und Sanitätsdienst bedeutet das eine jährlich wiederkehrende Herausforderung, der sich alle Hilfsorganisationen gemeinsam mit der Kieler Berufsfeuerwehr stellen müssen. Der Arbeiter-Samariter-Bund war auch in diesem Jahr mit einem Großteil der Koordination aller Einsatzkräfte beauftragt.

Auf der Grundlage der üblichen Gefahrenanalysen wurden in Zusammenarbeit mit

schwerpunkte Vorgaben entwickelt. Sie beschreiben gegliedert nach Tageszeit und anstehenden Veranstaltungen unter anderem die Einsatzkoordination und den Personal- und Materialbedarf.

Während der Festtage finden in der gesamten Kieler Innenstadt sowie am und auf dem Wasser zahlreiche Veranstaltungen statt, die die Bildung verschiedener Einsatzabschnitte erforderlich machen. Der Arbeiter-Samariter-Bund war in einem solchen Einsatzabschnitt dann jeweils alleine für die rettungs- und sanitätsdienstliche Absicherung verantwortlich.

Daneben hatte der Veranstalter aufgrund der positiven Erfahrungen aus den Vorjahren auch dieses Jahr wieder die

Dabei wurden die Rettungstaucher durch den Wasserrettungsdienst des ASB Berlin personell und materiell unterstützt.

Die Kräfte des Wasserrettungsdienstes leisteten während der gesamten Kieler Woche 792 Dienststunden. Insgesamt wurden Tauchgänge mit einer Gesamtdauer von 116 Minuten absolviert. Die Wasserretter wurden zusätzlich zu einem Seenotfall herangezogen, führten zwei Verletzten Transporte von Segelbooten durch und übergaben die Patienten dem bodengebundenen Rettungsdienst. Im Rahmen der Amtshilfe und allgemeinen Vorsorge wurden 45 Kontrollfahrten an den gefährdeten Bereichen durchgeführt.

Arbeiter-Samariter-Bund

Aber auch an Land gab es für die über 90 im Sanitäts- und Rettungsdienst eingesetzten Helfer viel zu tun. Während der täglichen Veranstal-

beiter-Samariter-Bundes auch darin, den öffentlichen Rettungsdienst aufzustocken. Um den steigenden Einsatzzahlen gerecht zu werden, wurden bis

lich macht und die sofortige Führerscheinausstellung ermöglicht.

In dem Anerkennungs-schreiben führt das Bundes-



Der ASB-Wasserrettungsdienst auf Kontrollfahrt bei der Kieler Woche.

(Fotos: Jörg Blasey)

tungszeiten von 12.00 bis 0.30 Uhr setzte der ASB hierfür bis zu drei Rettungswagen, zwei Mehrzweckrettungsmittel, ein Notarzteinsetzfahrzeug, zwei Krankentransportwagen und zwei Hilfskrankenwagen ein. Sie wurden von der ASB-besetzten Abschnittsleitung zur rettungsdienstlichen Sicherstellung eines Veranstaltungsabschnittes gelenkt. Die zusätzlich eingesetzten Sanitätshelfer rundeten – für die kleinen Blessuren und als First-Responder – mit Sanitätsstationen, Versorgungszelten, Gerätewagen Sanitätsdienst und mehreren Fahrzeugen des Katastrophenschutzes die sanitätsdienstliche Vorsorge ab. Dabei kamen auch Samariter aus anderen regionalen Gliederungen zum Einsatz, die ihre Kieler Kollegen tatkräftig unterstützten.

Während der gesamten Festtage wurden über 220 Hilfsleistungen und 30 bodengebundene Rettungseinsätze des ASB gezählt. Schließlich bestand eine Aufgabe des Ar-

zu zwei Rettungswagen für die außerhalb der Kieler Woche anfallenden Notfälle zusätzlich in den Einsatzdienst gestellt.

Hanjo Merkle

Rettungsbootführerschein des ASB als Befähigungsnachweis anerkannt

Wer im Wasserrettungsdienst des ASB ein Rettungsboot lenken will, musste bisher neben der Bootsführerausbildung des ASB auch noch einen amtlichen Sportbootführerschein (Binnen) erwerben und dafür lange und kostenintensive Lehrgänge und Prüfungen bei Yacht- oder Segelverbänden absolvieren. Nun hat das zuständige Bundesministerium den ASB-Rettungsbootführerschein als Befähigungsnachweis anerkannt, der die bisherigen Prüfungen entbeh-

verkehrsministerium aus, dass die Bootsführer-Ausbildung im ASB nicht nur gleichwertig mit den amtlichen Verfahren ist, sondern dass der Inhaber des ASB-Führerscheins bei dessen Erwerb höhere Anforderungen erfüllen muss.



Diese Entscheidung hat natürlich eine erhebliche Ausgabenreduzierung zur Folge, sie unterstreicht aber auch den Stellenwert des ASB als kompetenter Hilfsorganisation in der Wasserrettung.

Thomas Kaspari



Symposium zur Wassersicherheit

DLRG will mit internationalem Symposium für mehr Sicherheit im und am Wasser sorgen

Zum Auftakt der Jubiläumsfeierlichkeiten anlässlich des 90-jährigen Bestehens der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) veranstaltet die Organisation vom 15. - 17. Oktober 2003 ein dreitägiges Internationales Symposium zur Wassersicherheit am Sitz des Bundesverbandes in Bad Nenndorf. Schirmherr des Kongresses ist Bundesinnenminister Otto Schily.



Das Präsidium der DLRG als Veranstalter erwartet 300 Fachleute aus dem In- und Ausland. Auf dem deutsch-englischen Programmplan des Kongresses stehen elf Themenkomplexe wie die Zukunftsgestaltung des Wasserrettungsdienstes, Neue Wege zur Absicherung von Badestellen, Wasserrettung als Teil der vernetzten Gefahrenabwehr in Deutschland, Zusammenarbeit von Staaten, Ländern und Gemeinden im Katastrophenschutz, (Para-)Medical Qualifications in Water Rescue Services, Beach risk assessment and Training process assessment program.

Die DLRG hat namhafte Referenten des Bundesinnenministeriums, des Bundesverwaltungsamtes, der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ), des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), des Technischen Hilfswerks (THW) sowie des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Deutschen Gesellschaft zur Ret-

tung Schiffbrüchiger (DGzRS) gewinnen können. „Internationale Experten aus Australien, England, Irland, Israel und Norwegen werden eine hochwertige Veranstaltung und einen qualifizierten Erfahrungsaustausch garantieren“, so DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens.

„Vor dem Hintergrund zunehmender Überschwemmungskatastrophen und eines stetig wachsenden weltweiten Bade- und Wassersporttourismus ist dieser Fachkongress zwingend erforderlich. Wir müssen vor unserer Haustür, aber auch weltweit neue Wege beschreiten, um die hohe Zahl an Ertrinkungsfällen in Zukunft zu verringern,“ definiert der DLRG Präsident das Ziel des Symposiums.

Der Kongress beginnt am Mittwoch, 15. Oktober um 18:00 Uhr, mit der Eröffnungsveranstaltung und einem Einführungsvortrag. Am Donnerstag und Freitag wird das Symposium mit Fachvorträgen, Referaten und Workshops fortgesetzt. Den Abschluss bildet am Freitagmittag eine Plenumsveranstaltung mit der Präsentation der Arbeitsergebnisse und anschließender Diskussion.

Ergänzt wird das Programm um Posterpräsentationen zu verschiedenen Fachthemen, Materialausstellungen verschiedener Hersteller und ein Diorama mit Szenen aus dem Gebiet der Wasserrettung.

Im Anschluss an das Symposium findet am Freitagnachmittag die Festveranstaltung zum 90-jährigen Jubiläum der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft statt.

Die Teilnahmegebühr, einschließlich zwei Übernachtungen im Einzelzimmer, Vollpension und Tagungsunterlagen beträgt 195 Euro. Tageskarten sind zum Preis von 45 Euro erhältlich.

Interessenten können sich bei der DLRG-Bundesgeschäftsstelle unter der Rufnummer 05723-955420 oder über das Internet unter

www.dlrg.de/Symposium anmelden.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der beiliegenden Ankündigung.

Für Rückfragen und weitere Auskünfte: Martin Janssen, DLRG-Pressesprecher, 05723-955441

Neue Kennzeichen an Stränden und Badestellen

Rot-Gelbe Flaggen sollen weltweit für mehr Sicherheit sorgen

Die DLRG hat vor Beginn der Sommerferien neue Kennzeichen zur Sicherung von Badestellen vorgestellt. Die neue Warn- und Signalgebung mit rot/gelben Flaggen soll in den nächsten Jahren weltweit an Stränden und Badegebieten im Binnenland eingeführt werden. Rot-Gelb sind zukünftig die Farben, die Badegästen, Urlaubern und Wassersportlern wichtige Hinweise über die Bewachung der Strände, Risiken und andere Rahmenbedingungen geben werden.

Die DLRG als weltweit größte Wasserrettungsorganisation hat in der International Life Saving Federation (ILS), dem Weltverband der nationalen Wasserrettungsorganisationen, maßgeblich an der Entwicklung mitgewirkt. Der ILS-Kongress in Santa Lucia hat vor wenigen Wochen das neue Sicherheitskonzept verabschiedet.

Wie Ortwin Kreft, Ressortleiter Einsatz im DLRG-Präsidium und Vicechairman der ILS-Rettungskommission, in einer Pressekonferenz in Berlin mitteilte, gibt es bisher keine einheitliche Badestellenkennzeichnung. „Wenn es überhaupt eine Signalgebung gibt, ist diese bis heute sehr unterschiedlich. Bei weltweit 500.000 Ertrinkungsfällen pro

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Jahr müssen wir die Sicherheitsstandards an Stränden und Badestellen erhöhen. Dieses einfache und leicht verständliche Konzept ist ein weiterer Schritt, den Ertrinkungstod nachhaltig zu bekämpfen," so Ortwin Kreft.

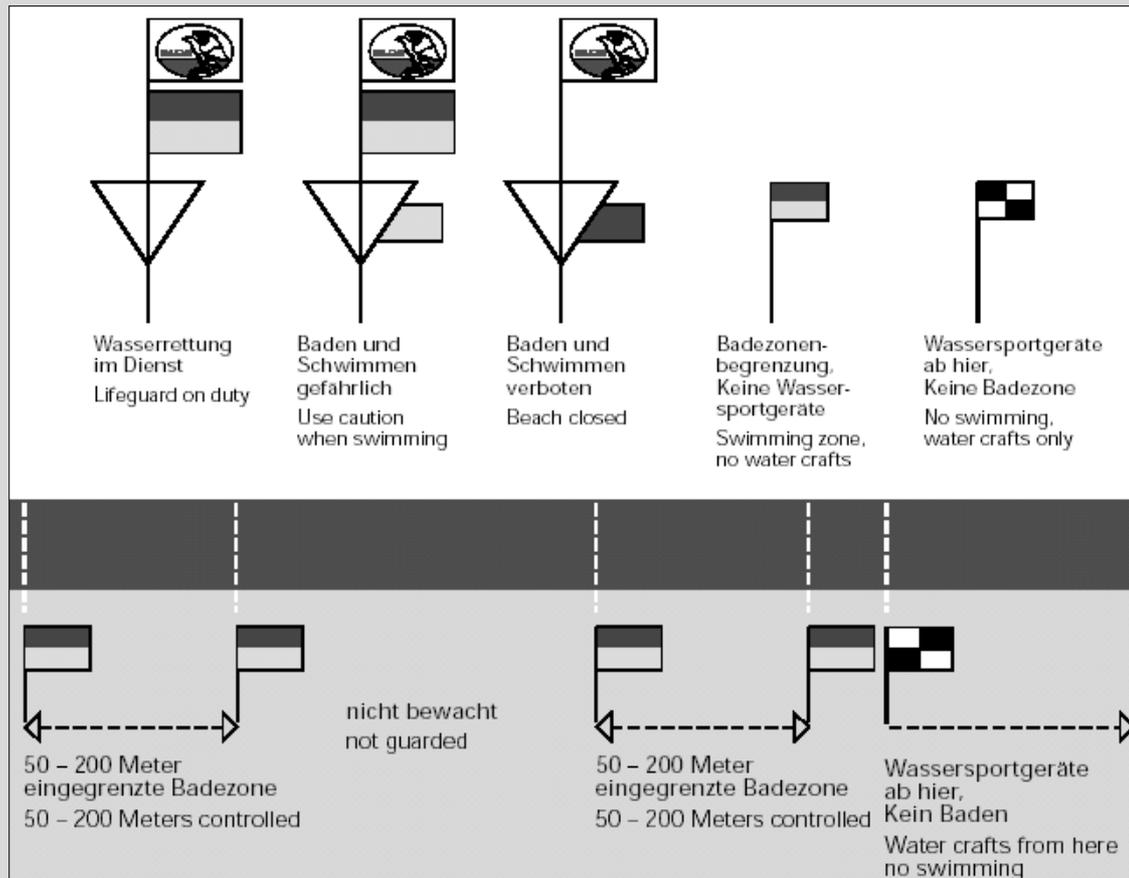
Eine rot-gelbe Flagge am Mast einer Wachstation zeigt

revieren wollen wir die Gefährdung der Schwimmer deutlich verringern," erläutert Kreft Einzelheiten der neuen internationalen Warn- und Signalgebung.

Eine zusätzlich am Mast der Wachstation gesetzte gelbe Flagge signalisiert ein Badeverbot für ungeübte Schwimmer,

Die DLRG will spätestens bis zum Jahr 2006 an allen von ihr bewachten Badestellen an Küsten und Binnengewässern die Signalgebung auf das neue System umgestellt haben.

Nach Auskunft des Präsidiumsmitglieds der DLRG hat die ILS bereits einen Antrag auf ISO-Zertifizierung gestellt.



ein gekennzeichnetes Badegebiet an, das von Rettungsschwimmern gesichert wird.

Dieselbe Farbgebung kann zusätzlich direkt am Strand angebracht werden. Diese Kennzeichnung begrenzt dann das Badegebiet. Strandabschnitte, die für die Sondernutzung von Wassersportgeräten geeignet und bestimmt sind, werden durch eine schwarz-weiß geviertelte Positionsflagge gekennzeichnet. In diesem Sektor können Surfbretter, Segelboote oder Jetskis zu Wasser gelassen werden. Hier besteht Badeverbot. „Mit der klaren Trennung von Badezonen und Wassersport-

Kinder und ältere Personen wegen ungeeigneter Wasser- und Wetterbedingungen. Eine einzelne rote Flagge zeigt ein generelles Badeverbot wegen akuter Gefahrenlagen, wie Strömung, hoher Wellengang, aber auch Wasserverschmutzung, an.

Als zusätzliche Option hat sich die ILS für das Setzen von Windsäcken ausgesprochen, die in rot-weiß oder alternativ in orange gestaltet sind. Sie sollen nur bei ablandigem Wind gesetzt werden und Schwimmer wie Luftmatratzenkapitäne auf die Gefahr hinweisen, auf offenes Meer abzutreiben.

Neben den Flaggsymbolen sollen dann auch 18 Piktogramme mit Hinweisen auf besondere Gefahren analog dem Prinzip der Verkehrszeichen in das Genehmigungsverfahren einbezogen werden.

Weitere Informationen erteilen: Martin Janssen, DLRG-Pressesprecher, unter 0172-4244582, und Peter Sieman, Referatsleiter Einsatz, Medizin und Sport, unter 05723-955420.

Selbstbewusste Jubiläumsfeiern

150 Jahre Deutscher Feuerwehrverband

Anerkennung bei den Menschen, Respekt beim Staat und Einigkeit im Innern: Deutschlands Feuerwehren können mit Stolz auf 150 Jahre gemeinsame Arbeit im Deutschen Feuerwehrverband (DFV) zurück blicken. Zehntausende feierten das Jubiläum im Rahmen eines einzigartigen Festes mit dem 9. Landesfeuerwehrtag Baden-Württemberg in Ulm. (siehe weitere Berichte in dieser Ausgabe).

„Mein Eindruck ist, dass Ulm 2003 ein hohes Maß an Schulterschluss und gegenseitigem Verständnis erzeugt hat. Und wenn ein so großer und stolzer Verband sich nach 150 Jahren erfolgreichen Wirkens auf seine Wurzeln besinnt und feststellt, dass der Sinnspruch ‚Einer für Alle - Alle für Einen‘ aktuell wie am ersten Tag die zentrale Botschaft beschreibt, dann ist das für mich die wichtigste Ulmer Botschaft und die Garantie dafür, dass die deutschen Feuerwehren auch künftig schnell, kompetent und zuverlässig Hilfe bringen, wenn Hilfe Not tut“, sagte der neugewählte DFV-Präsident Hans-Peter Kröger (50) beim Festakt in Anwesenheit von Bundesinnenminister Otto Schily und Ministerpräsident Erwin Teufel.

Neuer Feuerwehrpräsident

Mit mehr als 95 Prozent der Stimmen der 174 Delegierten trat Kröger als einziger Kandidat die Nachfolge von Gerald Schäuble (65) an, der wegen Erreichens der Altersgrenze nach neuneinhalb Jahren Amtszeit nicht länger zur Verfügung stand. Kröger war bereits vier Jahre lang Vizepräsident des Spitzenverbandes der Feuerwehren, er ist Kreis-

brandmeister in Plön und stellvertretender Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Schleswig-Holstein. Als einer von fünf Vizepräsidenten rückt Bezirksbrandmeister

beit ziehen“, versprach Kröger vor Führungskräften der Feuerwehren aus allen Bundesländern. Einer der ersten Gratulanten war Bundeskanzler Gerhard Schröder. Er schrieb in



Amtsübergabe: Hans-Peter Kröger (l.) übernimmt von Gerald Schäuble symbolisch mit der Präsidentenmütze die Führung des Deutschen Feuerwehrverbandes.

Hartmut Ziebs (44) aus Schwelm (Nordrhein-Westfalen) in das DFV-Präsidium nach.

Kröger will sich vor allem dafür einsetzen, dass das dichte Netz der fast 26.000 Feuerwehren in Deutschland auch in Zukunft erhalten bleibt. „Wie ein roter Faden soll sich das Bemühen um den Erhalt der Leistungsfähigkeit unseres in 150 Jahren bewährten, flächendeckenden Gefahrenabwehrsystems durch meine Ar-

seinem Glückwunschtelegramm: „Für Ihr neues Amt und die Bewältigung der vor Ihnen liegenden Aufgaben wünsche ich Ihnen viel Tatkraft und Erfolg!“

Großartige Erfolgsgeschichte

97 Prozent der Deutschen sprechen Feuerwehrleuten „hohes“ und „sehr hohes Vertrauen“ aus – damit sind sie noch vertrauenswürdiger als Kran-

kenschwestern, Piloten, Apotheker und Ärzte. Das geht aus der Studie „Reader's Digest European Trusted Brands 2003“ von Reader's Digest Deutschland hervor, an der sich 31.000 Leser beteiligten. Geschäftsführer Werner Neuzig verlieh Präsident Schäuble bei der DFV-Delegiertenversammlung dafür symbolisch den Award des Verlages. Sowohl Ministerpräsident Teufel als auch Innenminister Schily nahmen auf diesen hohen Sympathiewerte beim Festakt zum 150-jährigen Bestehen des Deutschen Feuerwehrverbandes Bezug. Schily: „Dieses Vertrauen und höchste Ansehen hat sich der Deutsche Feuerwehrverband mit seinen Mitgliedern in 150 Jahren durch Kompetenz, Verlässlichkeit, technische und organisatorische Höchstleistungen und vorbildliches bürgerschaftliches Engagement hart erarbeitet. Für diesen stetigen, herausragenden Einsatz zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger danke ich Ihnen allen sehr herzlich im Namen der Bundesregierung und gratuliere dem Verband zu diesem stolzen Jubiläum.“

Der Bundesinnenminister betonte: „150 Jahre Deutscher Feuerwehrverband sind eine großartige Erfolgsgeschichte. Als Dachverband der deutschen Feuerwehren ist der DFV ein Kernbestandteil des Systems des nationalen Zivil- und Katastrophenschutzes.“

Beispielhaft für die Leistungen der Feuerwehren nannte Schily die Jahrhundertflut vor einem Jahr: „Das Übersichtsvermögen, das Organisationstalent und die technischen und logistischen Leistungen der Helferinnen und Helfer sind zu Recht mit höchstem Lob bedacht worden. Zum Beispiel war die Verteilung von Millionen Sandsäcken, die die Feuerwehr in Nürnberg zusammen mit anderen perfekt organisiert hat, eine wirklich phantastische Leistung, die unser aller Bewunderung verdient. Solche Leis-

tungen waren und sind nur möglich, weil das Ehrenamt in unserem Land eine lange Tradition hat und weil – entgegen allen Vorurteilen – der Gemeinsinn in unserer Gesellschaft weiterhin kräftig und lebendig ist.“



Auch Ministerpräsident Teufel hob die Leistungen bei der Hochwasserkatastrophe hervor, in der die Feuerwehren das größte Helferpotenzial stellten: „Es wird allen Bürgerinnen und Bürgern in den betroffenen Hochwassergebieten unvergessen bleiben, mit welchem persönlichen Einsatz jeder einzelne Feuerwehrmann und jede einzelne Feuerwehrfrau gegen die Fluten des Hochwassers angekämpft und Menschen in Not zur Seite gestanden hat – mit schwerem Gerät oder auch mit bloßen Händen.“

Interessenvertretung in Berlin wird ausgebaut

Der neue Präsident kündigte an, die Interessen der Feuerwehren auf Bundesebene noch nachhaltiger zu vertreten: „Seitdem wir in Berlin sind, äußern wir uns – gefragt und ungefragt. Und wir werden ernst genommen, in Ihrem Hause, Herr Minister Schily, im Familienministe-

rium, wo die Ehrenamtspolitik federführend betrieben wird, in den Fraktionen, in den Ausschüssen des Bundestages, von den Parteien und an vielen anderen Stellen mehr. Das wollen wir verstärken, das ist unsere Aufgabe: Nämlich Themen zu

Bundesinnenminister Otto Schily würdigte die Arbeit des DFV als großartige Erfolgsgeschichte und sicherte den Feuerwehren Unterstützung bei der Unfallversicherung zu.



Deutscher Feuerwehrverband



Der DFV ist davon überzeugt, dass diesbezüglich ein gesellschaftlicher Konsens besteht. „Eigenverantwortliche

wir dann im Freistaat Sachsen zu Gast sein und bedanken uns schon heute auch beim Landesfeuerwehrverband Sach-

forderlich ist eine Jugendverbandsarbeit, die die Situation vor Ort kennt und zusammen mit den Jugendlichen gewissermaßen maßgeschneiderte Angebote entwickelt. Das bedeutet, dass die Erlebniswelt und der Wunsch der Jugendlichen nach Events eine entscheidende Rolle einnehmen und nicht die Welt, so wie die Erwachsenen sie haben wollen.“ Der wissenschaftliche Input und Blick über den Tellerrand war immer eine Herzensangelegenheit des alten DFV-Präsidenten. Gerald Schäuble brachte es in Ulm so auf den Punkt: „Tradition verpflichtet nicht zum Stillstand.“

Die Feuerwehren ehrten Schäuble mit der Ehrenpräsidentschaft ihres Verbandes. Seine Ehefrau Ursula bekam für die langjährige Unterstützung ihres Mannes das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold. Ministerpräsident Erwin Teufel zeichnete Gerald Schäuble im Namen des Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz aus. Bundesinnen-



Ministerpräsident Erwin Teufel (l.) zeichnet DFV-Präsident Gerald Schäuble mit dem Bundesverdienstkreuz aus.

Absicherung von Lebensrisiken' oder die Einbeziehung der Frage der ‚Bedürftigkeit‘ sind für die Freiwillige Feuerwehr nicht hinnehmbar. Der Deutsche Feuerwehrverband fordert den Gesetzgeber daher auf, ihn in den Dialog zur bevorstehenden Novelle einzubeziehen und diese Gesichtspunkte zu berücksichtigen.“ Bundesinnenminister Schily sicherte den Feuerwehren seine Unterstützung zu. Ziel der Bundesregierung sei es, die Absicherung ehrenamtlich engagierter Menschen zu verbessern.

Die Feuerwehr-Führungskräfte aus ganz Deutschland legten sich in Ulm auch für den nächsten Deutschen Feuerwehrtag fest. Dieser soll nach 2000 in Augsburg im Jahre 2010 in Leipzig zeitgleich mit der Weltleitmesse Interschutz stattfinden. Es ist der 28. Deutsche Feuerwehrtag. Präsident Kröger: „Leipzig, wir kommen, heißt eine weitere Ulmer Botschaft. Ob die Olympischen Spiele kommen, ist ungewiss. Gewiss ist: Die deutschen Feuerwehren kommen. Nach 20 Jahren Einheit in Deutschland werden

sen sowie bei der Stadt Leipzig und ihrer Feuerwehr.“

Fachlich setzte der DFV in Ulm mit einem Zukunftssymposium Schwerpunkte. Vier



In Anwesenheit zahlreicher Gäste und internationaler Delegationen traten 174 Feuerwehr-Führungskräfte zur Delegiertenversammlung in Congress Centrum Ulm zusammen, um den neuen DFV-Präsidenten zu wählen. (Fotos: Presstteam Ulm)

renommierte Referenten beleuchteten dabei die Bereiche Wertewandel und Ehrenamt, Technik und Jugendarbeit. So riet Dr. Jörgen Schulze-Krüdenner, Dozent an der Universität Trier (Fachbereich Pädagogik), den Feuerwehren für ihre Nachwuchsgewinnung: „Er-

minister Schily verlieh Schäuble das THW-Ehrenzeichen in Gold.

Weitere Berichte und Fotos finden Sie unter www.feuerwehrtag2003.de, Rubrik „Aktuelles“. *Presstteam Ulm*

Erste-Hilfe-Wettbewerb in Prag

Lebensretter im Lunapark

„Schon wieder eine Hand ab“, sagte ein deutscher Schlachtenbummler. Klang ganz schön makaber, aber nicht ungewöhnlich beim Europäischen Erste-Hilfe-Wettbewerb Anfang Juli in Prag.

Sechszwanzig Gruppen aus Albanien, Armenien, Belgien, Bosnien Herzogewina, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Litauen, Moldawien, Monaco, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn und Gastgeberland Tschechien waren angetreten, mit jeweils sechs Teilnehmern pro Gruppe und einem Heer von Fans. Ein schöner Eröffnungsabend im Gelände des Lunaparks stimmte die Teilnehmer bei schönem Wetter und Wasserspielen auf den Wettbewerb ein.

Samstag dann der Wettkampf zum besten Europäischen Lebensretter im Lunapark, einem Vergnügungspark

Ein Mitglied des deutschen Teams leistet einem durch eine Explosion Verletzten erste Hilfe.



der Stadt Prag. 27 Stationen, die den Gruppen zum Teil schwer zu schaffen machten, wie z.B. die große Explosion an Station 12, bei der es elf zum Teil schwer Verletzte gegeben hatte und einem jungen Mädchen die Hand „abgeris-

sen“ wurde, bestens geschminkt von den Experten des Tschechischen Roten Kreuzes. Das war die Station, bei der mit einem Knall/Explosion der Start der Übung angekündigt wurde und den Anfangskommentar: „Schon wieder eine Hand ab“ erklärt.

Aber auch Station 15 hatte einen Massenansturm von Schwerverletzten. Zwei Verkehrsbusse waren zusammengestoßen. Ein Busfahrer lag schwer atmend vor seinem Fahrzeug und die deutschen zuschauenden Experten erklärten, dass der Fahrer wahrscheinlich einen Herzinfarkt hätte, aber keiner aus dem gerade aktiven Team hatte dies so richtig bemerkt. Nicht so gut für die Wertung, denn eventuell „stirbt der Patient“. Aber es ist ja nicht so einfach, so viele Verletzte zu betreuen.

Besonders böse sah es auch bei einer Fahrrad-Kollision aus: Verletzte liegen über einer Treppe, glücklicherweise alle ansprechbar, aber doch gibt es

Bedenken bei den Rettern, die Helme abzunehmen. Das ist ein Risiko bei Kopfverletzungen. Und wie immer bei allen Ersthilfen heißt es für die Akteure: betreuen, gut zureden, trösten, wärmen, schützen, Ängste nehmen.

Aber nicht nur Erste Hilfe wurde gezeigt, auch kleine Mutproben mussten bestanden werden, ob es nun mit ei-



Wärme spenden und beruhigend auf die Verletzte einreden ist mit einer der wichtigsten Aufgaben bei der Hilfeleistung. (Fotos: DRK)

nem Kranausleger in die Lüftung oder aber es galt, das dicke Tau zu ergreifen und daran so ungefähr zehn Meter in die Lüftung zu klettern.

Am Abend verfolgten rund 1.000 Menschen im großen Festsaal des Lunaparks die Siegerehrung. Und hier die Gewinner: 1. Platz Schweiz, 2. Platz Belgien, 3. Platz Großbritannien und ein mehr als verdienter 4. Platz für die Gruppe aus Bruchhausen-Vilsen.

Im Jahre 2004 findet der Europäische Wettbewerb Erste Hilfe vom 10. bis 13. Juni in Bad Hofgastein/Land Salzburg/Österreich statt.

Margitta Zimmermann





Humanitäre Hilfe im Spannungsfeld von Politik und Medien

Wer macht die Katastrophe, die Medien, die Politik oder gar die Hilfsorganisationen? Dieser Frage gingen unter anderem die Direktorin von „Brot für die Welt“, Cornelia Füllkrug-Weitzel, ARD-Afrika-Korrespondent Hans-Josef Dreckmann und Johanniter-Präsident Hans-Peter von Kirchbach bei einer Podiumsdiskussion während des Ökumenischen Kirchentages in Berlin nach. Eine humanitäre Katastrophe fände in der Öf-

nal. Andere Einsätze, wie der Hubschraubereinsatz der Bundeswehr bei der Flut in Mosambik, glichen hingegen eher inszenierten PR-Aktionen.

Stern-Journalist Hans-Herrmann Klare konterte. Für den Irak hätten internationale Hilfsorganisationen und die Vereinten Nationen Flüchtlingsströme und eine humanitäre Katastrophe vorausgesagt, die nie eingetreten sei. Die eigentliche Katastrophe sei dort durch das vorausgehende Embargo ver-

Binding. Politik habe weiter Hilfe geleistet, wenn dies Humanitären Organisationen nicht mehr möglich gewesen oder die Spendenbereitschaft zusammen gebrochen sei. Einige Bereiche, wie Transporte, Nahrungsmittelabwürfe oder umfassende Maßnahmen bei Flüchtlingsströmen seien zudem ohne die Bundeswehr nicht zu bewältigen.

Die „Schnittflächen“ zwischen humanitären Hilfsorganisationen und der Bundeswehr sind nach Ansicht des Präsidenten der Johanniter-Unfall-Hilfe, Hans-Peter von Kirchbach, nach der deutschen Einheit größer geworden. Es habe einen Paradigmenwechsel bei den Vorstellungen für den Einsatz von Soldaten gegeben. Dabei gehe es um den militärischen Einsatz als Voraussetzung humanitärer Hilfe, aber auch um unabhängig davon geleistete Hilfe. Allerdings sei die Diskussion über die Kriterien für derartige Einsätze der Bundeswehr immer noch nicht zum Abschluss gebracht worden.

Wichtig sei, wie politische Entscheidungen über den Einsatz von Streitkräften getroffen werden, erklärte von Kirchbach. Einen Teil der Verantwortung dafür würden auch die Medien mit ihrer Berichterstattung tragen. Die dabei entstehende Gemengelage erleichtere die Entscheidungen nicht. Die Kriterien für den Einsatz von Bundeswehr, Hilfsorganisationen und politischer Mittel müssten daher dringend geklärt werden.

Auch die Hilfsorganisationen unterliegen bei ihrer Arbeit ähnlichen Zwängen wie Politik und Medien, betonte



Wer macht die Katastrophe? Im Gespräch: Martin Salm, Caritas International, Sonja Mich, ARD und Cornelia Füllkrug-Weitzel von „Brot für die Welt“ (v.l.).

(Foto: JUH/S.Trappe)

fentlichkeit nur Beachtung, wenn dies im Interesse von Medien und Politik läge, kritisierten die Hilfsorganisationen. Der Völkermord in Ruanda sei erst nach dem Ende der Kämpfe von den Medien zur Kenntnis genommen worden. Die US-Politik habe für eine Einstufung als Massaker gesorgt, damit die UNO nicht zum Eingreifen verpflichtet werden konnte, sagte Martin Salm von Caritas Internatio-

ursacht worden, hierin waren sich alle Beteiligten einig. Auch der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler kritisierte das Embargo. Dessen Auswirkungen verstärkten die Amerikaner gegenwärtig noch, indem sie keine Hilfsgüter nach Bagdad hinein ließen. Die Medien nähmen dies jedoch kaum wahr.

Doch ohne die Politik geht es nicht, so Staatssekretär im Außenministerium Rudolf

der Auslandsressort-Chef des Sterns, Hans-Herrmann Klare. Bei der Spendenwerbung gebe es mitunter fragwürdige Initiativen, bei denen der Zugang zu Informationen mit der Nennung von Kontonummern in den Medien verknüpft werde.

Zu den Qualitätsmerkmalen humanitärer Hilfe äußerte sich „Brot für die Welt“-Direktorin Cornelia Füllkrug-Weitzel. Grundsätzlich hätten alle Menschen in Not Anspruch auf Hilfe, erklärte sie. Diese Hilfe müsse unterschiedslos und ohne moralische Ansprüche geleistet werden. Darüber hinaus müsse sie Hilfe zur Selbsthilfe sein und die Strukturen kompetenter Partner vor Ort nutzen. So werde über die Nothilfe hinaus Nachhaltigkeit erreicht.

Die Konkurrenz von Hilfsorganisationen kritisierte der langjährige ARD-Afrikakorrespondent Hans-Josef Dreikmann. In den sudanesischen Nuba-Bergen hätten sich die durch das Regime abgeschotteten Menschen eine funktionierende Wasser- und medizinische Grundversorgung geschaffen. Als Hilfsorganisationen Zugang erhielten, sei durch deren Konkurrenz bei der Versorgung der Bevölkerung die Landwirtschaft und das gesamte soziale System zusammen gebrochen. Gegen die Aktivitäten von „Hilfskonzernen“ zu Marktbedingungen setzten die kirchlichen Hilfsorganisationen die Kooperation mit lokalen Partnern, um solche Fehlentwicklungen zu verhindern, betonte Füllkrug-Weitzel.

JUH

Kampf dem Herzstillstand

Besonders in der Urlaubszeit kommt es auf den Autobahnen nicht nur zu Unfällen mit Knochenbrüchen oder Quetschungen, sondern häufig ist auch ein internistisches Eingreifen erforderlich.

Doch oft kommen gerade in der Hauptreisezeit die Rettungswagen auf Grund der Verkehrsdichte nicht schnell genug voran. Hier bewähren sich die von Johannitern und AvD

Die Fahrer sind rettungsdienstlich geschulte Kräfte der Johanniter-Unfall-Hilfe und die Maschinen mit einem speziellen Erste-Hilfe-Kit ausgestattet.

Seit neuestem gehört dazu, vorerst noch in einer Testphase, ein Defibrillationsgerät, kurz „Defi“ genannt. Die handlichen Apparate können bei einem plötzlichen Herzstillstand durch elektrische Schocks Leben retten. Die Überlebenschancen bis zum Eintreffen des Rettungswagens steigen damit deutlich. Mit der einjährigen Testphase bieten



gemeinschaftlich betriebenen „FirstResponder - Motorräder“. Die Motorräder sind nicht nur als Stau- und Pannehelfer im Einsatz, sondern auch als erste medizinische Rettungskraft, nach der ersten Hilfe und vor dem Notarzt.

die Johanniter und der AvD den Geräteherstellern die Möglichkeit, die Belastbarkeit der Geräte zu prüfen. JUH



50 Jahre Malteser Hilfsdienst

Vom „Luftschutz-Hilfsdienst“ zum modernen Katastrophenschutz

Der Malteser Hilfsdienst (MHD) feiert in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen. Grund auch auf den Malteser Katastrophenschutz zurückzublicken: „Der MHD wäre heute nicht das, was er ist,

Konzepte bestimmte, als die Ost-West-Front geopolitisch aufbrach. Der Zweck des Katastrophenschutzes wurde verstärkt die Einsatzfähigkeit bei Großschadensereignissen in Friedenszeiten.

Alfred Rosenberg blieb der ungarische Volksaufstand im Gedächtnis, als sich die Malteser unter ihrem damaligen Generalkommissar Georg von Truszczyński mit großem Aufgebot an der Hilfsaktion für die aus ihrer Heimat geflüchteten Ungarn beteiligten. Rosenberg begleitete 1960 auch einen ersten „Pilgerflug“ von Behinderten zur Wallfahrt nach Lourdes. „Das Leid der behinderten Pilger und ihr intensiver Glaube – das ging mir wirklich ans Herz“, erinnert er sich.

An die Betreuung der DDR-Flüchtlinge in Budapest 1989 denkt Wolfgang Wagner, seit 1975 Katastrophenschutzreferent für Bayern, mit Betroffenheit, aber auch Dankbarkeit zurück. Er war damals für das Malteserlager verantwortlich, in das sich viele Menschen flüchteten. „Wir waren froh, die vielen Flüchtlinge beherbergen zu können, auch wenn wir manchmal nicht mal mehr einen Karton als Lager hatten. Es war trotz allem eine großartige Geschichte, bei der wir



Am 24. Oktober 1964 findet mit Beteiligung der Malteser die große Katastrophenschutzübung SAMPAN II in Rheinkassel bei Neuss statt. (Foto: MHD)

wenn er nicht so aktiv in den Katastrophenschutz eingestiegen wäre.“ Alfred Rosenberg, seit 50 Jahren aktiv und seit 20 Jahren Diözesankatastrophenschutzreferent in Berlin, weiß wovon er spricht. Denn der Katastrophenschutz hat in seiner Entwicklung vom „Luftschutz-Hilfsdienst“ in den 50er und 60er Jahren zur modernen Einsatzformation für Hilfeleistungen in großem Maßstab das Profil des MHD entscheidend mitgeprägt.

„In den 60er Jahren wurde der Katastrophenschutz als Luftschutz-Hilfsdienst massiv aufgebaut und ausgestattet. Das hat es so nie wieder gegeben“, blickt Lothar Berres, seit 1957 bei den Krefelder Maltesern und heute dort Leiter Einsatzdienste, zurück. Es war die Zeit des kalten Krieges, in der mit dem Verteidigungsfall real gerechnet werden musste. Eine politische Gegebenheit, die bis in die 90er Jahre die

Wie ein roter Faden ziehen sich bewegende politische Geschehnisse, Naturkatastrophen im In- und Ausland, aber auch „Routine“-Einsätze



zu Katholikentagen, Wallfahrten oder sonstigen Großveranstaltungen durch das Leben langjähriger Katastrophenschutz-Helfer.

helfen konnten, und die Menschen waren sehr dankbar.“

„Ein besonderes Ereignis war für mich der erste Katholikentag im östlichen

Malteser Hilfsdienst

Deutschland nach der Wende: Dresden 1994“, berichtet Willi Hadrian, von 1971 bis 1998 Katastrophenschutzreferent der Diözese Paderborn. Die Malteser hatten dort als Partner Kräfte der Bundeswehr. „Die hatten uns als ‚Zivilisten‘ einen solchen Einsatz gar nicht zugetraut, waren dann aber sehr froh, dass wir da waren, und haben sich nachher herzlich bei uns bedankt“, schmunzelt er noch heute.

Es gibt auch nachdenkliche Stimmen. Viele sehen den Katastrophenschutz der Hilfsorganisationen durch politische Entscheidungen geschwächt. Sie beobachten mit Sorge, dass sich der Bund finanziell immer mehr zurückzieht. Die Neuordnung des Zivilschutzes 1994 war ein zweiseitiges Schwert. Zwar bedeutete es

strukturell einen Fortschritt, die großen, schwerfälligen Züge aufzulösen und kleinere, flächendeckende Einheiten, so genannte Komponenten, zu bilden. Den Bund jedoch aus der direkten Verantwortung für den Katastrophenschutz zu entbinden und ihn dem Aufgabenbereich der Länder zuzuschlagen erwies sich als nachteilig. „Der Bund hat sich elegant aus der Affaire gezogen. Seither fehlt es zunehmend an technischer Ausrüstung. Wir haben Fahrzeuge, die älter sind als die Leute, die sie bewegen. Das ist nicht gerade motivationsfördernd“, beklagt beispielsweise Wolfgang Wagner die Situation.

Und noch eine weitere Entwicklung wird von vielen mit Skepsis gesehen: Wird es auch in Zukunft genug Helfer ge-

ben? Kamen früher auf die Freistellungsplätze für junge Männer, die sich anstelle von Bundeswehr oder Zivildienst bei einer Katastrophenschutz-Organisation verpflichteten, mehr Bewerbungen als offene Stellen, so ist das Verhältnis heute umgekehrt. Die Politik muss den Katastrophenschutz ernst nehmen und seine Rahmenbedingungen verbessern.

„Denn der Ausbildungsstand ist gut, und die Helfer sind hoch motiviert“, weiß Wagner. „Das hat nicht zuletzt das Jahrhunderthochwasser an der Elbe gezeigt, bei dem von heute auf morgen 1800 Helfer mit 640 Fahrzeugen aus allen Hilfsorganisationen allein aus Bayern zu Hilfe eilten. Dass das möglich war, ist schon beruhigend zu wissen.“

Christiane Hackethal



Katastrophenschutz und Sanitätsdienst beim MHD in Daten

- 1954:** Beim DJK-Sportfest in Münster erster größerer Sanitätseinsatz
- 1956:** Erster Großeinsatz beim Katholikentag in Köln
- 1958:** Bei der ersten großen Katastrophenschutzübung nach dem Krieg setzen die Malteser im Kölner Perlengraben 346 Helfer und 19 Fahrzeuge ein
- 1959:** Erste Einheiten der Malteser für den Luftschutz-Hilfsdienst (LSHD)
- 1959:** Großeinsatz bei der Heilig-Rock-Wallfahrt in Trier: 516 Malteser aus 13 Diözesen erbringen 10.536 Hilfeleistungen.
- 1960:** Sanitätsdienst beim 37. Eucharistischen Weltkongress in München
- 1962:** Einsatz bei der Sturmflut in Hamburg
- 1968:** Der MHD stellt seine aktiven Einheiten für den Erweiterten Katastrophenschutz zur Verfügung.
- 1975:** Im Heiligen Jahr 1975 leisten in 21 Wochen 42 deutsche MHD-Kräfte den Sanitätsdienst auf dem Petersplatz im Rom.
- 1977:** Ersten Bundesleitungswettbewerb des MHD in Homburg/Saar
- 1980:** Sanitätsdienst beim ersten Pastoralbesuch von Papst Johannes Paul II. in Deutschland mit 1435 MHD-Helfern für 400000 Gläubige beim Eröffnungsgottesdienst in Köln-Butzweilerhof
- 1981:** Die Strukturen des Katastrophenschutzes sind Vorbild für die Organisation der ersten Romwallfahrt mit Behinderten
- 1991:** Erster Sanitätsdienst auf der Love-Parade in Berlin
- 1993:** Beim Mosel-Hochwasser versorgen Einheiten des Malteser Hilfsdienstes die Einsatzkräfte der Feuerwehr und des THW und evakuieren Altenheime.
- 1994:** Besondere organisatorische Aufgaben beim Sanitätsdienst für den ersten Katholikentag in den neuen Bundesländern in Dresden ergeben sich aus dem weitgehenden Fehlen eigener Einheiten vor Ort.
- 1999:** 12 Teams der Malteser aus 11 Diözesen leisten die Versorgung von 2251 Kosovo-Flüchtlingen auf 12 Flügen von Skopje nach Deutschland.
- 2000:** Mit insgesamt 500 Einsatzkräften stellt der deutsche Malteser Hilfsdienst das ganze Jahr hindurch die Hälfte des Personals für die sanitätsdienstliche Betreuung der Heilig-Jahr-Pilger auf dem Petersplatz und in den römischen Hauptkirchen.
- 2001:** Unter dem Eindruck der Terrorakte vom 11. September mahnt die Bundesversammlung in einer Resolution bessere Bedingungen für den Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland an.
- 2002:** 900 Helfer des Malteser Hilfsdienstes aus 89 Gliederungen und 20 Diözesen sind beim bis dahin größten innerdeutschen Katastropheneinsatz in den Hochwasserregionen an Elbe und Donau im Einsatz.



Standortbestimmung

Die ARKAT-Landesverbände Niedersachsen und Schleswig-Holstein können in diesem Jahr auf ihr 20-jähriges Bestehen zurückblicken. Durch die Aktivitäten beider Verbände konnten insbesondere in den für den deutschen Katastrophenschutz schicksalhaften 90er Jahren zahlreiche Vorschläge zur konzeptionellen und strategischen Modernisierung des gemeinsamen Hilfeleistungssystems im Rahmen der Neuordnung des Bevölkerungsschutzes eingebracht werden.

So legte die ARKAT Schleswig-Holstein in einer viel beachteten Initiative 1984 einen eigenen Entwurf für ein neues Zivilschutzgesetz vor. Die Gründung eines Bundesverbandes 1985 ging ebenfalls von dem in Neumünster beheimateten Landesverband aus.

Niedersachsen, wo seinerzeit über 3000 Helferinnen und Helfer Dienst leisteten, trat mit Pilotlösungen im Bereich der technischen Ausstattung und ersten Konzepten im Bereich der Schnelleinsatzgruppen sowie integrativen Lösungsansätzen zur Führung und Kommunikation im Hilfeleistungssystem hervor.

Im KatSG vom 14. 2. 1990 wurde die ARKAT dann als Vertretung der in der Regie der kommunalen Gebietskörperschaften tätigen Helferinnen und Helfer auf gesetzlicher Grundlage anerkannt. Der Verband hat sich seitdem in der „Community“ profiliert und durch die Kooperation mit dem Schutzforum auch die Brücke von operativen zu technisch-wissenschaftlichen Schutzzielen, etwa dem schützenden Bauen, dem Hochwasserschutz und Kulturgutschutz schlagen können. Die Arbeitsgemeinschaften des Katastrophenschutzes sind auf Bundesebene Mitglied in der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz und arbeiten in diesem von Zuständigkeitsbarrieren freien Forum an Mo-

dellen für eine integrierte Hilfeleistung; gemeinsam mit Hilfsorganisationen, Deutschem Feuerwehrverband, Technischem Hilfswerk, Polizei und Bundeswehr.

Es überrascht deshalb, wenn der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, in einem Schreiben an den ARKAT-Bundesvorsitzenden zur Beteiligung an Überlegungen zur Weiterentwicklung des Zivilschutzes die Konsensfindung auf die Organisationen beschränken will, deren Mitwirkung bei der Erfüllung der Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes im Zivilschutzneuordnungsgesetz (ZSNeuOG) ausdrücklich genannt ist. Er führt dann zur weiteren Begründung aus, das die Regieeinheiten im ZSNeuOG nicht (mehr) aufgeführt sind. Nun sind in diesem Gesetz allerdings auch andere Organisationen, z. B. die Feuerwehren, nicht mehr ausdrücklich genannt. Niemand wird wohl ernsthaft behaupten wollen, daß die Feuerwehren nicht auf gesetzlicher Grundlage im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirken. Es sei auch daran erinnert, das alle deutschen Katastrophenschutzorganisationen sich seinerzeit zur Qualität dieses Gesetzes in einer gemeinsamen Erklärung kritisch zu Wort gemeldet hatten. Auch hätte der Staatssekretär im Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 25. März 1997 nachlesen können, daß sich gemäß § 20 Abs. 1 die Mitwirkung der öffentlichen und privaten Organisationen, die in dem Gesetz nicht genannt worden sind, nach den landesrechtlichen Vorschriften für den Katastrophenschutz richtet. Die Mitwirkung von Helfern, Einheiten und Einrichtungen, deren Träger die Katastrophenschutzbehörden selbst sind, ist in den Landesgesetzen geregelt.

Bundesweit wirken derzeit über 15.000 Helferinnen und

Helfer in verschiedenen Verwendungen in wichtigen Querschnittsfunktionen wie Führung und Kommunikation, z. B. auch in den Stäben, in direkter Trägerschaft der Landkreise und kreisfreien Städte im Katastrophenschutz aktiv mit. Viele Gebietskörperschaften haben „ihre Einrichtungen und Einheiten“ auch in denjenigen Fachdienstkomponenten beibehalten, aus deren Finanzierung sich der Bund seit 1994 zurückgezogen hatte, weil man deren Funktionen eben nicht für obsolet hielt. Auch die Angehörigen betrieblicher Katastrophenschutzkomponenten suchen in der ARKAT zunehmend eine fachliche Heimat. Im übrigen dürfte in Anbetracht der zunehmenden Probleme, Freiwillige und Experten für Ehrenämter im Zivil- und Katastrophenschutz zu gewinnen, für die Benachteiligung bestimmter Trägerschaften kein Raum mehr sein. War doch durch bisherige Fehlentwicklungen, sowohl bei den Behörden als auch besonders im ehrenamtlichen Bereich, ein erheblicher Verlust an Humankapital für diese anspruchsvolle Staatsaufgabe zu beklagen gewesen.

Katastrophenschutzangehörige der Landkreise und kreisfreien Städte übernehmen im Katastrophenfall wichtige „Scharnierfunktionen“ und leisten einen unverzichtbaren Beitrag auf dem Weg zu einem „Integrierten Hilfeleistungssystem“. Die Weiterentwicklung des staatlichen Schutzsystems setzt deshalb eine nachhaltige Kooperationsfähigkeit und Verantwortungspartnerschaft aller Akteure im Zivil- und Katastrophenschutz voraus. Die Zeiten, in denen mancher geneigt war, zu sich bietenden Gelegenheiten, Regiekomponenten regelmäßig zur Disposition stellen zu wollen, dürften allein aufgrund des sich jetzt abzeichnenden sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels der Vergangenheit angehören. *K.-D. Kühn*

Wettlauf gegen die Zeit

THW und DRK gemeinsam im Erdbebeneinsatz in Algerien



Es liegt eine gespenstische Ruhe über der Szenerie. Der Hund bahnt sich einen Weg durch die Trümmer eines Hauses, dessen erster Stock völlig zermalmt wurde. Nur die Hundeführerin erteilt kurze knappe Befehle. Ein Nachbeben könnte jederzeit den Rest des Gebäudes zum Einsturz bringen. Die Suche nach Überlebenden des Erbebens, das am 21. Mai Algerien erschütterte, ist lebensgefährlich.

Als am Abend dieses Tages die Agenturmeldungen über ein Erdbeben der Stärke 6,7 auf der Richterskala in Algerien um die Welt eilen, wird umgehend die Schnelleinsatz-Einheit-Bergung-Ausland (SEEBA) alarmiert. Diese auf Erdbeben trainierte Spezialeinheit des Technischen Hilfswerks (THW) kann innerhalb von sechs Stunden in ein Katastrophengebiet aufbrechen, um mit Rettungshunden, modernster Ortungs- und Bergungstechnik Überlebende aus den Trümmern zu retten.

Knapp 23 Stunden nach dem Beben landet die Chartermaschine mit 25 THW-Experten, neun Rettungshunden und rund vier Tonnen Ausstattung am Flughafen Algier. Mit an Bord sind auch sechs Helferinnen und Helfer des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und ihre vier Rettungshunde. Der algerische Zivilschutz hat Fahrzeuge bereitgestellt, mit denen das gesamte Team nach Boumerdes rund 35 Kilometer östlich der Hauptstadt gebracht wird. Schon in Algier sind die zum Teil massiven Schäden zu sehen, die das Beben angerichtet hat. Doch in Boumerdes, das erheblich dichter am Epizentrum lag, bietet sich ein erschütterndes Bild: Völlig zerstörte Gebäude, Menschen, die zum Teil mit bloßen Händen in den Trüm-

mern graben oder aber in Lethargie verfallen am Straßenrand sitzen. Viele Häuser sind akut einsturzgefährdet, die Bewohner retten unter Lebensgefahr das wenige Hab und Gut, das durch das Beben nicht zerstört wurde. Die wenigen Sekunden der Erdstöße haben Tausende getötet und die Hoffnung vieler mehr unter meterdicken Trümmern begraben.

Im Stadion von Boumerdes baut ein Teil des Teams das Camp auf, die Ortungsspezialisten machen sich sofort auf die Suche nach Verschütteten. Die Zeit drängt. Rund 72 Stunden hat ein Mensch eine

Die Sonne brennt erbarungslos. Die Hitze in den Zelten ist unerträglich. Aus Sicherheitsgründen kommt eine Unterbringung in festen Gebäuden nicht in Frage. Die Temperaturen treiben die Einsatzkräfte von THW und DRK, aber auch alle anderen Helfer, zur Eile, bei dieser Hitze schwinden die Überlebenschancen für Verschüttete noch schneller.

Einer der Hunde schlägt an. Unruhe kommt auf. Die Spannung bei den Menschen, die den Einsatz der Rettungsspezialisten verfolgen, steigt. Doch das kurze Kopfschütteln der



Harte Arbeit unter Zeitdruck; rund 72 Stunden verbleiben den Helfern, Opfer noch lebend zu bergen.

realistische Chance, lebend aus den Trümmern gerettet zu werden. Die ganze Nacht hindurch wird eine Einsatzstelle nach der anderen abgesucht. Ein Knochenjob, nicht nur für die Helfer, auch die Hunde leisten Schwerstarbeit. Es gibt nur kurze Pausen. „Ihr müsst trinken,“ immer wieder ermahnt Rettungsassistent Heiko Gerhold das Team, genug Flüssigkeit zu sich zu nehmen. Und jede Minute zu nutzen, um ein wenig zu schlafen.

Hundeführerin macht aufkeimende Hoffnungen zunichte. „Eine Leiche“, sagt sie leise. Es besteht keine Chance mehr, dass die Familie des etwa 50-jährigen Mannes noch lebt. Als ihm die traurige Nachricht überbracht wird, stehen ihm Tränen in den Augen. Mit einem langen Händedruck bedankt sich der Mann dafür, dass das Team es wenigstens versucht hat. „Wenn wir niemanden retten können, geben wir den Menschen zu-



mindest ihre Toten.“ Es klingt Verzweiflung mit, als Ralf Klein-Hitpaß das sagt. Und Hoffnung, dass die Bemühungen nicht umsonst waren, auch wenn niemand gefunden wurde. Der Ortungsspezialist hat unzählige Erdbebeneinsätze hinter sich. Taiwan, Türkei, Indien – hinter Ländernamen verbergen sich für ihn Erdstöße und ihre Folgen. Verzweifelte Menschen, Leichengeruch und ein unglaubliches Gefühl der Hilflosigkeit. Doch immer wieder geht der 35-jährige in solche Einsätze, verbringt seine Freizeit mit dem Training dafür. Seine Motivation scheint

von einem Beben hört. Und da ist es völlig egal, wie viel gerade zu tun ist.“

Nicht jedem Erdbeben folgt ein Einsatz der SEEBA. Als am Abend des Bebens in Algerien, die Einsatzzentrale der THW-Leitung in Bonn Einsatzoptionen für die Erdbebenspezialisten erörtert, liegt noch kein Hilfersuchen der algerischen Regierung vor. Trotzdem wird der Einsatz vorbereitet. Die SEEBA wird in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt, die technische Ausstattung zusammengestellt und Flugmöglichkeiten recherchiert. In den Agenturmeldungen wird von immer

der Tartanbahn des Stadions in Boumerdes. „Angst ist wichtig. Sie warnt vor der Gefahr, doch sie darf nicht zum bestimmenden Faktor werden.“ Wie jeder Einzelne mit der Angst, aber auch mit dem Leid umgeht, ist sehr unterschiedlich. In der Ausbildung werden die Rettungsspezialisten so gut wie eben möglich auf solche Situationen vorbereitet. Doch ein Einsatz ist immer anders. „Es ist unglaublich wichtig, dass man im Einsatz aufeinander achtet, spürt, wenn jemand Probleme hat.“ Hundeführerin Heike Becker hat eine Schulung besucht, die ihr helfen soll, anderen Teammitgliedern zur Seite zu stehen. „Denn wer kann besser verstehen, wie jemand sich fühlt, als der, der dasselbe erlebt hat?“ Einen ähnlichen Ansatz verfolgt das so genannte Debriefing nach einem jeden Einsatz: die gemachten Erfahrungen auszutauschen, um vielleicht so das Erlebte besser zu verarbeiten.

Vier Tage nach den verheerenden Erdstößen ist der Einsatz in Algerien vorbei. Kein Überlebender konnte gerettet werden. In den Trümmern von Boumerdes, Thenia, Zemmouri und all den kleinen Ortschaften in der Umgebung konnten die Einsatzkräfte von THW und DRK kein einziges Lebenszeichen finden. Drei Tote haben sie geborgen. Doch sie waren gekommen, um Lebende zu retten. Vergebens. Als das gemeinsame Team die Maschine in Algier besteigt, sind die 72 Stunden in denen die Überlebenschancen für Verschüttete realistisch sind, lange vorbei. Doch bei fast jedem Erdbeben gibt es das „Wunder“, dass noch Menschen nach Ablauf dieser Frist gerettet werden. Bei den Frauen und Männern auf der Gangway ist die Hoffnung auf ein solches Wunder der Gewissheit gewichen, auch nach dem nächsten Erdbeben irgendwo auf der Welt, den verzweifelten Wettlauf gegen die Zeit erneut aufzunehmen.

Florian Weber

Mögliche Nachbeben und einsturzgefährdete Häuser machen den Einsatz lebensgefährlich.

(Fotos: THW)



andere mitzureißen. Lebensgefährtin Sylvia Matthausen ist Hundeführerin bei der Erdbebeneinheit SEEBA und auch diesmal sofort dabei, als sie die Nachricht von dem Erdbeben in Algerien hört.

Die SEEBA umfasst insgesamt 140 Spezialisten. Jeder von ihnen muss in der Lage sein, sofort in ein Katastrophengebiet aufbrechen zu können. Das heißt, nicht nur für weltweite Einsätze geimpft zu sein, sondern auch entsprechende Absprachen mit den jeweiligen Arbeitgebern getroffen zu haben. Denn, wie die anderen rund 74.000 THW-Angehörigen auch, sind die SEEBA-Mitglieder ehrenamtlich tätig und auf das Verständnis der Arbeitgeber für solche Einsätze angewiesen. „Bei mir ist das gar kein Problem. Im Gegenteil“, sagt die Grafikerin Sylvia Matthausen. „Mein Chef fragt mich, warum ich noch da bin, wenn er

mehr Toten und Verletzten gesprochen. Das Auswärtige Amt bietet Hilfe an. Als schließlich ein offizielles Hilfersuchen vorliegt, startet das Team zusammen mit den Kollegen des DRK, auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes und im Auftrag des Bundesinnenministeriums, mit einer eigens gecharterten Maschine vom Flughafen Frankfurt ins Katastrophengebiet.

„Wir haben ein ganz klares Ziel: Menschen zu retten. Aber genauso wichtig ist, dass wir alle wohlbehalten aus diesem Einsatz zurückkehren.“ Über das Bordmikrofon mahnt Einsatzleiter Hans-Joachim Gerhold kurz vor der Landung in Algier seine Leute zur Vorsicht. Bislang hatte die SEEBA keine Verluste zu beklagen. „Und das soll auch so bleiben“, sagt Gerhold.

36 Stunden später sitzt Armin Dlugosch, Einsatzleiter des DRK-Teams, erschöpft auf

Pyrotechnik im Katastrophenschutz

Vor einigen Jahren wurden die Ausbildungs- und Wiederholungslehrgänge für pyrotechnische Schadensdarstellung an der damaligen Katastrophenschutzschule des Bundes, der jetzigen AKNZ, aus dem Programm genommen.

Nachdem vor einiger Zeit die Problematik auftauchte, dass zum einen kein Nachwuchs in diesem Bereich mehr ausgebildet werden konnte und zum anderen die ausgebildeten Kräfte mangels Wiederholungslehrgängen ihre Berechtigung zum Umgang mit pyrotechnischen Sätzen und Gegenständen verloren, hat sich der Main-Taunus-Kreis bereiterklärt, derartige Lehrgänge durchzuführen.

Das heißt, der Main-Taunus-Kreis - untere Katastrophenschutzbehörde - ist seitens der nach dem Sprenggesetz zuständigen Behörden nach einem zweijährigen Verfahren als Träger für zwei Lehrgangarten anerkannt worden:

- **Grundlehrgang** für den Umgang - ausgenommen das Herstellen und Wiedergewinnen - mit pyrotechnischen Gegenständen und pyrotechnischen Sätzen (Klassen III, IV und T2) zur Darstellung von Schadenslagen im Auftrag des Katastrophenschutzes
- **Wiederholungslehrgang** für den Umgang - ausgenommen das Herstellen und Wiedergewinnen - mit pyrotechnischen Gegenständen und pyrotechnischen Sätzen (Klassen III, IV und T2) zur Darstellung von Schadenslagen im Auftrag des Katastrophenschutzes

Mit Bestehen der Prüfung des Grundlehrganges erhält der Teilnehmer die Berechtigung zum Erwerb des „Befähigungsscheines“ (gemäß der Ersten Sprengverordnung).

Als Inhaber des „Befähigungsscheines“ ist der Helfer befugt, pyrotechnische Sätze und Gegenstände zu erwerben und im Rahmen von Ausbildungsveranstaltungen des Katastrophenschutzes zu zünden.

Der Main-Taunus-Kreis führt die Lehrgänge je nach Bedarf und Personalkapazität durch.

Der erste Lehrgang (Grundlehrgang) findet vom 30. Oktober bis 1. November 2003 in Bad Soden statt.

Die Teilnehmergebühr für den Grundlehrgang beträgt 300,- EURO. In dieser Gebühr ist die Unterbringung für den Teilnehmer nicht enthalten, die Teilnehmerzahl ist auf 20 Helfer begrenzt.

Da dies seit Jahren der erste Lehrgang ist, können ausnahmsweise auch Wiederholer angemeldet werden. Diese können bereits nach dem zweiten Lehrgangstag abreisen und erhalten eine Ermäßigung auf die Gebühr.

Teilnahmeberechtigt sind Angehörige der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen sowie Helfer in Regieeinheiten.

Kontakt: Landrat des Main-Taunus-Kreises - untere Katastrophenschutzbehörde - Herr Spengler
Pfarrgasse 32 - 34
65719 Hofheim
Tel: 06192 9918 38
Fax: 06192 9918 20
thomas.spengler@mtk112.de
office@mtk112.de

Ausbildung mit dem Bergetau

In den Bergen ist es nicht immer möglich, verletzte Personen direkt zu versorgen. Daher wird an den beiden Luftrettungsstationen Kempten und Traunstein ein spezielles Verfahren angewandt: Die dort geflogenen Zivilschutz-Hubschrauber, die von der BGS-Fliegerstaffel Süd in Oberschleißheim eingesetzt werden, sind mit Bergetau ausgestattet. Dazu gehören der Lasthaken, eine Tost-Kupplung, das eigentliche Bergetau in den Längen 15, 25 und 50 Meter (kombinierbar) und ein Gurt für den Retter. Dieser kann im Schwebeflug beim Patienten abgesetzt werden. Der Rettungsassistent steht mit einem Stehhaltgurt gesichert auf der Kufe und stellt so das Bindeglied zwischen dem Retter am Seil und dem Piloten dar. In vielen Fällen hat sich in der Gebirgsluftrettung dieses Verfahren bewährt. Neben dem allgemeinen Einsatzgeschehen müssen die Verfahren immer wieder geübt werden. Dazu sind auch besonders die Piloten, die im Hubschrauber BO 105 CBS-5 eingesetzt werden, gefordert. Bei der Fliegerstaffel finden immer wieder Fortbildungsveranstaltungen statt, bei denen die Piloten den Umgang mit diesem Einsatzmittel üben.

Schröer



Zivilschutz-Hubschrauber vom Typ BO 105 CBS-5.

(Foto: Schröer)

Im Zeichen des Hochwasserschutzes

Die acqua alta, die internationale Fachmesse zum Thema Hochwasserschutz und Katastrophenmanagement, die erstmals von 24. bis 27. November auf der neuen Messe München stattfindet, wird von einem viertägigen Fachkongress begleitet, der den ganzheitlichen Ansatz der Messe unterstreicht. Das Kongressprogramm wurde von einem Komitee aus Vertretern von Verbänden, Organisationen und politischen Institutionen entwickelt. Es behandelt Vorsorge und Prognose, den Widerstreit zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Notwendigkeit, sowie die neuen Herausforderungen für die Katastrophenschutzorganisationen. Von der Klimaforschung und Wettervorhersage über Hochwasservorsorge bis hin zu Katastrophenschutz und Hilfe werden alle Aspekte der Thematik behandelt. Die acqua alta schafft mit der Integration von Messe und Kongress somit eine gemeinsame, internationale Plattform für die Verantwortlichen aus allen Bereichen: für Politiker, Wissenschaftler und Planer der verschiedensten Fachrichtungen, sowie für Führungskräfte von Hilfsorganisationen und Verbänden. Das Programm:

- 1. Tag:** Wetterprognose und Hochwasserwarnung
- 2. Tag:** Hochwasservorsorge
- 3. Tag:** Katastrophenschutz und Hilfe
- 4. Tag:** Kommunale Hochwasservorsorge und Versicherung

Unter dem Titel „Wasser - Element und Ressource“ werden Themen wie die kommunale technische Vorsorge unter Federführung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes erörtert. Welche Möglichkeiten haben die Verantwortli-

chen vor Ort, Menschen und Gebäude in Flussnähe besser zu schützen? Dazu zählen Einschränkungen beim Bau in hochwassergefährdeten Gebieten und die Planung von kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen.

Darüber hinaus stehen auch versicherungsrechtliche Fragen aus der Perspektive der Versicherer zur Debatte. Das Abschlussforum des Kongresses beleuchtet die Perspektiven des Bauens am Wasser.

Das Kongressprogramm wird durch zahlreiche Sonderveranstaltungen abgerundet. So führt das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV) am 26. November den Gefahrentag 2003 durch, der unter dem Leitmotto „Das Udenkbare denken - neue Strategien im Hochwasserschutz“ steht.

Informationen unter:
Tel.: 089 - 32353 2 40 oder
lulay@messe-muenchen.de

Bund nimmt Vorreiterrolle bei Einführung des Digitalfunks ein

Der Aufbau eines bundesweiten digitalen Sprech- und Datenfunknetzes für Polizei, Katastrophenschutz und andere Sicherheitsbehörden wird nun zügig vorangebracht. Bundesinnenminister Otto Schily wird gemeinsam mit den hierzu bereiten Ländern die Voraussetzungen für den Beginn einer schrittweisen Einführung des neuen Systems schaffen.

Dafür ist ein systemoffenes Vergabeverfahren vorgesehen. Der Bund wird dabei die Federführung übernehmen.

Schily dazu: „Wir werden eine flexible Einführungsstrategie wählen, die es dem Bund sowie einer Startergruppe aus den Ländern ermöglicht, jetzt schon mit dem Aufbau zu beginnen. Es bleibt in der Ent-

scheidung jedes einzelnen Bundeslandes, zu welchem Zeitpunkt es sich dem modernen Digitalfunk anschließen will.“ Schily fordert jedoch dazu auf, dass sich eine möglichst große Zahl der Länder dieser Startergruppe anschließt.

Am 26. Juni 2003 hatten sich Bundeskanzler Schröder und die Ministerpräsidenten der Länder grundsätzlich auf die Einführung des Digitalfunks geeinigt.

Die Grundsatzentscheidung bezeichnete Schily als wichtigen Beitrag zur Verstärkung der inneren Sicherheit, auch im Hinblick auf die WM 2006.

„Unser Ziel ist es, die WMAustragungsorte und -regionen vorrangig mit digitaler Funktechnik auszustatten,“ so Schily. *BMI*

Leitender Notarzt-Kurs

Die Akademie für Ärztliche Fortbildung in Rheinland-Pfalz bietet auch in diesem Jahr einen Leitenden Notarztkurs in Mainz an, und zwar vom 10. bis 14. September 2003. Die Kursleitung hat Herr Dr. A. Thierbach.

Teilnahmevoraussetzung ist der Fachkundenachweis „Rettungsdienst“.

Ferner wäre es wünschenswert, wenn eine Gebietsarztbezeichnung eines Gebietes mit Tätigkeit in der Intensivtherapie, eine mindestens 4-jährige Tätigkeit im Rettungsdienst sowie eine fortbestehende Tätigkeit im Rettungsdienst gegeben wären.

Nähere Informationen und schriftliche Anmeldung:
Frau C. Becker,
Akademie für Ärztliche Fortbildung in Rheinland-Pfalz,
Deutschhausplatz 3,
55116 Mainz
Telefon: 06131 28 43 8-13, E-Mail: becker@arztkolleg.de
www.akademie-aerztliche-fortbildung.de

ADAC-Stationsatlas Luftrettungsstationen in Deutschland

Werner Wolfzellner
MedizinVerlag
München.
ISBN 3-933266-20-3

Die aktuelle Ausgabe des ADAC-Stationsatlas enthält ausführliche und aktuelle Informationen über die öffentlich-rechtlichen Rettungstransporthubschrauber-Stationen



in Deutschland. Neben Farbfotos der eingesetzten Maschinen und Stationen und den komprimierten Stationsdaten (s. Bild oben) gibt es Übersichtskarten, die Reichweite bzw. Flugdauer berücksichtigen.

Dieser Atlas kann sowohl als Arbeitsmittel für den Rettungsdienst als auch als Informationsquelle für alle an der Luftrettung Interessierten dienen. Mit seinen 152 Seiten ist er ein überschaubares und leicht zu handhabendes Nachschlagewerk.

Für offiziell mit dem Luftrettungsdienst befasste Stellen, z.B. Behörden, Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Krankenkassen, Krankenhäuser, Polizei, Rettungsdienste oder Leitstellen ist der Stationsatlas als Hilfsmittel und Dokumentation im Rettungsdienst durch die ADAC-Luftrettung GmbH im Sinne ihrer Informationsaufgabe kostenfrei, ansonsten

kostet er 19 Euro zuzüglich Versandkosten.

Weitere Informationen im Internet unter: www.adac.de/luftrettung Schröer

Superpox - Tödliche Viren aus den Geheimlabors

Von Richard Preston
Econ Verlag
München 2003
ISBN 3-430-17562-3

Richard Preston, der Name erinnert sofort an „Hot Zone“ und „Cobra“, an zwei Bücher, in denen sich der promovierte Wissenschaftsautor in spannender Weise mit der Möglichkeit auseinandergesetzt hat, Viren unbeabsichtigt oder mit kriminellem Hintergrund gegen Menschen zu richten. Bereits in „Cobra“ hat Preston seinen Thriller angereichert mit Fakten über die Biowaffenforschung in der ehemaligen Sowjetunion und über die Versuche der UN, die irakischen Entwicklungen aufzuklären.

In „Superpox“ verzichtet Preston völlig auf einen hinterlegten Roman. Er erzählt die Geschichte der natürlichen und künstlichen Variolaviren, verfolgt noch einmal das Programm der UN zur Ausrottung der Pocken, schildert u.a. am Beispiel des Pockenfalls von 1970 in Meschede (Sauerland) die Maßnahmen zur Eindämmung eines singulären Herdes und gibt einen Ausblick zu den Möglichkeiten, zukünftig gentechnisch veränderten Pocken gegenüber zu stehen.

Preston zitiert einen Experten für die Ausbreitung von Infektionskrankheiten, der sich im Auftrag der Gesundheitsbehörden mit den Folgen eines gezielten Pockeneinsatzes in den USA befasst hat: „Wenn man sich die empirischen Daten des realen Pockenausbruchs von 1972 in Jugoslawien ansieht, stellt man fest, dass

der Multiplikator des Virus bei zehn lag: Die ersten Infizierten gaben die Krankheit im Durchschnitt an zehn andere weiter. Im Grunde genommen heißt das: Wenn man sich den ersten Kerl mit Pocken nicht schnappt, bevor er seine Frau küsst, gerät alles außer Kontrolle. Wir können es mit Hunderttausenden von Toten zu tun bekommen. Der Weltmarkt wird vollständig zum Erliegen kommen, und der 11. September wird sich dagegen wie eine Partyspielchen ausnehmen. Die Pocken können die Welt in die Knie zwingen.“

Die New York Times schrieb zu „Superpox“: „Richard Preston hat mehr als jeder andere Autor dazu beigetragen, dass wir Viren als potenzielle Biowaffe und damit als globale Bedrohung erkennen.“ Wer sich über zukünftige Szenarien Gedanken macht, tut gut daran, sich durch „Superpox“ noch einmal mit der Geschichte vertraut zu machen. Und gut lesen lässt es sich außerdem. D. Franke

Anthrax und das Versagen der Geheimdienste

Von Erhard Geißler
Kai Homilius Verlag
Berlin 2003
ISBN 3-89706-889-3

Prof. Erhard Geißler war jahrzehntlang im Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften der DDR in der experimentellen Krebsforschung tätig. Daneben engagierte er sich bereits seit den achtziger Jahren zunehmend in weltweiten Initiativen zur Verhinderung des militärischen Missbrauchs der Biowissenschaften, so u.a. im Stockholmer Internationalen Institut für Friedensforschung SIPRI. Seit 1987, nachdem er seine Leitungsfunktion im Zentralinstitut aufgegeben hatte, beschäftigt er sich besonders intensiv mit Recherchen

Für Sie gelesen

zur Geschichte der biologischen Waffen.

Die Anthrax-Briefe in der Folge des 11. September 2001 waren Anlass, Ergebnisse seiner Forschungen jetzt in diesem Buch zu veröffentlichen. Eindrucksvoll belegt Geißler die biologische Rüstungsspirale der letzten 100 Jahre. Er dokumentiert den verhängnisvollen Beitrag der Geheimdienste in Ost wie in West, die durch Unfähigkeit, durch geschickte Desinformation oder auch nur durch schlichten Irrtum diese Spirale immer wieder beeinflussten.

Das Buch lässt sich als spannend-deprimierender Beitrag zur Geschichte ebenso lesen wie als Hintergrundlektüre zur aktuellen Diskussion um die Pocken-Bedrohung. Es erweitert nachdrücklich den Blick auf ein erheblich breiteres potenzielles Arsenal. *D. Franke*

Erste Hilfe Unfälle mit Kindern

*Hrsg.: BAG Mehr Sicherheit
für Kinder e.V.
Druckpartner Moser,
Rheinbach 2002*

„Kinder sind voller Neugierde, Entdeckungsfreude und Tatendrang - wie schnell passieren da kleinere und leider auch größere und schwere Unfälle. Im Falle eines Unfalls ist es dann gut zu wissen, was man tun kann.“

Die vorliegende Broschüre kann und soll einen Erste-Hilfe-Kurs nicht ersetzen. Sie ist gedacht als ein kleines Nachschlagewerk für jeden Haushalt, das dem Helfer die Unsicherheit und Angst bei der Notfallversorgung nimmt. Gleichzeitig aber soll sie auch den Blick der Erwachsenen für gefährliche Situationen schärfen, damit es gar nicht erst zu schlimmen Unfällen kommt.“

Diesen in der Einleitung gestellten Ansprüchen wird die 40-seitige Broschüre durchaus

gerecht. Der systematische Aufbau erspart im Notfall langes Suchen und Herumblättern.

Neben allgemeinen Erläuterungen über Art und Umstände einer bestimmten Verletzung oder plötzlichen Erkrankung werden die besonderen Gefahren erläutert, denen Kinder aufgrund ihres Verhaltens und ihrer körperlichen „Besonderheiten“ ausgesetzt sind; eine für viele Erwachsene sinnvolle Schärfung des Problembewusstseins, um Unfällen schon im Vorfeld begegnen zu



können. Dass nach dem „Was tun bei ...“ auch noch konsequent mit alten Hausmitteln abgerechnet wird - „Was NICHT tun bei ...“ - rundet die lobenswerte Arbeit der Autorin, Dr. Stefanie Märzheuser, auf interessante Weise ab.

Herausgeber ist die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kindersicherheit, ein Kooperationsbündnis von Institutionen und Organisationen aus dem Bereich Unfallprävention. Die BAG wurde 1997 auf Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit gegründet und hat sich im Jahr 2002 zum eingetragenen Verein „BAG Mehr Sicherheit für Kinder e.V.“ weiterentwickelt. Ziel ist, Kinderunfälle bezüglich ihrer Häufigkeit und Schwere zu reduzieren.

Weitere Informationen und Bezugsmöglichkeiten unter: <http://www.kindersicherheit.de/html/ersthilfe.html>

KOPF- NUSS

So wird's gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und

senden Sie diese bis zum **30.09.2003** (Poststempel) an:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivildienst -
Preisrätsel -
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das Lösungswort per Fax: (01888-3585824) oder e-mail: redaktion.zfz@bva.bund.de zuzusenden

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöcher
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder
- 4.-10. je ein Infopaket

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

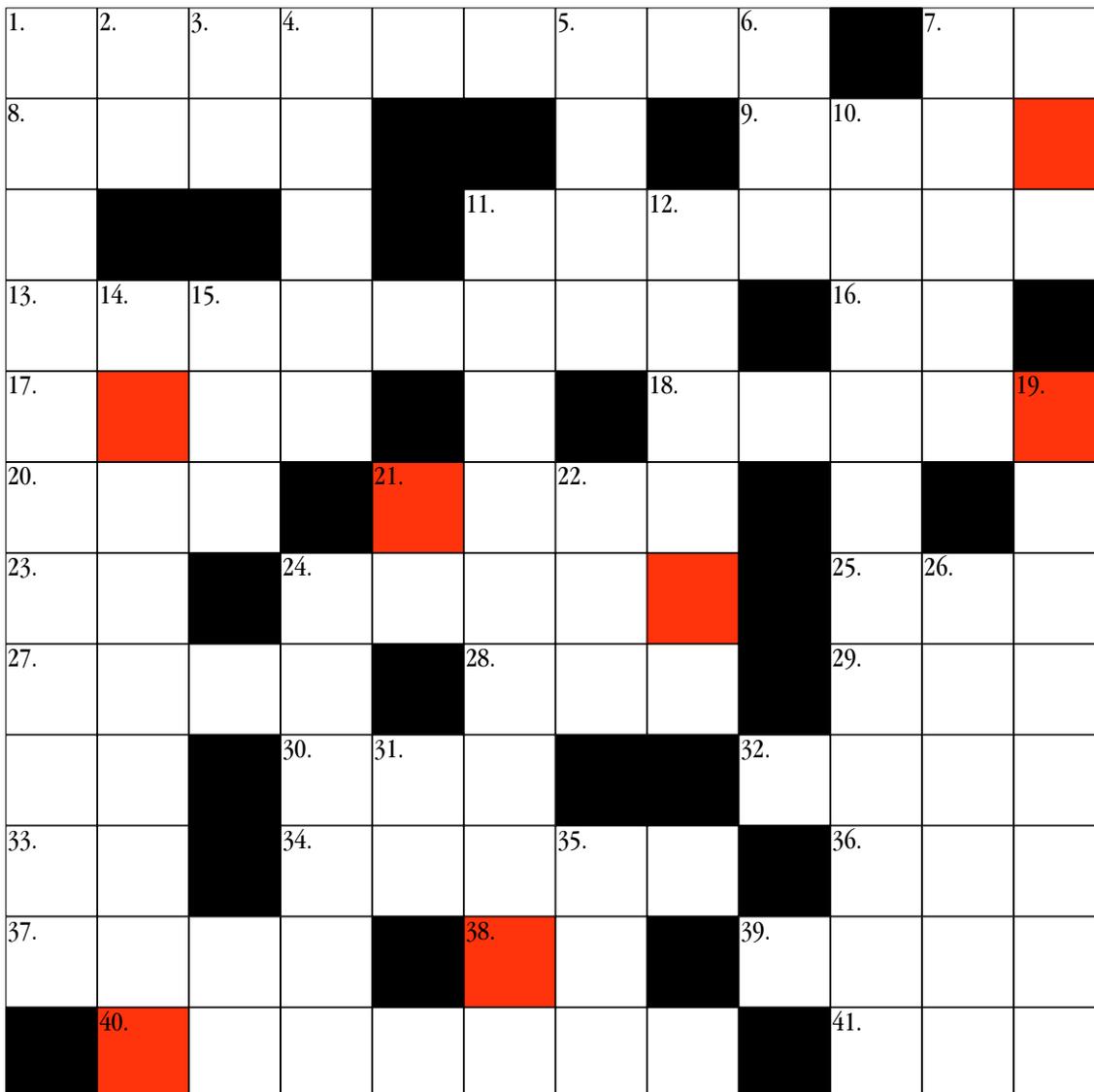
Die Lösung des Rätsels aus Heft 2/2003 lautete:

TRINKWASSER

Die Gewinner werden per Post benachrichtigt

FÜR SIE GELESEN

Kopfnuss



KOPFNUSS

WAAGERECHT:

- 1 Feiert man in Ahrweiler
- 7 Im THW unter dem Präs.
- 8 Die Vorläufer waren KSB, AkzV und BVS-BuS
- 9 Windgeprüfter Eifelort
- 11 Betrunkenere Räuber der Meere
- 13 Der Opel-Blitz-Bereitschaftswagen von 1953 ist heute eine
- 16 Element, das an die Ukraine erinnert
- 17 Umfangreichste TSK
- 18 Eine der Aufgaben von NOAA
- 20 Dieses Staates Spitze hat Familientradition
- 21 Finnausschlag
- 23 Vokalloser Wasservogel, so gesprochen
- 24 Lazuli's Vorname
- 25 Und Arbeiten soll man auch
- 27 Bei uns wäre es vielleicht ein Gaffelschoner
- 28 Seinetwegen kann Jelzin Goethe lesen
- 29 Lores Felsen
- 30 Eingetragene Gemeinschaft Ungleichgeschlechtlicher
- 32 Das bleibt's, egal ob Penny oder Cent
- 33 Bruttomäßig haben Schiffe ne Menge davon
- 34 So segelt's über's Meer, in der Mehrzahl mathematisch
- 36 Mit übergewichtigen elektrisch geladenen Teilchen befasst
- 37 Der halbe Wortschatz der Uhr
- 38 Das schmiedet der Chemiker, solange es heiß ist

39 Sachertorte zum Opernball

- 40 Hier war wohl Leverkusens Fußballbruder
- 41 Mit lisch wird's britisch, mit el himmlisch

SENKRECHT:

- 1 Davon die Hälfte gibt Anlass zum Feiern
- 2 Partner von 20 waagerecht im Irak
- 3 Von dort kam ein Vorläufer der AKNZ
- 4 Smyrna
- 5 Viel Grün, natürlich verbunden
- 6 Wenn das der Hund sagt, kann er ein Fremdsprache
- 7 Verbrauchte Energie wird hier vorläufig aufgehoben
- 10 50 Jahre zeittechnisch aufgelistet
- 11 Musikinstrument, das in der Küche aktiv ist
- 12 Für manchen eine montägliche Notwendigkeit
- 14 Das Schöne wissenschaftlich betrachtet
- 15 Auch ohne L existiert dieser Fluss in England wirklich
- 19 Das Lernen ist das eine, dieses das andere
- 21 Des Fischers Arbeitsplatz
- 22 Danach kommt manchmal NEIN, VIELLEICHT, NAJA
- 24 Heinrich, der Sauerländer
- 26 Bevorzugte Sommertätigkeit
- 31 Sendungsbewusster Frankfurter
- 35 Haarbändigungsmitel

Terminkalender

Termine 2003

16. und 17. August 2003:

Tag der offenen Tür der Bundesregierung

Ort: Berlin

Info: <http://www.bundesregierung.de/-/413.503211/artikel/Im-Dialog-mit-Buergerinnen-und.htm>

*

3. bis 4. September 2003:

12. Forum Zivil-militärische Zusammenarbeit im Gesundheitswesen.

Ort: Bad Neuenahr - Ahrweiler

Info: info@bsbb.de

*

10. bis 14. September 2003:

Kurs „Leitender Notarzt“ der Akademie für Ärztliche Fortbildung

Ort: Mainz

Info: www.akademie-aerztliche-fortbildung.de

*

18. bis 20. September 2003:

5. Berliner Rettungsdienstsymposium. Bahn – Feuerwehr – Rettungsdienst – Zusammenarbeit im Einsatz

Ort: Berlin

Info: Rolf-Dieter.Erbe@Berliner-Feuerwehr.de oder unter www.Berliner-Feuerwehr.de

*

20. September 2003:

Tag der offenen Tür anlässlich des 50 jährigen Jubiläums der AKNZ und ihrer Vorläufereinrichtungen

Ort: Bad Neuenahr - Ahrweiler

*

2. bis 5. Oktober 2003:

21. Fortbildungstagung für Notfallmedizin der agbn (Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte e.V.)

Ort: Coburg

*

9. bis 11. Oktober 2003:

FLORIAN 2003. Fachmesse für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz

Ort: Halle/Saale

Info: www.messe-florian.de

15. bis 17. Oktober 2003:

Internationales Symposium Wasser-sicherheit, anschließend Festakt zum 90. Jubiläum der DLRG

Ort: Bad Nenndorf

Info: 0 57 23 / 95 54 21

24. bis 26. Oktober 2003:

FireEngineering. Messe - Training - Kongress für Feuerwehrtechnik, Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz

Ort: KölnMesse

*

27. bis 30. Oktober 2003:

A+A, Kongress Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Ort: Messe Düsseldorf

Info: www4.aplus-a-online.de

*

7. bis 8. November 2003:

„Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung“ des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb)

Ort: Trier

Info: www.dfv.org,

Rubrik „Fachthemen / Brandschutzerziehung und -aufklärung“ oder:

www.brandschutzaufklaerung.de

*

17. bis 18. November 2003:

Kongress „Der Organisatorische Leiter als Führungskraft – Erfahrungen und Perspektiven“

Ort: Bad Neuenahr - Ahrweiler

Info: s.S.....in diesem Heft

*

24. bis 27. November 2003:

acqua alta 2003. Internationale Fachmesse zum Thema Hochwasserschutz und Katastrophenmanagement

Ort: München

Info: s. S. 52 in diesem Heft

*

26. bis 28. November:

19. Münchner Gefahrstoff-Tage

Ort: München

Info: g.schwaiger@m-i-c.de

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Postfach 20 03 51, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz, Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz

Internet: <http://www.bva.bund.de>

E-Mail: redaktion.zfz@bva.bund.de

Bevölkerungsschutz

erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluss ist jeweils der 10. des Vormonats.

Vi.S.d.P.: Alexander Krapf

Telefon 01888-358-5318

Redaktion:

Nikolaus Stein Tel.: 01888-358-5214

Rainer Schramm 01888-358-5323

Telefax 01888-358-5824

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Werbedruck GmbH

Horst Schreckhase

Postfach 1233

34283 Spangenberg

Telefon (0 56 63) 94 94

Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90

Abonnement jährlich € 7,50

zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



Heute: Schloss Britz, Berlin-Neukölln

Das alte preußische Herrenhaus Schloss Britz ist nicht nur ein Juwel in der Berliner Schlösserlandschaft, sondern stellt auch ein gutes Beispiel dar für die sinnvolle und zeitgemäße Nutzung eines erhaltenswerten Kulturgutes.

Das einstige Gutshaus der Familie Britzke stammt in seinem mittleren Teil aus dem 15. Jh. Nach einem Brand wurde es 1547 als Lehmfachwerkbau wieder aufgebaut, wobei das massive Sockelgeschoss nach zwei Seiten erweitert wurde. 1706 ersetzte der neue Gutsherr Sigismund von Erlach das alte Fachwerk durch Stein.

Zwischen 1753 und 1795 erlebte Schloss Britz unter Staatsminister Graf Hertzberg seine Blütezeit. Im Biedermeier kam die charakteristische Rampe hinzu. Seine heutige Gestalt erhielt das Gebäude durch den letzten Umbau von 1880 bis 1883 nach Plänen von Carl Busse im Stil der französischen Renaissance. Der Fabrikant Wilhelm Wrede hatte als neuer Besitzer die Ausstattung und den Turm im Neurenaissancestil hinzufügen lassen.

1924 verkauften die Erben Wredes Gut und Schloss Britz an die Stadt Berlin, die es von 1945 bis 1985 als Kinderheim nutzte. 1971 wurde das Schloss unter Kulturgut- und Denkmalschutz gestellt.

Auf Entschluss des Bezirksamtes Neukölln wurde 1985-88 eine umfangreiche Renovierung des Gutshauses einschließlich der Wirtschaftsgebäude sowie der Parkanlage durchgeführt und der Zustand von 1883 wiederhergestellt. Die historischen Räume zeigen sich nach der Renovierung wieder im Gewand der Gründerzeit.

Die meisten der originalgetreu rekonstruierten Räumlichkeiten inklusive Mobiliar und Kunsthandwerk sind zu be-



Durch die Renovierung wurde der Zustand von 1883 wiederhergestellt.



Schloss Britz wird heute gerne und oft für kulturelle Veranstaltungen genutzt.
(Fotos: Schloss Britz)

sichtigen und werden häufig genutzt für Ausstellungen, Lesungen und andere kulturelle Veranstaltungen.

Das Obergeschoss dient als Gästetage für Besucher aus den Partnerstädten des Bezirks Neukölln.

Der nebenan gelegene Wirtschaftshof entstand um 1880 im italienischen Landhausstil und wird heute vom Gartenbauamt Neukölln genutzt. Die Parkanlagen gehen auf Pläne

des Ministers von Hertzberg aus der Zeit nach 1753 zurück. Der 1,8 ha große Gutspark genießt seit 1990 ebenfalls Kulturgut- und Denkmalschutz.

Os





Übungen sind nicht nur unerlässlicher Bestandteil der Ausbildung, auch zur Überprüfung bestehender Konzepte und Ausrüstungen kann nicht auf sie verzichtet werden. Mitte Mai lief die bisher größte Katastrophenschutzübung in Berlin ab; über 2.000 Einsatzkräfte aus mehreren Bundesländern, Einheiten aus BGS (im Bild oben eine Luftrettung durch einen BGS-Hubschrauber) und THW sowie das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum (GMLZ) waren eingebunden. Einen Bericht über den Verlauf und erste Erkenntnisse können Sie ab Seite 19 lesen.

(Titelfoto: Paul Claes / Foto oben: Stefan Wagner)